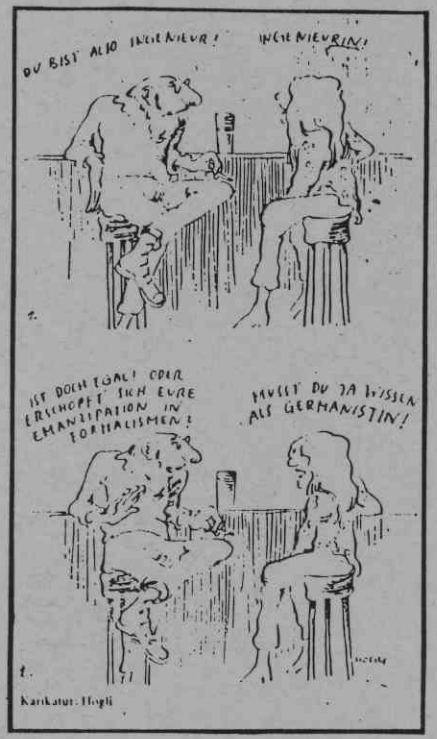

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Juni 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

6/92

THEMEN:

Europäische Universität
Erfurt

Wissenschaft Ost
1989/90 Teil II

AUTOREN:

von Weizsäcker
Meyer
Jungklaß / Urbanski
u.a

Editorial

Im April-Heft befaßten wir uns mit der Neugründung der Viadrina in Frankfurt/Oder als brandenburgischer Europa-Universität. Auch in Thüringen gilt europäische Orientierung als Weltoffenheit, weshalb dort engagierte BürgerInnen die Neugründung der 1816 geschlossenen Erfurter Uni als "Europäische Universität Erfurt" zu ihrem Anliegen gemacht haben. Der bislang entscheidende Unterschied zwischen Frankfurt/O. und Erfurt resultiert daraus, daß sich die Potsdamer Landesregierung entscheidungsfreudiger und weniger fixiert auf Voten des Wissenschaftsrates zeigt. Infolgedessen nimmt aller Voraussicht nach die Frankfurter Uni 1992 noch ihren Lehrbetrieb auf, währenddessen für die Erfurter selbst eine symbolische Neugründung derzeit strittig ist. Wir dokumentieren im ersten Themenschwerpunkt die bisherigen Bemühungen um die Gründung der "Europäischen Universität Erfurt". Ein besonders von westdeutschen KollegInnen immer wieder artikuliertes Interesse, gern einmal erfahren zu wollen, wer sich beim Hochschul-Umbau im Osten einbringt, versuchen wir in diesem Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Gründungsausschuß- und Wissenschaftlichen-Beirats-Zusammensetzung zu befriedigen.

Im Teil II unserer Artikelserie zu "Wissenschaft Ost 1989/90" spannt zunächst Hans Joachim Meyer - seinerzeit Bildungsminister im Kabinett de Maiziére, heute sächsischer Wissenschaftsminister - ein weiten Bogen, um die Voraussetzungen seiner Tätigkeit zu skizzieren. Ausgehend von den 50er Jahren in der DDR werden Entwicklungen beschrieben, die zu den defizitären Zuständen im DDR-Hochschulwesen führten, um dann die Strategien, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbeschränkungen in der Phase eigenständiger politischer Verantwortungswahrnehmung zu thematisieren. Die Darstellung endet wiederum nicht am 31. Dezember 1990, sondern führt bis in die (sächsische) Gegenwart. Zur Illustration dieser Darlegungen eines zunächst ja auch uni-verfassungsbewegten, dann ministeriabel gewordenen Autors dokumentieren wir zudem ein 1990 im (damaligen) Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin erarbeitetes Material: eine zusammenfassende Darstellung und Auswertung der im ersten Halbjahr 1990 vorgelegenen Hochschulverfassungsentwürfe, also der papiergewordenen (und weitgehend papiergebliebenen) Zeugen damals heftigster Verfassungsdiskussionen an den DDR-Hochschulen.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325
Verantwortlich: Peer Pasternack
Redaktion: Dirk Behr, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack.
hso erscheint monatlich.
Schutzgebühren: Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / Studierendenabo 33,- DM, in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive StudentInnen 20,- DM).
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wider.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Europäische Universität Erfurt
Vorgeschichte einer notwendigen Entscheidung - Auszüge aus der "Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt" 5
Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Universität Erfurt:
Für eine Europäische Universität Erfurt 10
Gründungsausschuß der Stadt Erfurt für eine "Europäische Universität Erfurt" 15
Wissenschaftlicher Beirat des Gründungsausschusses 16
Richard von Weizsäcker:
Ansprache vor Freunden und Förderern der Universität 18

THEMA II: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil II
Hans Joachim Meyer:
Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht 20
Gisela Jungklaß / Albert Urbanski:
Statuten der Universitäten und Hochschulen [1990] 36

BERICHTE
HIS: Studienbeginn in den neuen Ländern im Winter 1991/92 43
Zentrale Rehabilitierungskommission der HUB: Zwischenbilanz 47
Andreas Schüler: Epidemische Amnesie 49

DOKUMENTATION
Michael Weegen / Gerd Köhler: Eckdaten für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern 51
BMFT: Industrieforschung in den neuen Bundesländern im Umbruch 60
AGF: Memorandum zu den Perspektiven der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland 64
Aktionskreis "Neue Humboldt-Universität": Erklärung 67

PROJEKTE
Projekt Netzwerk Wissenschaft. Beratungsstelle für arbeitslose AkademikerInnen 69
"Dokumentation und Darstellung hochschulpolitischer Vorgänge an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Herbst 1989 bis heute" 70

GELESEN
Norbert Kapferer: Das Feinbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988) *(Dirk Klose ; Volker Caysa)* 71
Johannes M. Becker: Ein Land geht in den Westen *(Ulrich Busch)* 75

PUBLIKATIONEN 76

ZUM SCHLUSS
Martin Goldhahn: Ich protestiere in aller Entschiedenheit gegen die neueste Ausgabe des Thüringer Hochschulgesetzes! 78

THEMA: Europäische Universität Erfurt

Vorgeschichte einer notwendigen Entscheidung - Auszüge aus der "Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt"

1987 schlossen sich Erfurter Bürger zu einer Interessengemeinschaft "Alte Universität Erfurt" zusammen. Ihr Ziel bestand zunächst darin, die Geschichte der 1392 gegründeten und 1816 geschlossenen Alten Universität Erfurt allgemein zu verbreiten zu helfen, dieses Kulturerbe von europäischem Rang zu bewahren, zu pflegen und zu beleben, um somit die kulturelle Identität der Bewohner der Stadt Erfurt und der Menschen in Thüringen zu bekräftigen bzw. zu bereichern und darauf aufbauend auf die Wiedereröffnung der Universität hinzuwirken.

Die Initiative der Interessengemeinschaft beinhaltete auch die Erhaltung und Pflege des mittelalterlichen Stadtkerns und hatte den Wiederaufbau des "Collegium majus", des Hauptgebäudes der ehemaligen Universität, zum Ziel.

Da sich diese Aktivitäten gegen die zu jener Zeit geplanten und verantwortungslosen Eingriffe in die Substanz der Erfurter Altstadt, dem größten Flächendenkmal auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, und auf die perspektivische Wiedergründung der Universität Erfurt richtete - entgegen der Absicht des damaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen -, stieß das Wirken der Interessengemeinschaft bei den verantwortlichen Partei- und Staatsorganen der SED-regierten DDR auf tiefe Skepsis.

Eine große moralische Unterstützung stellte dagegen der Entschluß des Nationalkomitees der DDR für die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988 - 1997 dar, die Schirmherrschaft über die Aktivitäten der Interessengemeinschaft zu übernehmen und diese gegenüber der UNESCO als Beitrag zur Weltdekade zu deklarieren, um so auf die Geschichte der Alma mater Erfordiensis, die ein bedeutendes Kapitel in der europäischen Geistes- und Bildungsgeschichte geschrieben hatte, im internationalen Rahmen bekannt zu machen.

Schon im Vorfeld der politischen Wende des Herbstes 1989 entwickelte sich die Interessengemeinschaft Alte Universität Erfurt zu einer echten Bürgerbewegung.

Während und nach der friedlichen Revolution nutzte sie konsequent die neuen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, um die Erfurter dafür zu gewinnen, das über die bis dahin möglichen Ak-

tivitäten weit hinausgehende Anliegen der Wiedereröffnung der Universität in die Tat umzusetzen.

Am 9. März 1990 trat die Interessengemeinschaft mit dem Aufruf "Für eine Europäische Universität Erfurt" an die nationale und die internationale Öffentlichkeit. In der Überzeugung, daß diese neue Universität einen konkreten Beitrag zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands sowie im Prozeß des sich vereinigenden Europas leisten könnte, schlug die Interessengemeinschaft vor, über die regionalen Bemühungen hinaus, ein regionales Gremium für die "Wiedereröffnung der Alten Universität" zu bilden und dieses Projekt in die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung einzubringen.

Im Ergebnis der ersten freien Kommunalwahl griff der neugewählte Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Herr Manfred Ruge, diese Idee der Interessengemeinschaft auf und schuf die Voraussetzungen für die Bildung eines internationalen Gremiums, das das Universitätsprojekt voranbringen sollte. Dazu wurde er durch Beschluß des Rates der Stadt Erfurt und seines Magistrats vom 20.06.1990 (Beschluß-Nr.: 18) ermächtigt.

Gleichzeitig beschlossen beide Gremien die "Bildung einer vom Rathaus bezahlten Arbeitsstelle zur Gründung der Erfurter Universität im Jahre 1992".

Die Idee der Universitätsneugründung als eine europäische Universität bezeichnete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Brief vom 30. Mai 1991 an die Interessengemeinschaft als einen wahrhaft glücklichen Gedanken. "Die werdende staatliche Einheit Deutschlands bedarf für ihr Fundament der kulturellen Partnerschaft und daher der sorgsamen Pflege und Aufnahme der reichen Überlieferungen und Kräfte beider sich vereinigenden Teile - Erfurt spielt dabei eine entscheidende Rolle. Eine Europäische Universität kann dort die Chance bekommen, an den humanen Geist Erfurts anzuknüpfen und seine Ideale für unsere Zukunft fruchtbar zu machen."

Diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, einte die Vertreter der Interessengemeinschaft, des Magistrats, der Erfurter Hochschulen, der Kirchen, der UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung des Deutschen Hochschulverbandes und anerkannte Wissenschaftler aus ganz Deutschland, als sie unter dem Vorsitz des Erfurter Oberbürgermeisters am 31. August 1990 im Erfurter Rathaus einen Gründungsausschuß der Stadt für eine Europäische Universität Erfurt bildeten.

Der Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Erfurt, der heutige Ministerpräsident des Landes Thüringen, Herr Josef Duchac, und der damalige Wissenschaftsminister der DDR, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, schickten Vertreter mit dem Auftrag, das Universitätsprojekt zu unterstützen.

Somit übernahm der Magistrat der Stadt Erfurt treuhänderisch für die noch nicht gewählte Thüringer Landesregierung die Aufgabe, die Gründung der Europäischen Universität Erfurt konzeptionell vorzubereiten.

Der Gründungsausschuß tagte unter der Leitung des Oberbürgermeisters am 12. November 1990, 22. Februar, 18. April und 27. August 1991.

Am 12.11.1990 wurde ein wissenschaftlicher Beirat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, Herrn Prof. Dr. Hartmut Schiedermair, gebildet. Dieses Gremium hatte die Aufgabe, in einer Denkschrift generelle Gedanken zur Konzeption, Struktur sowie Trägerschaft und Organisation der Universität darzustellen und zu verdeutlichen, daß es bei der Neugründung nicht um eine Kopie bestehender Modelle, sondern um die Verwirklichung eines zukunftweisenden Reformkonzeptes mit klarer europäischer Ausrichtung geht. Der wissenschaftliche Beirat tagte am 4. Januar, 22. Februar, 18. April und 26. August 1991.

Am 27. November 1990 fand zwischen dem Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Dr. Ulrich Fickel, dem Erfurter Oberbürgermeister, dem Vorsitzenden der Interes-sengemeinschaft Alte Universität Erfurt, Herrn Dr. Aribert Spiegler, und dem Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes ein Gespräch statt, in den die Bitte an den Minister herangetragen wurde, die Leitung der Initiativen zur Universitätsgründung zu übernehmen, da der Magistrat der Stadt Erfurt diese Aufgabe bis zu diesem Zeitpunkt treuhänderisch für das Land erfüllt hatte. Der Wissenschaftsminister machte das u.a. von positiven Entscheidungen des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik in Bezug auf das Vorhaben abhängig.

Da die Gründung der Universität Erfurt bei den verschiedenen politischen Gremien des Landes Thüringen und seinen Hochschuleinrichtungen unterschiedliche Bewertung fand, initiierte die die Interessengemeinschaft Alte Universität Erfurt e.V. in den ersten Dezemberwochen 1990 eine öffentliche Unterschriftenaktion unter der Bevölkerung Thüringens, in Hochschulen u.a. Einrichtungen. Innerhalb von 2 Wochen erklärten über 6000 Bürger Thüringens ihre Zustimmung zur Universitätsneugründung.

Am 4. Januar 1991 nahmen der Ministerpräsident und der Wissenschaftsminister des Landes Thüringen an einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates teil und ermutigten das Gremium zur Fortsetzung seiner Bemühungen, die Universitätsneugründung konzeptionell vorzubereiten.

Am 1. April 1991 richtete der Wissenschaftsminister ein Referat für die Universitätsneugründung am Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein.

Zu gemeinsamen Sitzung des Gründungsausschusses und des Wissenschaftlichen Beirates am 22.2.1991 legten die Rechtswissenschaftler Staatssekretär a.D. Dr. Herrmann Josef Schuster, Prof. Dr. Hans-Heinrich Rupp, Prof. Dr. Hartmut Schiedermair und Dr. Kempen (Universität Köln) Gutachten zur Trägerschaft und Organisation der zukünftigen Europäischen Universität Erfurt vor. Auf der Basis dieser Gutachten empfahlen die Mitglieder beider Gremien, der Gründungskonzeption für die Universität ein Stiftungsmodell zugrunde zu legen.

Der anwesende Vertreter des Wissenschaftsministeriums begrüßte diesen Vorschlag, ebenso der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Herr Prof. Dr. Ernst Schmutzer, der die Errichtung einer Europäischen Uni-versität in Erfurt nicht nur als erwünschte Konkurrenz zur Universität Jena, sondern auch als Bereicherung der Thüringer Hochschullandschaft betrachtete.

Anläßlich seines Besuches in Thüringen am 17. April 1991 machte sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker erneut nachdrücklich zum Anwalt für die Neugründung.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion zu den "4. Tagen Alte Universität Erfurt" am 29.4.1991 sprachen sich der Ministerpräsident und der Wissenschaftsminister öffentlich dafür aus, die Europäische Universität

Erfurt 1992 zu eröffnen. Diese Absicht wurde durch einen Kabinettsbeschluß vom 23.5.1991 bekräftigt.

Eine Woche zuvor war eine Arbeitsgruppe "Erfurter Universität" durch die Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen ins Leben gerufen worden.

Nach eingehender Beratung am 27. August 1991 verabschiedete der Gründungsausschuß die "Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt".

In ihr fanden zahlreiche Vorschläge und wissenschaftliche Zuarbeiten von Persönlichkeiten und Institutionen aus dem In- und Ausland Berücksichtigung, wenn sie mit der Grundkonzeption der Denkschrift übereinstimmen. (Die vollständigen Materialien können beim Beauftragten des Oberbürgermeisters für die Universitätsneugründung eingesehen werden.)

Diese ideelle Form der Unterstützung wie verschiedene andere Hilfsangebote, u.a. auch materieller und finanzieller Natur, dürfen als Beweise der Sympathie und des internationalen Interesses betrachtet werden, das die Bemühungen um die Realisierung des anspruchsvollen Erfurter Universitätsprojekts seit Juni 1991 begleitet hat.

Das weltweite Interesse fand seinen außergewöhnlichen Ausdruck in der Aufnahme des Vorhabens der "Wiedereröffnung der Alten Universität Erfurt als Europäische Universität" in die Liste der besonders förderungswürdigen Projekte der Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988-1997 durch die UNESCO im Frühjahr 1991.

Nachsatz

Am 7. November 1991 bekräftigte der Thüringer Ministerpräsident den politischen Willen der Landesregierung, eine Europäische Universität Erfurt zu errichten.

Dazu wurde am 1.11.1991 angekündigt, daß der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jaques Delors, Unterstützung für die Gründung einer Europäischen Universität zugesagt hat.

In der ersten Aufbaustufe soll in Erfurt ein Europainstitut gegründet werden.

Das Thüringer Wissenschaftsministerium erarbeitete eine Konzeption und ein Finanzierungsmodell für die Universität.

Diese Problematik wurde vom Ministerium auch in die Arbeitsgruppe Erfurter Universität des Wissenschaftsrates und der Thüringer Hochschulstrukturkommission zur Diskussion eingebracht.

In zwei Veranstaltungen am 6.11.1991 mit Abgeordneten des Thüringer Landtages sowie am 26.11.1991 in einer Diskussionsrunde mit Wissenschaftlern und Politikern aus dem In- und Ausland wurde die Thüringer Landesregierung aufgefordert, unverzüglich ein Errichtungsgesetz für eine Europäische Universität Erfurt in den Thüringer Landtag einzubringen.

Im Dezember 1991 geriet das Universitätsprojekt mehr und mehr in den Parteienstreit Thüringens sowie in die Schlagzeilen der Presse. Nachdem die Thüringer Landesregierung bereits am 23.5.1991 einen Kabinettsbeschluß zur Errichtung einer Europäischen Universität gefaßt hatte, wurde immer wieder, auch nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 7.11.1991 und seiner Erklärung anläßlich der Landespressekonferenz am 7.1.1992 für eine Europäische Universität Erfurt, das Vorhaben von seinen Gegnern zum "Prestigeobjekt" erklärt.

Am 3.12.1991 forderte Erfurts Oberbürgermeister den Wissenschaftsminister auf, sich endlich zur Universität Erfurt zu bekennen und Maßnahmen für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat und dem Ministerium mit dem Ziel der Universitätsgründung einzuleiten. Er forderte den Minister auf, die längst fällige Zusammenarbeit in die Tat umzusetzten.

Am 9.12.1991 reagierte der Minister auf die Vorwürfe und erklärte das Erfurter Universitätsvorhaben für drittrangig im Zusammenhang mit einer Erläuterung der schwierigen Finanzprobleme des Thüringer Hochschulwesens.

Gleichzeitig wurde eine ministerielle Pressemitteilung verbreitet, die die Tatsache, das Erfurter Universitätsvorhaben sei ein förderungswürdiges UNESCO-Projekt, in Abrede stellte. Der widersprach Professor Dr. Otto von Simson, Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees der UNESCO-Weltdekade.

Am 4. Januar 1992 wurde die "Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Universität Erfurt" e.V. in Erfurt gegründet. Sie ging aus der "Interessengemeinschaft Alte Universität Erfurt" e.V. hervor. Eine neue Satzung wurde beschlossen. Die Gesellschaft setzt sich die Gründung der Europäischen Universität Erfurt unmittelbar zum Ziel.

Einige Presseorgane begannen das Jahr 1992 mit undifferenzierten Äußerungen zur Erfurter Universität. Das Jubiläumsjahr der Stadt Erfurt war Anlaß, dem Vorhaben Hauptstadtallüren mit Extravaganz als auch ungerechtfertigte Benachteiligung der thüringer Finanz- und Arbeitsmarktentwicklung zu unterstellen.

Gleichzeitig wurden Studentenproteste an der HAB Weimar und der TH Ilmenau zum Anlaß genommen, die Initiatoren des Universitätsvorhabens in eine Ecke mit "SED- und DDR-Altlasten sowie linken Westreformern" zu stellen, um den Widerstand der thüringer Hochschulen gegen die Hochschulpolitik des Ministeriums und die Ablehnung gegenüber Einschränkungen der Hochschulautonomie zu kritisieren.

Interessengemeinschaft Alte Universität Erfurt e. V.
Träger des Kulturpreises der Stadt Essen 1990
Seit 4. Januar 1992
GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER EUROPÄISCHEN UNIVERSITÄT ERFURT E.V.

Für eine Europäische Universität Erfurt

Erfurt, Januar 1992

1. Die Gründung einer Universität in Erfurt - Thüringens Beitrag zur politisch-geistigen Erneuerung im Osten Deutschlands

Nicht hauptstadt- oder jubiläumssüchtige Vordrängelei waren Motive für die Zielsetzung einer Wiedergründung der Erfurter Universität.

In Vorwendezeiten waren zunächst die Suche nach eigener kultureller Identität, die Pflege und die Wiederbelebung einer fast 600jährigen akademischen Tradition eigentlicher Beweggrund.

Der Wille zur geistigen Erneuerung nach friedlicher Revolution und deutscher Vereinigung drängten im sich rasch verändernden Europa notwendigerweise auf eine Neuorientierung im Wissenschaft-und Bildungsbereich im Osten Deutschlands. Der Weg in eine gesamteuropäische Zukunft war frei.

Zwingend war die Logik, eine Universitätsgründung in Erfurt stände am Beginn einer geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Neuorientierung Deutschlands und Europas. Erfurts Mitwirkung an der Herausbildung eines eigenen geistigen Profils des Bundeslandes Thüringen im Zentrum Europas würde dazu beitragen, internationalen, wissenschaftlichen Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Länder zu neuer Blüte zu führen.

Impulse zur Neugestaltung der deutschen Hochschullandschaft sollten nicht als "Prestigeobjekt", sondern als langfristige geschichtliche Aufgabe für die Grundlegung des Wissens und Könnens zukünftiger Generationen verstanden werden.

Die Universitätsgründung qualifiziert Thüringen für einen Erneuerungsprozeß, der eine neuartige, zukunftsweisende Universitätskonzeption zum Bestandteil eines gestaffelten Hochschulsystems machen würde.

2. Die deutsche Hochschullandschaft braucht Reformen

Der gegenwärtige Entwicklungsstand der thüringer Hochschullandschaft hat zur Folge, daß die thüringer Jugend aus den, vorwiegend Erfurter, Hochschulen nach Würzburg, Kassel, Göttingen, Bamberg, Bayreuth u. a. Universitäten abwandert. Auf lange Sicht besteht die Gefahr, daß die einzige thüringer Universität die anwachsende Studentenzahl nicht bewältigt und weite Landstriche Thüringens geistig veröden. Vom Zeitraum an, an dem die Neugestaltung der Thüringer Hochschullandschaft eingeleitet wurde, war erkennbar, daß sowohl die Finanzierbarkeit der existierenden Hochschulen Thüringens als auch das Projekt der neuzugründenden Universität Erfurt die Landesregierung vor Probleme stellt. Herkömmliche Mittel oder ein gegeneinander Aufrechnen reichen zur Bewältigung der Probleme nicht aus.

Der Wissenschaftsrat, die Hochschulrektorenkonferenz, die Konferenz der Kultusminister, alle rufen verstärkt nach Veränderungen in den total überfüllten deutschen Hochschulen. Die Unis benötigen Geld und Reformen! Der "Studentenberg" in überfüllten "Massenuniversitäten" führt zu beklagten drastischen Studienverhältnissen, schwindendem Lern-und Leistungswillen, fehlender Wettbewerbsmotivation und stagnierender Hochschulsituation.

Die alte Wissenschaftsroutine lähmt auch die Hochschulentwicklung in den neuen Ländern - "Wie im Westen so auf Erden!" - tönt die FAZ

In Deutschland drängen sich 1,7 Mio Studenten auf 900 Tausend Studienplätzen, fast 150 Tausend Studenten haben sich für das Wintersemester in den neuen Bundesländern eingetragen, für die ein Bedarfszuwachs von 100 Tausend Studienplätzen berechnet worden ist. Für Thüringen wähnt man im Jahre 2000 mehr als vierzigtausend Studenten. Sollen die 60 % Uni-Studenten, also mehr als vierundzwanzigausend an einer einzigen Universität in Thüringen studieren können?

Die Universitäten benötigen zwar immer mehr Geld, doch die fatale deutsche Hochschulsituation wird nicht durch Geldmangel der Länder hervorgerufen. Die großen Massenuniversitäten werden immer massiver und unübersichtlicher, für die ostdeutschen Universitäten und für Neugründungen jedoch ist Geld knapp oder nicht vorhanden. Sinnvolle Reformvorschläge von unten werden von oben abgeschmettert. Viel Geld und Hochschulförderung erhalten die, die schon darüber verfügen.

Die nachweisbar viel kritisierte Wissenschaftsförderung im Westen wird zum programmierten Anlaß im Osten. Statt die einmalige historische Chance klug zu nutzen, aus gemeinsamen Ressourcen einen Neubau zu errichten, verficht man in vielen Argumenten die Politik der geistigen Altbausanierung.

Will man nun Bedingungen für überschaubare Arbeitsverhältnisse bei der Profilierung in der thüringer Forschung und Lehre sichern, so kann, bezogen auf die Bevölkerungszahl, von einem Überangebot von Studienplätzen, nicht die Rede sein; im Gegenteil! Jena und die übrigen Hochschulen haben ihren Platz, doch es bedarf zusätzlicher neuartiger Akzente.

Mit 6000 Studenten wäre die Erfurter Universität in der Größenordnung begrenzt und trägt dem Thüringer Landeshaushalt Rechnung. Stufenweiser Aufbau des Projektes, sinnvolle Studienzeitbegrenzung sind Argumente für die nachdenklichen Landtagsabgeordneten und den über Reformen sinnenden Wissenschaftsrat.

Das eigene Profil einer Universität Erfurt als "Mekka der Geisteswissenschaften" kann nicht ernsthaft als Konkurrenz zu anderen thüringer Hochschulen verstanden werden.

Das strittige Problem der Einrichtung einer juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät neben Jena wird bei dem Studentenboom in diesen Fächern sehr bald eine wohlgelittene und notwendige Entlastung darstellen. Jeder, der den

Verwaltungsnotstand im Land kennt, würde sicher gern jungen Thüringer Rechtsanwälten, Verwaltungsbeamten und Finanzberatern gegenübersitzen.

Im übrigen hat der Wissenschaftsrat zur Universität Erfurt noch keine endgültige Empfehlung gegeben, entscheiden können sowieso nur die Thüringer Landesregierung und der Thüringer Landtag.

3. Die Universität Erfurt - Motor wirtschaftspolitischer Innovation in Thüringen

Eine Universitätsgründung in Erfurt beeinflußt die innovativen wirtschaftspolitischen Effekte für die Region Thüringen und die Stadt Erfurt günstig. Die Universitätsgründung hat mannigfaltige ökonomische, soziale, politische, demographische und ökologische Wirkung. Allein die Aufzählung dieser Wirkungen und Effekte zeigt die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und den Umfang für das gesamte Bundesland Thüringen an.

Die Erhöhung des Beschäftigungseffekts, der Produktion, des Einkommens, der Wirkung auf öffentliche Budgets drücken sich in Wirkungen auf die Entwicklung von Einzelhandelsgeschäften, Großhandels- und Handwerksbetrieben, Reinigungsfirmen, Reisebüros, Banken, Versicherungen, Wohnungsbau- und Vermietungsunternehmen, Maklerbüros, Hotels, Verwaltung, Stadtwerken, Verkehrsunternehmen, die Bauindustrie, die wissenschaftliche und kulturelle Infrastruktur, Forschungsinstitute, wissenschaftliche Gesellschaften, Übersetzungsbüros, Sprach- und Managerschulen, Buchhandel und Bibliotheken, Technologiezentren, die Kriminologie und das Gerichtswesen, einwohnerbezogene Dienstleistungen sowie die Stadtentwicklungsplanung aus. Post-, Eisenbahn- und Flugverkehr sind von diesen Wirkungen unmittelbar positiv beeinflußt.

Die Universitätsneugründung wird die Altstadtsanierung direkt beeinflussen. Geisteswissenschaftliche Institute und Gebäude der Universitätsverwaltung können direkt in zu sanierende Gebäude der Erfurter Altstadt untergebracht werden, mehrere Mikrostandorte befördern die Stadtentwicklung.

Thüringen und das Erfurter Umfeld wird durch eine Universitätsgründung ablesbare Auswirkungen durch Fremdenverkehr und Tourismus erfahren. Tagungen, Kongresse, akademischer Wissenschaftsaustausch, Absolventen- und Fortbildungskurse schaffen internationale Beziehungen und einen Zuwanderungseffekt auf eine sich verjüngende Bevölkerungsbilanz. Arbeitskräfte konzentrieren sich berufs- und ausbildungsbedingt im Umlandbereich der Universität. Kultur- und medienpolitische Aktivitäten von Bundes- und Landespolitikern, erhöhtes Engagement der Parteien und des Vereinswesens machen ein qualifiziertes Bevölkerungspotential im europäischen Maßstab auf den Universitätsstandort aufmerksam und konzentrieren hier ihre Arbeit.

Die wirtschaftliche Strukturkrise des Landes Thüringen verlangt einen Vergleich mit den Strukturkrisen des Ruhrgebietes, des Saarlandes und in Baden-Württemberg und mit dem strukturellen Wirken, die die Universitätsgründungen dort erzielt haben.

4. Finanzierungsprobleme der Universität Erfurt

Der geplante stufenweise Aufbau der Erfurter Universität würde der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes Thüringen Rechnung tragen.

Für die Verwirklichung des Universitätsgedankens benötigt die Universität Entscheidungsspielraum und finanzielle Eigenverantwortlichkeit. Die Stiftungsuniversität, als mögliche Rechtsform, würde dem entgegenkommen. Zwar trägt das Land Thüringen die Hauptlast der laufenden Betriebskosten, so wichtig wie die finanzielle Unterstützung durch Bund und EG, sind vor allem aber in der Startphase die Hilfsangebote durch Universitäten, die EG, die USA sowie zahlreiche Sponsoren aus der Wirtschaft.

Der Finanzrahmen der Universität ist nicht pauschalisierbar. Er muß auf den konkreten Fall berechnet werden. Für die Gründung und den Aufbau ist sein Volumen abhängig von der Art und Anzahl der Fakultäten, Forschungsobjekte und Institute, ihren Gründungs- und Aufbauzeiten, den Realisierungsschritten und den räumlichen Bedingungen sowie der Charakteristik ihrer Standorte. Wenn in Erfurt eine geisteswissenschaftlich orientierte Universität gegründet werden soll, sind die Kosten niedriger, als wenn vorwiegend naturwissenschaftlich-technische Schwerpunkte gesetzt würden.

Für die Stadt des Universitätsstandortes steigen die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer und aus der Grundsteuer, ebenso der Anteil der Einkommenssteuer, die Gebühren und Beitragsaufkommen.

Mit größeren Umlagenzahlungen an andere öffentliche Träger ist auch in der Region Thüringen zu rechnen. Die Umlandgemeinden in der Region erfreuen sich nachweislich positiver Budgetentwicklungen infolge erhöhter wirtschaftlicher Aktivität.

Die Universitätsgründung kann bewirken, daß beträchtliche Bundes- und Landesmittel in die Region geleitet werden. Hochschulbauinvestitionskosten müssen vom Bund getragen werden.

Als Europäische Universität Erfurt könnten Budgetmittel der EG und anderer Partner eine große finanzielle Entlastung sein.

5. Die Europäische Universität Erfurt - ein förderungswürdiges Projekt der UNESCO

Eine Europäische Universität Erfurt wäre nicht schlechthin eine extravagante Zierde der Stadt Erfurt, sondern auch für des Land Thüringen. Das muß als maßgeblicher Träger einer Europauniversität Erfurt auf die Wirkung setzen, die vom Bundesland Thüringen mit einem geistigen Zentrum in der Mitte Deutschlands und Europas ausgehen. Die Europauniversität soll mehr sein als nominelle Propaganda. Bildung wird zum entscheidenden Standortfaktor und zu einem Motor auf dem Weg in eine europäische Zukunft.

Im europäischen Einigungsprozeß spielt eine Europäische Universität Erfurt eine entscheidende und unentbehrliche Rolle; das gleichermaßen im Kontakt zu den USA als auch zum sich erschließenden Osteuropa.

Frei von nationalistischen Vorurteilen und ideologischer Verzerrung kann Lehre und Forschung an einer Europäischen Universität Erfurt völkerverbindenden Geist, Friedensliebe und europäisches Rechtsbewußtsein zum Kriterium gemeinsamer kultureller Identitätsfindung in Mittel- und Osteuropa werden lassen.

Als anerkanntes förderwürdiges Projekt der UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988 - 1997 muß dieses Vorha-

ben eine reale Chance für seine Verwirklichung erhalten. Es hebt sich deshalb von den zu sanierenden Hochschul-Vorhaben Thüringens ab und trägt im Ansatz seine freie Entwicklung unabhängig von Altlasten aus Deutschland Ost und West bereits in sich. Schon deshalb wäre die Europäische Universität Erfurt kein "auf Veränderung angelegtes Kuckucksei" im finanzschwachen Nest der thüringer Hochschulen.

Vielmehr als Leuchtturm war der Gedanke an die Europäische Universität Erfurt geboren; sorgen wir dafür, daß nicht tagespolitische Not und regionale Engherzigkeit ihr das Licht ausdrehen!

"Lassen Sie uns daran denken, ... die Universität Erfurt ... hat ein wechselvolles Schicksal gehabt. Aber immer ging es um große Wirkungen in langen Zeiträumen. So ist es auch bei den Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind." (Richard v. Weizsäcker am 17.4.1991 in Erfurt)

Gründungsausschuß der Stadt Erfurt für eine "Europäische Universität Erfurt"

Vorsitzender:

Dipl.-Ing. Manfred Otto Ruge
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt

Mitglieder:

- **Professor Dr. Horst R. Abe**, Vizepräsident des Senats der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt
- **The Lord Annan**, ehem. Provost des King's College Cambridge und Vice Chancellor der Universität London
- **Professor Dr. Alexander Böhm**, Lehrstuhl für Kriminologie, Strafrecht, Strafvollzug Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- **Dr. Heino Falcke**, Ev. Probst von Erfurt
- **S.E. Botschafter Graf Luigi Vittorio Ferraris**, Mitglied des Italienischen Staatsrates Rom/Italien
- **Professor Dr. Hartmut Genest**, Rektor der Kirchlichen Hochschule Naumburg
- **Professor Dr. Friedrich Hirzebruch**, Direktor des Max-Planck-Insitutes für Mathematik
- **Dozent Dr. Hans-Joachim Kittel**, Rektor der Evangelischen Predigerschule Erfurt
- **Dr. W.R.H. Koops**, Ltd. Bibliotheksdirektor a.D. der Rijksuniversität Groningen Haren/Niederlande
- **Professor Dr. Dr. h.c. mult. Walter Künzel**, Rektor der Medizinischen Akademie Erfurt
- **Professor Dr. Claus-Peter März**, Rektor des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt
- **Professor Dr. Peter-Christian Müller-Graff**, Juristische Fakultät der Universität Trier
- **Professor Dr. Radium Palous**, Rektor der Karls-Universität Prag
- **Professor Dr. Ulrich Pommer**, Rektor der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen
- **Professor Dr. Dr. h.c. Paul Raabe**, Direktor der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel
- **Dr. Kurt Reumann**, Frankfurter Allgemeine Zeitung
- **Professor Dr. Hans-Heinrich Rupp**, Juristische Fakultät der Universität Mainz, Lehrstuhl für öffentliches Recht
- **Professor Dr. Hartmut Schiedermair**, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes
- **Professor Dr. Ernst Schnutzer**, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- **Professor Dr. Wolfgang Schuller**, Universität Konstanz Philosophische Fakultät - Ordinarius der Alten Geschichte -
- **Dr. Hans-Georg Schultz-Gerstein**, Kanzler der Universität Lüneburg
- **Dr. Herrmann Josef Schuster**, Staatssekretär a.D.
- **Professor Dr. Jean Sirinelli**, Präsident der UNESCO-Kommission der Republik Frankreich
- **Professor Dr. Otto von Simson**, Vorsitzender des Nationalkomitees der BRD für die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988-1997
- **Dr. Aribert W.J. Spiegler**, Vorsitzender der Interessengemeinschaft "Alte Universität Erfurt e.V."

- **Professor Dr. Christian Starck**, Juristisches Seminar der Georg-August-Universität Göttingen
- **Professor Dr. Horst Sund**, Rektor der Universität Konstanz
- **Dr. Helmut Tautz**, ehem. Sekretär des Nationalkomitees der DDR für die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988 - 1997
- **Dr. Joachim Wanke**, Bischof, Apostolischer Administrator in Erfurt und Meiningen
- **Professor Dr. Jürgen Wilke**, Leiter des Instituts für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- **Professor Dr. Volkmar Wünsch**, Prorektor für Naturwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
- **Professor Dr. Hans-Jürgen Vosgerau**, Universität Konstanz, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre
- **Professor Dr. Werner Zohlnhöfer**, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik

Beisitzer:

- **Dr. Steffens**, Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst
- **Bibliotheksrat Christian Piossek**, Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Universitätsneugründung

Wissenschaftlicher Beirat des Gründungsausschusses der Stadt Erfurt für eine "Europäische Universität Erfurt"

Vorsitzender:
Professor Dr. Hartmut Schiedermair, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes

Katholisch-Theologische Fakultät:
Professor Dr. Claus-Peter März, Rektor des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt
Evangelisch-Theologische Fakultät:
Professor Dr. Hartmut Genest, Rektor der Kirchlichen Hochschule Naumburg
Juristische Fakultät:
Professor Dr. Peter Krause, Juristische Fakultät der Universität Trier (bis 2.5.91)
Professor Dr. Christian Starck, Juristisches Seminar der Georg-August-Universität Göttingen
Medizinische Fakultät:
Professor Dr. Dr. h.c. mult. Walter Künzel, Rektor der Medizinischen Akademie Erfurt

Philosophische Fakultät:
Professor Dr. Wolfgang Schuller, Universität Konstanz, Philosophische Fakultät - Ordinarius der Alten Geschichte -
Professor Dr. Jürgen Wilke, Leiter des Instituts für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät:
Professor Dr. Volkmar Wünsch, Prorektor für Naturwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät:
Professor Dr. Rolf Peffekoven, Institut für Finanzwissenschaft der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (bis 17.4.1991)
Professor Dr. Werner Zohlnhöfer, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz , Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik (ab 17.4.1991)
Bibliothekswesen:
Dr. W.R.H. Koops, Ltd. Bibliotheksdirektor a.D. der Rijksuniversität Groningen Haren/ Niederlande
Organisation, Verwaltung, Finanzierung:
Dr. Herrmann Josef Schuster, Staatssekretär a.D.
Rechenzentrum:
Professor Dr. Dieter Haupt, Leiter des Rechenzentrums der Technischen Universität Aachen

Experten:
- **The Lord Annan**, ehem. Provost des King's College Cambridge und Vice Chancellor der Universität London
- **S.E. Botschafter Graf Luigi Vittorio Ferraris**, Mitglied des Italienischen Staatsrates Rom/Italien
- **Professor Dr. Friedrich Hirzebruch**, Direktor des Max-Planck-Insitutes für Mathematik
- **Professor Dr. Radium Palous**, Rektor der Karls-Universität Prag
- **Dr. Kurt Reumann**, Frankfurter Allgemeine Zeitung
- **Professor Dr. Jean Sirinelli**, Präsident der UNESCO-Kommission der Republik Frankreich
- **Dr. Hans-Georg Schultz-Gerstein**, Kanzler der Universität Lüneburg
- **Professor Dr. Otto von Simson**, Vorsitzender des Nationalkomitees der BRD für die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988-1997
- **Dr. Aribert W.J. Spiegler**, Vorsitzender der Interessengemeinschaft "Alte Universität Erfurt e.V."
- **Professor Dr. Horst Sund,** Rektor der Universität Konstanz

Beisitzer:
- **Dr. Steffens**, Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst
- **Dr. Helmut Tautz**, ehem. Sekretär des Nationalkomitees der DDR für die UNO/UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1988 - 1997
- **Bibliotheksrat Christian Piossek**, Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Universitätsneugründung

Richard von Weizsäcker (Bonn):

Ansprache vor Freunden und Förderern der Universität Erfurt im Fayencesaal des Erfurter Angermuseums am 17. April 1991

Meine Damen und Herren,

meine Funktion ist zuzuhören, aber ich möchte die Gelegenheit, doch auch etwas zu sagen, wahrnehmen.

Es ist klar, daß man bei Entscheidungen dieser Art wissen muß, wer die Verantwortung wofür trägt und tragen muß. Der Wissenschaftrat hat die Aufgabe übernommen, sich gutachtlich zur weiteren Entwicklung der Forschung und Lehre in den fünf neuen Ländern zu äußern. Zugleich wird niemand den Wissenschaftsrat mit Verantwortungen belasten wollen, die er ja gar nicht tragen kann. Nicht der Wissenschaftrat hat die politische Entscheidung zu treffen, und nicht der Wissenschaftsrat kann die Folgeverantwortung übernehmen für die Entscheidungen, die die dafür zuständigen politischen Gremien getroffen haben.

Der Wissenschaftsrat will helfen, nicht Macht ergreifen. Wenn es um Macht oder Interessen geht, haben wir in einer Demokratie dafür die von der Verfassung gewählten Organe, und das ist in erster Linie das Parlament und die durch das Parlament gewählte Executive.

Somit ist auch für den Wissenschaftsrat schlechthin entscheidend, was das Land Thüringen politisch will. Und das Land Thüringen wird sich nicht hinter dem Wissenschaftsrat verstecken wollen und dürfen. Meine Anmerkungen sind die folgenden:

Wir hören viel und mit Recht von großen wirtschaftlichen und sozialen Sorgen, die es in den fünf oder sechs Ländern der ehemaligen DDR gibt. Gerade wenn wir diese wirtschaftlichen und sozialen Sorgen ernst nehmen, dann müssen wir auch im Auge behalten, was langfristig die materielle und geistige Lebensgrundlage der Menschen bilden wird. Das ist nicht mehr in solchem Maße wie früher, Rohstoffe zutage zu fördern und große industrielle Massenproduktion hervorzubringen, sondern es gilt in Mitteleuropa im allgemeinen, in Deutschland und auch im Lande Thüringen im besonderen - je länger, desto mehr, unsere geistigen Fähigkeiten zu entwikkeln. Davon hängt nicht nur unsere Lebensfreude, sondern auch unsere materielle Zukunft ab.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es im Sinne einer langfristigen Überwindung derzeitiger Engpässe im Land Thüringen wie in den anderen Ländern ganz entscheidend ist - auch aus Verantwortung für die materielle Zukunft der hier lebenden Menschen -, Forschung und Lehre mit allen unseren Kräften zu fördern. Und zwar hier zu fördern und nicht im Westen. Diese Entwicklung ist nicht vergleichbar mit dem Züchten von Radieschen, die man in ein paar Wochen ernten kann, sondern mit der Anlage von Wäldern, die erst in Jahrzehnten wirklich zu ihrer vollen Blüte und zu ihrem vollen Wert kommen.

Wir dürfen in Momenten wie dem jetzigen, in geschichtlichen Momenten, wie sie sich doch wahrhaft selten genug bieten, das langfristige Denken nicht ausschalten.

Wir müssen daran denken, ob wir der europäischen Landkarte entsprechen, wie sie in zwanzig Jahren aussehen wird, und ob wir in bezug auf die langfristige Grundlegung des Wissens und Könnens unsere Kinder und Enkel diejenigen Weichen gestellt haben, die heute dafür möglich sind - und die vielleicht in zwei Jahren nicht mehr möglich sind. Deshalb möchte ich nun an alle Beteiligten sowohl im Lande Thüringen als auch im Wissenschaftsrat, unter den Studenten und Organisatoren und Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Erfurt und weit darüber hinaus und auch in den Medien dafür plädieren: Lassen Sie uns daran denken, daß die Universität Erfurt 1392 gegründet worden ist. Sie hat ein wechselvolles Schicksal gehabt. Aber immer ging es um große Wirkungen in langen Zeiträumen. So ist es auch bei den Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind.

Erfurt liegt in der Mitte Deutschlands und damit in der Mitte Europas. Wir werden einen starken Zugang an Kommunikation und Kooperation von Nord und Süd und Ost und West in ganz Europa erleben.

Und wir, die wir aus dem Westen Deutschlands kommen, haben uns doch nicht nur die Frage vorzulegen, was wir vielleicht helfen können, damit hier das Leben vorwärts geht, sondern wir beschäftigen uns auch mit der Frage, was wir von hier empfangen können an Reichtümern. Erfurt hat etwas zu geben an großen Reichtümern - weit über die Grenzen der Stadt und des jetzigen Bundeslandes Thüringen hinaus.

Ich verstehe es völlig, daß man gerne an Daten anknüpft, auch deswegen, weil das Jahr 1992 für die Stadt Erfurt kommt und weil für die Universität dieses Datum eine große Rolle gespielt hat. Das ist jedoch nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß langfristig verantwortbare Entscheidungen getroffen werden, daß es sich um eine europäischen Universität handelt, die diesen Namen auch verdient, daß es auch eine Universität ist, die natürlich die übrigen Hochschulbelange im Lande Thüringen nicht beeinträchtigen soll.

Was würde es jetzt einer Hochschule, einer Universität in Erfurt nutzen, wenn sie in einem Dauerkonflikt mit Jena käme? Das muß zusammen überlegt werden. Man wird auch sonst im deutschen Hochschulbereich zu besonderen fachlichen Schwerpunkten, besonderen Qualifizierungen in diesen oder jenen Fächern kommen. Das ist nützlich für alle.

Ich kann nur sagen, ich habe den größten Respekt vor Jena, und ich denke mir, von Jena her gesehen, daß es für das Land Thüringen langfristig eine positive Perspektive ist, wenn sich diese uralte Kulturlandschaft, die Thüringen immer dargestellt hat, nun im Bereich einen neuen großen Namen zu verschaffen weiß.

In diesem Sinne freut es mich zu hören, daß der Herr Ministerpräsident des Landes Thüringen und die Regierung die ernste politische Absicht haben, diesem Projekt näherzutreten und den Mandatsträgern entsprechende Pläne vorzulegen.

Nicht die Schwierigkeiten sind das Entscheidende, sondern dien Perspektive bei der politischen Entscheidung. In dieser Perspektive sollen wir als Deutsche hier in einem deutschen Herzland und in seinem Zentrum in Erfurt die große Stimme aus der Nachbarschaft, aus Prag, nicht ungehört verhallen lassen, die uns mahnt, wo wir herkommen und wohin wir gemeinsam gelangen wollen.

Hans Joachim Meyer (Dresden):

Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht

Es muß um 1950 gewesen sein, daß ich den Begriff "Kader" zum ersten Mal gehört oder gelesen habe. Aus Personalabteilungen wurden Kaderabteilungen, aus Personalchefs Kaderschefs. Das aus dem lat. quadrum stammende Wort hatte schon im Französischen nicht nur die abstrakte Bedeutung eines Rahmens, eines Bildes angenommen, sondern auch die eines militärischen oder auch politischen Führungskerns. Im Russischen entwickelte sich unter kommunistischem Einfluß dann der Begriff zu dem der politischen Führungsschicht schlechthin. Mein deutsch-russisches Wörterbuch, das 1953 in Leipzig als Nachdruck eines 1942 in Moskau herausgekommenen Wörterbuchs erschien, enthält zur Illustration das bemerkenswerte Stalinzitat "Кадры решают всё", "Die Kader entscheiden alles", das übrigens später in Zeiten einer mürberen Parteiherrschaft Pate stand für den Titel eines systemkritischen DDR-Lustspiels. Eine solche Anspielung war natürlich nur möglich, weil die parteirussische Ausweitung des Kaderbegriffs voll ins DDR-Deutsch übernommen worden war. In dem vom Leipziger Bibliographischen Institut 1976 herausgebrachten einbändigen Meyers-Lexikon A-Z heißt es denn auch unter Kader: "planmäßig herangebildeter Stamm von Leitungs- und Nachwuchskräften des gesellschaftlichen Lebens (K. der Partei, des Staats- und Wirtschaftsapparates)". Womit wir denn auch schon bei wesentlichen Inhalten dieses ausgeweiteten Kaderbegriffs wären, nämlich erstens trotz des Plurals das Moment der Einheitlichkeit und Geschlossenheit - in der Definition des kleinen Ost-Meyer kommt dies durch den Gebrauch des altertümlichen patriarchalischen "Stamm" zum Ausdruck, - zweitens im Attribut der "planmäßigen Herausbildung" und schließlich drittens im instrumentalen Charakter der Kader, durch die Metapher von "Apparat", den diese Kader bilden. Diese Rolle als Instrument und Werkzeug ist es auch, die die Invariante bildet von "Apparat" und der einen völlig anderen technologischen Standard repräsentierenden "Schmiede". Und wenn auch die Bilder nicht zueinander zu stimmen scheinen, so gehören doch zwei von diesen Bildern evozierte Eigenschaften dem Begriff und der Realität nach wesentlich zusammen, nämlich die der Willens- und Seelenlosigkeit eines Apparates und die der gnadenlosen Härte von Gegenständen, die in einer Schmiede erzeugt werden. "Apparat" paßt schließlich zusammen mit der Vorstellung der Gesellschaft als eines maschinenartigen Systems, wie sie in dem bekannten Stalinschen Modell des Herrschaftssystems im real existierenden Sozialismus, also Stalins Verwirklichung des Marxschen Begriffs von der Diktatur des Proletariats, zum Ausdruck kommt, wonach allein die Partei der Motor sei, alles andere dagegen die Funktion von Transmissionsriemen habe. Daß Bildung und Bildungswesen in einer so konzipierten Gesellschaft nur die Aufgabe haben sollten, auf das modellgerechte gesellschaftliche Funktionieren vorzubereiten, liegt auf der Hand. In einem 1976 erschienenen reich illustrierten Werk "Die Humboldt-Universität zu Berlin. Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart" wurden die entscheidenden Schritte zu einem sozialistischen Bildungswesen wie folgt beschrieben; Originalton Ost:

"Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft und der Sicherung der Staatsgrenze gegenüber der BRD und Westberlin (gemeint ist der Mauerbau 1961) konnte in der DDR die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen werden. Das vom VI. Parteitag der SED (1963) beschlossene Programm legte auf dem Gebiet der Bildung und Kultur fest, die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten umfassend zu fördern und alle schöpferischen Potenzen des Volkes für den Sozialismus freizusetzen. Gemäß dem Auftrag des VI. Parteitages verabschiedete die Volkskammer der DDR 1965 nach einer breiten demokratischen Aussprache das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem". In ihm wird das Zusammenwirken aller Stufen des sozialistischen Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule bestimmt und seine künftige Entwicklung in organischer Verflechtung mit der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Volkswirtschaft, weit vorausschauend festgelegt.

Fußend auf den gewonnenen Erfahrungen und an die Vorschläge vieler Hochschulangehörigen anknüpfend (man beachte die satzeinleitende adverbiale Partizipialkonstruktion nach russischem Muster - H.J.M.), wurden 1965/66 die "Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR" zur Diskussion gestellt. Ihre Ergebnisse faßte die IV. Hochschulkonferenz der SED 1967 zusammen.

Durch die seit 1968 durchgeführte Hochschulreform wurden an der Humboldt-Universität wie im gesamten Hochschulwesen der DDR wichtige Voraussetzungen für die weitere sozialistische Ausgestaltung der höchsten Bildungsstätten geschaffen. Im Ergebnis einer umfassenden Aussprache mit allen Angehörigen der Universität wurden Maßnahmen zur Qualität der Ausbildung, zur Verstärkung der sozialistischen Erziehung der Studenten, zur engen Verflechtung der Ausbildung und Forschung mit der Volkswirtschaft und anderen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft sowie zur Einführung neuer Struktur- und Leitungsformen in Angriff genommen." (Seite 168 - 169)

Auch dem letzten Satz dieses Zitats scheint die Syntax des Parteirussisch durch alle Ritzen. Dennoch möchte ich zu diesem Text anmerken: Für alle Kenner der DDR-Geschichte weist er ziemlich eindeutig auf die Mitte der siebziger Jahre hin. Zur Zeit der sogenannten III. Hochschulreform, 1968, als Ulbricht noch an der Macht war, oder in den achtziger Jahren hätte er um Nuancen anders geklungen, wenn auch nicht sprachlich besser. Meine eigene Ver-

sion der III. Hochschulreform ist naturgemäß von persönlichen Erinnerungen geprägt. Die dritte Hochschulreform bedeutete die Zerschlagung der alten deutschen Universität, die ja zeitgleich auch im Westen zerstört wurde. Das Hauptziel im Osten war, um es im Parteideutsch zu sagen, ein kaderpolitisches. Nicht daß die überwiegende Mehrheit der Professoren sich anders verhalten hätte als sich Professoren oder andere Menschengruppen hier oder irgendwo sonst in der Welt unter gleichen Machtverhältnissen zu verhalten pflegen: Die meisten arrangieren sich, um sich ihrer Arbeit und natürlich auch ihrem Fortkommen widmen zu können. Es ist wahr: In den Geisteswissenschaften, besonders in den staatswichtigen Fächern, waren schon nicht wenige anerkannte Fachgelehrte wegen ihrer Überzeugung oder ihrer Forschungen gedemütigt und vertrieben worden. Seit 1951 war Marxismus-Leninismus obligatorisches Studienfach. Aber für die meisten Fächer waren die Veränderungen so oberflächlich, daß sie über Nacht wieder hätten verschwinden können. Und auch jene Professoren, die aus Naivität oder Ehrgeiz die SED aktiv unterstützten oder in sie eintraten - und das war damals noch eine Minderheit -, waren in ihren Denkstrukturen und Verhaltensweisen überwiegend durch die akademische Tradition geprägt. Über den Mathematiker Schröder, Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre Rektor der Humboldt-Universität, sagte mir einer seiner jüngeren Fachkollegen, als wir uns über die Gründe und die Folgen der III. Hochschulreform unterhielten: "Auf dem Schreibtisch vom dicken Schröder ist so manche Kampagne gestorben. Er verstand einfach nicht, was man von ihm wollte." Im Jahre 1968 verlor auch mein Lehrer und Doktorvater Martin Lehnert, einer der profiliertesten deutschen Anglisten, sein Amt als Institutsdirektor. Die Philologien wurden in einer einzigen Sektion - dieser Begriff wurde damals eingeführt - zusammengefaßt, um diese unsicheren Kantonisten besser kontrollieren zu können. Im Institut für Fremdsprachen, dem ich als Englischlektor angehörte, wurde jeder institutionelle Zusammenhalt der Anglisten aufgelöst, weil das einzige Parteimitglied unter ihnen selbst damals nicht mit der Leitung einer solchen Abteilung hätte betraut werden können. Zum Direktor der neuen Sektion Fremdsprachen wurde ein Mann gemacht, über den ich damals im vertrauten Kreis frei nach Talleyrands Wort, er kenne nur noch einen größeren Intriganten als Joseph Fouché und das sei der Herzog von Otranto, zu sagen pflegte, ich kenne nur noch einen größeren sprachwissenschaftlichen Ignoranten als - nennen wir ihn - N. und das ist der Direktor der Sektion Fremdsprachen. Die III. Hochschulreform war auch die Zeit der Um- und Wegprofilierungen. Eines Tages begrüßte mich ein Kollege von einer anderen Einrichtung mit den Worten: "Sind Sie denn nun PG oder PL." Auf meinen verdutzten Blick hin erläuterte er: "Na, Profilierungsgeschädigter oder Profilierungsleiche." Fatalerweise kommt mir dies heute immer wieder in den Sinn, wenn ich es mit Strukturempfehlungen eines hohen Wissenschaftsrates zu tun habe. Natürlich wurden damals auf obrigkeitlichem Wink hin die akademischen Talare abgeschafft - für ungebildete Ideologen in Ost und West der sozusagen handgreifliche Beweis der Mittelalterlichkeit der Universität. Für viele bei uns war dies Ausdruck des Ungeistes der III. Hochschulreform, so daß wir nach der Wende - wie sich eine Westberliner Wissenschaftspolitikerin ausdrückte - eine "Renaissance der Tradition" erlebten. Trotz des unübersehbaren inneren Kopfschüttelns eine immer noch sehr freundliche Bemerkung, gemessen an der dümmlichen Süffisanz, mit der westliche Journalisten, die offenbar den würdelosen Massenbetrieb für den Nabel der Welt halten, glaubten sich

dazu äußern zu sollen. Und nicht nur für mich assoziierten sich die deprimierenden Erfahrungen der III. Hochschulreform mit den gleichzeitigen Vorgängen an den Universitäten Westdeutschlands und Westberlins, als Chaoten in den Hörsälen die Herrschaft ergriffen, nach dem Vorbild Mao Tse-tungs "befreite Gebiete" proklamierten und lärmende Münchener Studenten eine Gedenkfeier für Hans und Sophie Scholl zum Platzen brachten, weil sie besser als der Vater Robert Scholl zu wissen glaubten, wer die Gedenkrede halten sollte. Nur wenige Meter von der Mauer entfernt, zogen Tausende durch die Straßen Westberlins mit dem Ruf "Kommt herunter vom Balkon, unterstützt den Vietkong".

Und noch ein Ereignis des Jahres 1968 hatte für uns diese Zeit geprägt und sich unauslöschlich in unsere Erinnerung eingegraben: Die gewaltsame Niederwerfung des Prager Frühlings. Mit ihm - so glaubte ich damals und mit mir wohl die meisten - war die letzte Hoffnung zerstört worden, noch zu unseren Lebzeiten eine Änderung der Verhältnisse zu sehen. Auch als ich Mitte der siebziger Jahre an der Dresdner Pastoralsynode der Katholischen Kirche teilnahm, bestimmte diese Überzeugung unsere Beratungen, daß wir als eine kleine und immer kleiner werdende Gemeinschaft auf unabsehbare Zeit das Licht der Hoffnung geduldig durch einen riesigen dunklen Raum tragen müßten.

Zehn Jahre später hatte sich die Situation gewandelt, auch an der Universität. Sie war nie, auch nicht unmittelbar nach der III. Hochschulreform, zu einer reinen Kaderschmiede geworden. Sie wurde übrigens meines Wissens auch in offiziellen Dokumenten allenfalls in bezug auf bestimmte Institutionen, jedoch nicht in ihrer Gesamtheit als Kaderschmiede bezeichnet; insofern enthält das Thema, das ich wählte, schon ein reißerisches Zugeständnis. Als Kaderschmiede wurden im allgemeinen nur Parteischulen bezeichnet - nicht etwa aus Respekt vor Eigenart und Eigenverantwortung der Universität (schon das Wort "akademische Selbstverwaltung" war ein Tabu bis zum Oktober 1989), wohl aber aus nüchterner Einsicht in die reale Lage. Denn wenn auch Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre der Anteil der Parteimitglieder in der Professorenschaft durch eine entsprechende Berufungspolitik systematisch erhöht worden war und auch danach Parteimitgliedschaft der akademischen Karriere sehr förderlich war, so kann ein solcher Kurs doch nicht ausschließlich und auf Dauer durchgehalten werden, wenn die Umstände dazu zwingen, sich um Leistung und Effizienz zu mühen. Mein Kollege Klaus Hansen mußte einfach, obwohl er kein Parteimitglied war und nicht als Marxist posierte, auf den Lehrstuhl unseres Lehrers Martin Lehnert berufen werden, weil diese Stelle nicht länger vakant bleiben konnte und niemand weit und breit zu sehen war, der Hansen das Wasser hätte reichen können. Es gab auch Parteimitglieder, denen es gegen ihre eigene akademische Ehre ging, daß Nichtgenossen gleicher wissenschaftlicher Leistung nicht berufen wurden und so ihre eigene Stellung als eine nichtwissenschaftlich motivierte diskreditiert werden konnte. Hier will ich dankbar meiner langjährigen Sektionsdirektorin Helga Wüsteneck gedenken - sie hat den von mir vorhin charakterisierten Herrn N. abgelöst -, die sich hartnäckig und schließlich erfolgreich für mich eingesetzt hat. Inzwischen ist sie im Vorruhestand.

Doch nicht solche personellen und persönlichen Dinge sind wichtig, um die Situation zu charakterisieren, die sich - jedenfalls nach meiner Erfahrung - in den 80er Jahren an den Universitäten in der DDR herausbildete, sondern die - wenn ich es einmal so ausdrücken darf - endzeitliche Stim-

mung, die resignative Grundhaltung unter solchen, denen der Sozialismus etwas bedeutete, die sich ihnen unabweislich aufdrängende Erkenntnis, daß es so nicht mehr lange weitergehen könnte, schließlich der verzweifelte Versuch, in Anlehnung an den Perestroika-Kurs Gorbatschows das Steuer herzumzuwerfen, um einen neuen Anfang zu versuchen. Als im Winter 1988/89 durch das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" der Konflikt mit dem neuen Weg in der Sowjetunion gleichsam offiziell wurde, waren diejenigen, die das Verbot in der Humboldt-Universität verteidigten, in der verschwindenden Minderheit. Von dem damaligen Rektor ist glaubhaft die Aussage bezeugt, er habe sich, als er in einer Sektion versuchte, diesen Schritt zu rechtfertigen, gefühlt, als spreche er in einem Eiskeller. Damit kein Mißverständnis entsteht: Nichts von dem hat die Wende herbeigeführt, aber es hat zu jener inneren Aushöhlung des Herrschaftssystems beigetragen, die zu erklären hilft, daß dieses nach den Ereignissen des 7. bis 9. Oktober 1989 faktisch kollabierte. Und nur so konnte die Wende friedlich verlaufen.

In der Humboldt-Universität selbst begann wie in den anderen Universitäten und Hochschulen der DDR die Wende erst nach dem 9. Oktober. Und sie ging - jedenfalls in der Humboldt-Universität - von den Studenten aus. Ich sehe mich noch in einem dichtgedrängten Hörsaal stehen - das Auditorium maximum hatte sich als zu klein erwiesen und die Organisatoren hatten beim Rektor durchgesetzt, daß in allen Hörsälen des Hauptgebäudes Parallelveranstaltungen durchgeführt wurden. Die FDJ-Kreisleitung wurde beiseite geschoben und durch einen basisdemokratisch gewählten Studentenrat ersetzt. Die Änderung der Universitätsstruktur und der Universitätsgremien verlief dagegen viel langsamer. In einigen Sektionen wurden der Sektionsrat und der Sektionsdirektor neu gewählt. In der Sektion Physik z. B. setzte der akademische Mittelbau durch, daß sie und die Professoren die Vertreter der beiden Gruppen gemeinsam wählten und daß alle Professoren kandidieren mußten. Auf diese Weise wurde erreicht, daß jene, die als primär politische Berufungen bekannt waren, in eklatanter Weise durchfielen. Ich hatte ein mehrseitiges Thesenpapier zur Hochschulerneuerung verfaßt und in Umlauf gebracht, erhielt auch im Kollegenkreis einige freundliche Zustimmung, erreichte aber keine wirkliche Aktion. Der einzig greifbare Erfolg war, daß ich Ende 1989 nach einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates, zu der ich gegangen war, obwohl ich diesem Gremium gar nicht angehörte, in die neugebildete Statutenkommission kam. An deren Beratungen, die sich bis zum Universitätskonzil Ende März/Anfang April hinzogen, nahm ich lebhaften Anteil, obwohl mein Engagement seit Frühjahr 1989 vor allem dem Wiedererstehen einer katholischen Laienbewegung in der DDR galt, für die ich dann auch seit November 1989 am Zentralen Runden Tisch als Beobachter teil nahm. Beides - die Eindrücke, die ich am Zentralen Runden Tisch sammelte, noch mehr aber die Erfahrungen, die ich in der Statutenkommission der Universität machte - brachten mich - wenn auch widerwillig - zu der Einsicht, daß wir in der rasanten politischen Entwicklung, die bei uns und unseren östlichen Nachbarn verlief, keine Zeit hatten, aus eigener Kraft einen gleichgewichtigen Beitrag zu einem neuen geeinten Deutschland zu leisten, ganz einfach, weil niemand in kurzer Zeit das an politischer Kultur und rechtsstaatlicher Kompetenz wieder schaffen konnte, was in Jahrzehnten zerstört worden war.

Da aber die DDR über längere Zeit keinen Bestand mehr haben konnte, erschien es mir unter den real gegebenen Möglichkeiten das Beste, das in vier Jahrzehnten erprobte Grundgesetz, die beste Verfassung, die in Deutschland je galt, als Rahmen und Grundlage zu akzeptieren, um in einem künftigen gemeinsamen Deutschland wenigstens eine Chance zur Gleichberechtigung zu haben. In all den Jahren davor wäre mir der Gedanke, die Einheit durch einen Beitritt zu erlangen, absurd vorgekommen. Aber in der kühlen Luft der Realität - Klopstock schrieb, als er den Zusammentritt der Etats Generaux begrüßte: "Die Morgenschauer dringen den Wartenden durch Mark und Bein" - da schien dies doch das Notwendige und Richtige, zu dem ich mich auch heute bekenne. Wenn ich auch nicht behaupten kann, wir hätten mit der desillusionierenden Schockterapie seit dem Herbst 1990 gerechnet, so ist es doch schlicht journalistische Diffamierung, wenn heute behauptet wird, wir hätten unüberlegt und naiv gehandelt. Die Erklärung zu den Volkskammerwahlen, die ich für den Gemeinsamen Aktionsausschuß katholischer Christen, zu dessen Vorsitzendem ich im Februar 1990 gewählt worden war, schrieb, und die von diesem gebilligt worden und von den katholischen Bischöfen übernommen wurde, ist jedenfalls ein Dokument der Nüchternheit.

Am 10. April, ich war einen Tag davor vom Konzil in den Senat der Humboldt-Universität gewählt worden, wurde ich zu Lothar de Maizière gebeten, der mich fragte, ob ich bereit wäre, Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR zu werden. Er fügte hinzu, er wisse, daß dies eine Riesenaufgabe sei und es wohl zweier Generationen bedürfe, das Bildungswesen wieder in Ordnung zu bringen, aber wir müßten damit anfangen. Zu diesem Zeitpunkt war ich parteilos. Der CDU der DDR war ich zwar schon 1952, mit 16 Jahren, beigetreten, hatte diese Partei aber im Frühjahr 1961 wieder verlassen. Lothar de Maizière kannte ich seit November 1989 durch ein Gespräch, das über die katholische Kirche zustande gekommen war, und dann durch unsere Begegnungen am Zentralen Runden Tisch. Nach den Wahlen vom 18. März hatte mich einer seiner Stellvertreter telefonisch gefragt, ob ich bereit wäre, Verantwortung im Bildungswesen zu übernehmen. Ich hatte geantwortet: "Ja, wenn ich wirklich etwas bewegen kann." Der Kommentar meiner Frau war: "Als was Verantwortung? Als Abteilungsleiter, als Staatssekretär, als Minister?" Vom Berliner Bischof und von einem seiner Vertrauten hörte ich dann, daß mein Name bei Gesprächen mit der Kirche tatsächlich genannt worden war. Ich war also auf die Frage nicht gänzlich unvorbereitet und sagte ja. Zwei Tage später, am Gründonnerstag 1990, war ich Minister.

Was macht man, wenn man vor einer Riesenaufgabe steht und weiß, daß man sie nur beginnen kann? Überdies wußte ich, daß Bildung und Wissenschaft nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache ist, die eigentlichen Weichenstellungen also von den wiedererstehenden Ländern zu treffen seien. Daher konnte der Minister für Bildung und Wissenschaft auch nur, wie ich wiederholt betonte, Sachwalter der Länder sein. Für das Hochschulwesen schienen mir vier Aufgaben besonders dringend. Die Entideologisierung der wissenschaftlichen Einrichtungen voranzutreiben, die Stipendien der Studenten zu erhöhen, die Demokratisierung der Universitäten zu unterstützen und diesem Prozeß eine - wenn auch vorläufige - rechtsstaatliche Grundlage zu geben und, last but not least, damit zu beginnen, das jahrzehntelange Unrecht bei den Berufungen abzubauen. Die Stellung des Marxismus-Leninismus als obligatorisches Studienfach war schon in der Modrow-Ära nicht mehr zu halten gewesen. Die bisherigen Sektionen Marxismus-Leninismus hatten daraufhin begonnen, sich neue Namen zuzulegen, wie z. B. Institut für

Politikwissenschaften. Die wenigsten dieser Neubenennungen waren allerdings bisher bestätigt und so gut wie keine Umberufung vorgenommen worden. Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß mit dem Fortfall des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums auch alle sich darauf beziehende Berufungsgebiete entfallen wären, und der Ministerrat beschloß auf meinen Vorschlag die Abberufung aller Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus. In den folgenden Monaten habe ich Hunderte von Abberufungen unterschrieben. Dabei war es nicht mein Ziel, Marxisten aus dem wissenschaftlichen Leben auszuschließen, wohl aber einen ersten wichtigen Schritt zu tun, um die staatliche Privilegierung einer Ideologie zu beenden. Zugleich wurden damit nicht unerhebliche Ressourcen freigesetzt, denn die Sektionen Marxismus-Leninismus waren in ihrer personellen und sachlichen Ausstattung immer bevorzugt gewesen. Drei Jahre lang hatten alle Studenten nicht geringe Zeit und Energie für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium aufzuwenden gehabt. Ich wußte auch, daß manche durch dieses Fach oder seine Lehrer in ihrem Studium gescheitert waren. Aber ich kannte auch Kollegen aus dieser Sektion, die ernsthafte Wissenschaftler waren und sich mutig für grundlegende Veränderungen eingesetzt hatten. Günter Rose, Prof. für wissenschaftlichen Kommunismus in Berlin, erklärte im Herbst 1988 nach einer USA-Reise öffentlich, die DDR müsse auf die Mauer verzichten und ihr Verhältnis zu Israel ordnen. Es war daher auch nicht meine Absicht, solchen Persönlichkeiten einen akademischen Neubeginn zu verwehren, wenn er sich auf wissenschaftliche Kompetenz stützen könnte.

Die zweite Absicht, die schon lange überfällige Erhöhung der Stipendien zu erreichen, erwies sich als ein innerhalb der Möglichkeiten der DDR unlösbare Aufgabe. Langwierige Verhandlungen mit Finanzminister Romberg brachten kein Ergebnis, konnten auch kein Ergebnis bringen, denn es erwies sich als unmöglich, rasch ein Steuer- und Abgabesystem aufzubauen, nachdem die Einnahmen aus dem sozialistischen Kommandosystem mit desssen Ende aufhörten. Es war nicht Rombergs böser Wille, er hatte buchstäblich kein Geld. Für mich war es bitter, den demonstrierenden Studenten, denen - wie ich sehr wohl wußte - durch die steigenden Preise das Wasser bis zum Halse stand, diese harte Wahrheit sagen zu müssen. Ich sehe mich noch vor der Volkskammer und bei nächtlichen Kundgebungen auf den Stufen des Berliner Doms mit den Studenten diskutieren, aber Worte ändern keine harten Fakten. Schließlich sah ich keinen anderen Ausweg, als Bonn zu bitten, die Bafög-Regelung schon zum 1. Januar 1991 bei uns einzuführen; dies war zu einem Zeitpunkt, als man noch mit der deutschen Einheit im Frühjahr oder Herbst 1991 rechnete. Bei den niedrigen Eltern-Einkommen bedeutete dies faktisch ein deutlich höheres Stipendium für fast alle Studenten. Mit Hilfe des immer verständnisvollen Staatssekretärs Fritz Schaumann gelang eine solche Regelung schließlich, aber für die Studenten, die von mir sehr wohl wußten, wie wenig ich von dem bürokratischen Gestrüpp der Bafög-Regelungen und dem Prinzip der Elternabhängigkeit hielt und halte, war dies glatter Wortbruch. Dennoch blieb ich mit den Studentenräten im Gespräch. Und ich möchte für diese Auseinandersetzung und für wesentlich härtere, die noch folgen sollten, den Studenten in Berlin und Sachsen bescheinigen, daß sie in ihrer übergroßen Mehrheit auch in der Konfrontation fair blieben. Jedenfalls im Vergleich mit einigen (nicht allen) Lehrerdemonstrationen, die nach Jahrzehnten der Staatstreue von der DDR-Gewerkschaft Unterricht und Erziehung oder

von ihrer Absetzung entgegensehenden Schulräten organisiert wurden. Übrigens: Am Schluß fand sich doch noch etwas Geld, um für die Übergangszeit die Stipendien wenigstens etwas aufzubessern.

Die dritte Aufgabe führte mitten hinein in das Spannungsfeld hochschulpolitischer Auseinandersetzung. Schon bald nach der Wende war das Hochschulrecht der DDR weithin beiseite geschoben worden, insbesondere auf dem Gebiet der Hochschulverfassung. Das Spektrum der von den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen vorgeschlagenen Statuten reichte weit - von radikal basisdemokratischen Modellen, die die Hochschullehrer noch unter die Drittelparität von 1968 reduzierten und den Rektor zum nicht stimmberechtigten Vollstrecker der Senatsbeschlüsse machten bis zur fröhlichen Urständ der alten Ordinarienuniversität reinster Prägung. Auch wer nicht den aussichtslosen Versuch machen wollte, zwischen diesen Extremen zu vermitteln, stand vor der Quadratur des Kreises. Denn einerseits mußte es natürlich darum gehen, die akademische Eigenverantwortung und Selbstverwaltung wieder herzustellen und in diesem Rahmen den Professoren die Stellung einzuräumen, die nach dem bekannten Bundesverfassungsgerichtsurteil für die Freiheit von Lehre und Forschung notwendig ist, andererseits war es aber zunächst notwendig, die durch die Kaderpolitik der Vergangenheit systematisch zerstörten Grundlagen der akademischen Autonomie neu zu schaffen. Für jeden aufmerksamen Beobachter war nicht zu übersehen, daß so mancher, der jetzt akademische Autonomie praktizierte und einforderte, bis zur Wende darin bürgerliches Teufelszeug gesehen hatte. Auch war klar, daß die zu erarbeitende rechtliche Regelung nur einen vorläufigen Rahmen darstellen konnte. Es darf ja nicht vergessen werden, daß bis in den August hinein noch die Meinung vorherrschte, erst würden sich die Länder konstituieren und ihre Landtage und Landesregierungen ihre Tätigkeit aufnehmen, bevor die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrat und ihre noch verbliebenen zentralen Funktionen auf den Bund übergingen. Darum meinte ich, wir hätten mit der neuen Hochschulordnung, die ursprünglich als Gesetz geplant war, Zeit über die Sommerpause bis zum Herbstsemester, um dann auf dieser Grundlage überall dort Wahlen durchzuführen, die nicht bereits nach den gleichen Prinzipien durchgeführt worden waren. Wäre mir damals schon die viel kürzere Zeitperspektive klar gewesen, ich hätte - wie im Falle der Schulen - kurze Verordnungen vorgezogen, die wir - zum Entsetzen beratender Westjuristen - jeweils in einer Sitzung formulierten und rasch in Kraft setzten, um jedenfalls provisorisch neue Leitungsstrukturen zu schaffen. Da ich meinem Hang zum Perfektionismus nachgab, geriet ich in ein Dilemma. Diejenigen an den DDR-Universitäten und -Hochschulen, denen ich mit einer solchen Ordnung eine verläßliche Grundlage geben wollte, sahen sich in ihrer neu gewonnenen Freiheit erneut durch die Zentrale eingeschränkt. Nach vier Jahrzehnten eines rigiden Kommandosystems gab es eine tiefe Abneigung gegen jede Art von Vorgabe, auch wenn diese von einer demokratisch legitimierten Autorität kam. Ich saß in diesem Punkte durchaus in einem Glashaus, denn noch vor wenigen Monaten hatte ich in der Statutenkommission der Humboldt-Universität ernsthaft die Frage aufgeworfen, ob denn die Wahl eines Rektors und die Berufung eines Professors auch in Zukunft von einem Minister bestätigt werden müßte. Übrigens hinderte die antiautoritäre und antizentralistische Grundhaltung viele, wenn nicht die meisten, überhaupt nicht daran, immer wieder im Einzelfall nach Eingriffen von oben zu rufen. Als einer meiner Söhne

seine telefonischen Glückwünsche zum Ministeramt mit ähnlichen Anregungen verband, sagte ich zu ihm: "Junge, ich kann nicht wie der alte Fritz mit dem Krückstock durchs Land gehen und Recht schaffen. Das ist zwar effektvoll, aber letztlich doch ohne Wirkung." Ihm ist das längst klar durch eigene Erfahrung, aber vielen bei uns noch nicht. Dagegen machte den meisten westdeutschen Gesprächspartnern und Beratern eine Hochschulordnung nur Sinn, wenn sie eine Kopie des Hochschulrahmengesetzes der Bundesrepublik würde. Den Juristen, die ich im DDR-Ministerium vorgefunden hatte, leuchtete dies sofort ein. Der erste Entwurf war dann auch entsprechend.

Inzwischen wurde immer deutlicher, daß der Tag der deutschen Einheit rascher heranrückte, als dies zunächst angenommen worden war. Im Rahmen der deutsch-deutschen Bildungskommission, die im Mai installiert worden war, wie auch bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag machte ich jetzt eine ganz merkwürdige Erfahrung: Einerseits wurde - im Einklang mit der öffentlichen Diskussion und nach meiner Überzeugung überwiegend zu Recht - kritisch festgestellt, was dringend und grundlegend im Bildungswesen der DDR zu ändern war, andererseits wurde jeder konkrete Schritt, den wir zur Veränderung gehen wollten, beargwöhnt und behindert. Zunehmend gewann ich den Eindruck, man wolle gar nicht, daß sich die DDR auf dem Wege zur deutschen Einheit aus eigener Kraft erneuere, sondern Volkskammer und Regierung hätten allenfalls die Aufgabe, schon so viel wie möglich aus dem Rechtssystem der Bundesrepublik zu übernehmen. "Wie im Westen so auf Erden," sollte Dieter Simon, aber auch erst nach einem gewissen Erkenntnisprozeß, dieses Vorgehen später einmal nennen. Ich hatte von Anfang an gesagt: Bildung, Wissenschaft und Kultur sind die Gebiete, in denen nach dem Grundgesetz die Deutschen in der bisherigen DDR auch nach dem Beitritt zu eigenen Entscheidungen kommen können. Daher mußte das erste Ziel darin bestehen, diesen Freiraum eigener Gestaltung zu bewahren und darüber hinaus sicherzustellen, daß auch nach dem Beitritt der Weg in die Grundgesetzordnung von den wiedererstehenden Ländern im Osten Deutschlands gestaltet werden könnte, d. h. es galt, eine Übergangsfrist durchzusetzen. Unter Verweis auf die Tatsache, daß das Hochschulrahmengesetz auch in der alten Bundesrepublik den Ländern eine Frist von drei Jahren eingeräumt hatte, in der sie ihre Hochschulgesetzgebung anzupassen hatten, konnte ich erreichen, daß auch unseren neuen Ländern eine entsprechende Frist eingeräumt wurde. Nach Einigungsvertrag haben sie bis zum 3. Oktober 1993 Zeit, eine HRG-konforme Hochschulgesetzgebung inkraft zu setzen. Entgegen meiner ursprünglichen Absicht wurde dies zwar in einer Anlage versteckt, aber ich habe dafür gesorgt, daß es nicht unbekannt blieb. Zugleich war ich aber der Überzeugung, daß dadurch die Notwendigkeit einer vorläufigen Hochschulordnung nicht aufgehoben war. Erstens konnten wir nicht mehr damit rechnen, daß die DDR-Regierung den neuen Landesregierungen ordnungsgemäß die Geschäfte übergeben könnte. Zweitens aber war die Annahme absurd, die neuen Landesregierungen und Landtage würden als erstes die Hochschulgesetzgebung in Angriff nehmen. Daher war ich fest dazu entschlossen, trotz anhaltender Proteste aus Bonn und aus den westdeutschen Ländern die Hochschulordnung noch auf den Weg zu bringen, damit sich die neuen Ländern ihrer bedienen könnten, solange sie dies für richtig hielten, längstens jedoch bis zum 3. Oktober 1993. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Hans-Ludwig Schreiber, früher Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium und unter den Juristen, die ich kenne, einer der wenigen, die sich die Lösung einer neuen Aufgabe nicht nur mit Hilfe alter Formeln vorstellen können, sondern die Freude daran haben, eine neue Formel aufzustellen, veränderte ich den bisher sehr HRG-formen Entwurf in folgenden Punkten:

- Die Zusammensetzung des Konzils blieb dem Satzungsrecht vorbehalten, das natürlich vom zuständigen Minister zu bestätigen war, um der konkreten hochschulpolitischen Situation Rechnung zu tragen und eine Dominanz alter Kräfte zu verhindern.

- Aus dem gleichen Grund erhielt für eine Übergangszeit der zuständige Minister weitgehende Bestätigungs- und Interventionsrechte bei der Besetzung akademischer Wahlämter.

- Die Rechte des akademischen Mittelbaus in der Selbstverwaltung wurden erhöht; es wurde vorerst kein sogenanntes Hausberufungsverbot formuliert, weil dies den älteren Habilitierten im akademischen Mittelbau jede Chance genommen hätte.

- Es wurde ein generelles Recht formuliert, Berufungsgebiete neu zu definieren und auf dieser Grundlage die Kompetenz der entsprechenden Professoren zu überprüfen; bei dieser Bestimmung hatte ich eine Liste im Auge, die ich mir hatte zusammenstellen lassen und die alle Berufungsgebiete enthielt, die die Begriffe "marxistisch-leninistisch" oder "sozialistisch" enthielt, wie z.B. sozialistisches Staatsrecht oder marxistisch-leninistische Philosophie.

Trotz aller unserer Bemühungen hatten wir jedoch die Hochschulordnung erst in den Ministerrat einbringen können, nachdem der Einigungsvertrag bereits unterschrieben war. Da in diesem auch das weiter geltende Recht festgeschrieben wurde, bedeutete dies eine Abstimmungsrunde mit Bonn und der Kultusministerkonferenz, die zeitweilig eine unüberwindbare Hürde schien. Durch persönliche Intervention L. de Maizière bei Bundeskanzler Kohl gelang es, das Bundesbildungsmininisterium, das seinen Beamten zuvor jede Mitwirkung an der vorläufigen Hochschulordnung untersagt hatte, zur Kooperation zu bewegen; die Länder, die ohnehin keine geschlossene Front gebildet hatten, waren, wenn auch einige unter Protest, bereit, sich noch einmal mit uns an einen Tisch zu setzen. Schließlich gab die Vertragsrunde unter dem Vorsitz Schäubles und Krauses dem Ganzen seinen Segen, wenn auch nur bis zum 31. 12. 91, was dann - nachdem ich den Saal schon wieder verlassen hatte - auf Verlangen Wolfgang Clements auf eine Frist bis zum 30. 6. 91 verkürzt wurde. Trotzdem war dies ein wichtiger Erfolg und, wie ich richtig vorher gesagt hatte, ein notwendiger Schritt. Nicht nur, daß die fünf Länder eine vorläufige Rechtsgrundlage hatten. Inzwischen ist die Hochschulordnung in wesentlichen Teilen in die für die Phase bis zum 3. Oktober 1993 durch die Landtage beschlossene Hochschul- bzw. Hochschulerneuerungsgesetze übernommen worden bzw. weiter in Kraft. Als ich am Tag nach der letztlich doch erfolgreichen Abstimmungsrunde wieder in meinem Berliner Ministerium war, erhielt ich dort eine Pressemeldung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft mit blaugelber Umrandung: Endlich sei es dank BMBW erreicht worden, das sozialistische Hochschulrecht der DDR außer Kraft zu setzen. Auch das war für mich eine nützliche Lektion.

Ungleich bitterer waren die Erfahrungen, die ich mit meiner Absicht machte, wenigstens ein Teil des Unrechts in der Berufungspolitik der Vergangenheit zu korrigie-

ren. Um die folgende Geschichte zu verstehen, muß man wissen: In der DDR als einem zentralistischen Staat gab es pro Jahr zwei Termine für die Berufung von Hochschullehrern: im Februar für die Berufung von Hochschuldozenten, die in der DDR auch unbefristet waren, und im September für die Berufung von Professoren. Der Februar-Termin für die Dozenten war 1990 entfallen, wohl weil der damalige Bildungsminister sich über das mangelnde Vertrauen in die vom Zentralen Runden Tisch grundsätzlich nur als "geschäftsführend" bezeichnete Regierung Modrow im klaren war. Andererseits gab es schon bald nach der Wende in vielen Hochschulgremien energische Bemühungen, bisher verhinderte oder verschleppte Berufungen endlich durchzusetzen. Sicher wollte auch der eine oder andere nur noch rasch sein Schäfchen ins Trockene bringen, doch wäre es angesichts der großen Bewegung der Hochschulen abwegig zu behaupten, dies sei für diese Berufungsvorschläge typisch gewesen. Wie immer dies auch im Einzelfall gewesen sein mag: Es gab einerseits ein großes Bedürfnis, neue, wirklich neue Berufungen zu erreichen, und andererseits ein nicht unbeträchtliches Mißtrauen. In dieser Situation formulierte ich in meiner Rede anläßlich der Investitur des neu gewählten Rektors der Berliner Humboldt-Universität mein Modell: Alle Vorschläge müßten neu beraten werden. Die auf dieser Grundlage beschlossenen Namen müßten dann öffentlich bekannt gemacht werden, und jeder, der aus wissenschaftlichen oder aus politischen Gründen (d. h. wegen Amtsmißbrauch oder Verletzung von Menschenrechten) Einwände gegen die Vorschläge hätte, sollte diese der Hochschule oder dem Ministerium zur Kenntnis bringen. Vorrang sollten alle jene Vorschläge haben, die eindeutig darauf abzielten, Unrecht der Vergangenheit wiedergutzumachen. Auf diese Weise hoffte ich, den sich für die Erneuerung einsetzenden Kräften einen konkreten Ansatzpunkt für ihre Bemühungen zu geben. Hier mußte ich aber eine Erfahrung machen, die sich leider in der Folge noch wiederholen sollte, daß nämlich die Kräfte der Erneuerung in den Hochschulen das bedrückende Erbe der Vergangenheit zwar eindringlich als Problem darstellen können, aber oft nicht sehr wirkungsvoll sind in der Verfolgung realistischer Ziele. So erhielt ich zwar beeindruckende Schilderungen der mir wohlbekannten Methoden und Resultate stalinistischer Kaderpolitik in den Hochschulen, aber kaum konkrete Hinweise in bezug auf falsche oder notwendige Berufungsvorschläge. Einige solcher Hinweise wurden jedoch dem Bundesbildungsminister zur Kenntnis gebracht, offenbar, weil man diesen im Sinne eines zentralistischen Systems für die höhere Stelle hielt, die durch die Entscheidung von oben Wandel schaffen sollte, so wie ich gelegentlich den Eindruck habe, daß mancher bei uns heute den Wissenschaftsrat mit ähnlichen Augen anblickt wie früher das ZK. Auch wenn der Bundesbildungsminister damals nicht Jürgen W. Möllemann gewesen wäre, hätte er wohl dieser Versuchung, das Mißverhältnis von Tatendrang und Kompetenz zu verringern, nicht wiederstehen können. Vielleicht hätten andere jedoch wenigstens dafür Sorge getragen, daß die Aufforderung, doch keine Berufungen mehr vorzunehmen, mich auf dem Postwege nicht erst geraume Zeit, nachdem der Brief in den Zeitungen gestanden hatte, erreicht hätte. Wie immer dem auch sei, ich antwortete ihm wie folgt:

"Mit einigem Erstaunen habe ich Ihren Brief zu Berufungen in der DDR gelesen, nachdem ich diesen mehrere Tage nach seiner Veröffentlichung in der Presse erhalten habe. Ich denke, wir können uns sehr rasch darüber verständigen, daß diese Frage außerhalb Ihrer Kompetenz als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft liegt. In diesem Punkt besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen Ihrem Ministerium und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der DDR, das derzeitig uneingeschränkt die volle Zuständigkeit für dieses Ressort im Osten Deutschlands ausübt. Richtig ist, daß die Kulturhoheit künftig - in gleicher Weise wie jetzt bei den Ländern der Bundesrepublik - bei den ostdeutschen Ländern liegen wird. Diese Länder werden aber durch die DDR wieder errichtet, die bis zum Beitritt mit gleicher demokratischer Legitimation die Rechte und Interessen dieser Länder wahrnimmt. Zu keinem Zeitpunkt wird die Kulturhoheit der ostdeutschen Länder von irgendjemand anderem wahrgenommen werden.
Nun bin ich selbstverständlich jederzeit gern bereit, sachkundigen Rat in uns gemeinsam bewegenden Anliegen gründlich zu bedenken. Leider enthält Ihr Brief Formulierungen, die mich zweifeln lassen, ob man Sie in dieser Angelegenheit korrekt informiert hat. Zunächst ist mir absolut unverständlich, worauf sich Ihre Bemerkung bezieht, daß von den geplanten Berufungen `offenbar ein beachtlicher Teil sogenannte Umberufungen sind´. Wenn wir - wovon ich wohl ausgehen darf - diesen Begriff im gleichen Sinne verwenden, sind Sie schlicht falsch unterrichtet. Ihr Lob, ich hätte `bislang auf Berufungen gänzlich verzichtet´, macht deutlich, daß Ihnen der bisherige Berufungsmodus in der DDR völlig unbekannt ist. Ich will Ihnen dies gern erklären:
Die Berufungen auf freie Dozenten- bzw. Professorenstellen wurden jeweils im Februar und im September eines jeden Jahres vorgenommen. In diesem Jahr entfiel unter der Modrow-Regierung der Februartermin. Im April legte ich fest, daß alle vorliegenden Vorschläge zur Berufung von Professoren und Dozenten von den inzwischen weithin neugewählten akademischen Gremien erneut zu beraten waren. Überdies machte ich jede Prüfung von Berufungsvorschlägen davon abhängig, daß alle Vorschläge publiziert werden, so daß jedermann die Möglichkeit hatte, im Verlauf von zwei Monaten gegen die Kandidaten wissenschaftliche oder rechtsstaatlich begründete politische Einwände zu erheben.
Diese Abweichung von der üblichen akademischen Praxis, die jedoch durch die politische Situation in der DDR voll gerechtfertigt ist, hat nun leider dazu geführt, daß von interessierter Seite, insbesondere in Westberlin, massiv nach einem generellen Berufungsstopp gerufen wird, offensichtlich um die Ostberliner und ostdeutschen Universitäten und Hochschulen zur Dispositionsmasse für künftige Karrieren zu degradieren. Als Argument dient die diffamierende Behauptung, im Eilverfahren würden noch alte Kräfte in akademische Positionen geschoben. Selbstverständlich liegt es auch nicht in unserem Interesse, durch extensive Besetzung aller Stellen künftige Strukturreformen zu erschweren. Daher werde ich Berufungen nur in einer begrenzten Anzahl von Fällen vornehmen, insbesondere, wenn es darum geht, akademische oder politische Zurücksetzung abzustellen. Es gibt keinen Grund, warum der demokratisch legitimierte Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR dies nicht tun sollte, zumal er auf diesem Gebiet auch über die notwendige akademische Erfahrung und Kompetenz verfügt."

Für mich war es eine Sache der Ehre und der Selbstachtung, daß wir - so lange es die DDR gab - das Unsere taten, um auf den schwierigen Weg zu einer freien Gesellschaft voranzukommen. Mich empörten auch die negativen Pauschalurteile über Wissenschaft und Wissenschaftler in der DDR, die damals - leider nicht nur von Journalisten - an jeder Straßenecke wohlfeil angeboten wurden. Dies schien mir um so grotesker, als ich vorher jahrelang aus dem

Westen mir unbegreifliche Lobeshymnen auf das DDR-Bildungssystem hatte hören und lesen können. Außerdem drängte sich mir der Verdacht auf, man wolle ohnehin das Hochschulwesen im Osten kräftig reduzieren, und da wären neue Berufungen nur eine zusätzliche Erschwernis. Das schien mir besonders die Situation in Berlin zu zeigen. Hier hatte die Humboldt-Universität in der Tat eine stattliche Vorschlagsliste aufgestellt; allerdings waren darunter viele Vorschläge, Dozenten oder habilitierte wissenschaftliche Mitarbeiter zu außerordentlichen Professoren aufzuwerten. Unter den Vorschlägen für die ordentlichen Professoren befand sich auch mein Name. Ich war seit 1985 außerordentlicher Professor, und die Fakultät hatte mich im Frühjahr, als an einen Minister Meyer nicht zu denken war, auf die Liste gesetzt, und dieser Vorschlag war nun bestätigt worden. Alles andere wäre ja auch eine Brüskierung gewesen. Obwohl ich sofort öffentlich erklärte, daß ich mich natürlich nicht selbst berufen würde, wurde dies bei den Westberliner Trommelfeuer in den Monaten Juli bis September, um die Humboldt-Universität sturmreif zu schießen, immer wieder eingesetzt. Ich entsinne mich noch gut einer Meldung in einer großen Westberliner Tageszeitung, an der Humboldt-Universität seien schon wieder Stasi-Leute unter den Hochschullehrern enttarnt worden (sie waren übrigens von meinem Ministerium enttarnt und von der Humboldt-Universität entlassen worden, aber das schrieb die Zeitung natürlich nicht), jetzt wolle sie noch weitere Hochschullehrer berufen und darunter sei auch der Meyer. Ich hielt an meinem Entschluß fest. Um im eigenen Haus jeden Einfluß alter Kräfte auf die Berufung auszuschließen, holte ich einen Wissenschaftler aus dem Mittelbau, der sich in einer Initiativgruppe zur Hochschulerneuerung hervorgetan hatte, speziell dafür ins Ministerium. Wir taten alles, um die Vorschläge zu überprüfen, wobei uns zustatten kam, daß das Ministerium über eine beträchtliche Anzahl von Personalakten von Hochschulangehörigen verfügte, die in der Modrow-Zeit nicht gereinigt waren. Schließlich wurde aus den Vorschlägen eine begrenzte Zahl ausgewählt - viel weniger, als Stellen frei waren, und ein Bruchteil der Zahl, die ich abberufen hatte. Aber die Kampagne hatte ihre Wirkung getan. Als Professor Hans Ludwig Schreiber etwa drei Monate später einem Bekannten erzählte, er würde mich beraten, sagte dieser: "Den Meyer. Der soll doch noch in letzter Minute die ganzen alten Genossen berufen haben."

Als dieser schöne Satz gesprochen wurde, war ich schon in Dresden. Am 8. November hatte mich Kurt Biedenkopf zum sächsischen Minister berufen. Kurze Zeit darauf stand ich bei der Feier zum 250jährigen Jubiläum der Bergakademie im alten Rektoratsgebäude neben einem Bild des Akademiegründers, des sächsischen Oberberghauptmanns und späteren preußischen Ministers von Heinitz, und sagte, ich empfände das Bild als eine gewisse Ermutigung für mich, der ich umgekehrt von Preußen nach Sachsen gegangen wäre. An der Reaktion der Umstehenden bemerkte ich, daß ich da einen Punkt berührt hatte. Zu diesem Zeitpunkt umfaßte das gesamte Wissenschaftsministerium sechs Personen. Morgens versammelten wir uns um den großen Tisch in meinem Arbeitszimmer, um die Post zu ordnen, die wir hofften, später einmal bearbeiten zu können. In die ersten Wochen nach der Regierungsbildung fiel auch die Entscheidung über die Abwicklung. Diese Möglichkeit war während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag konzipiert worden, als noch angenommen wurde, die DDR-Regierung würde ihre Kompetenzen schrittweise auf die Landesregierungen übertragen. Dabei sollten die letzteren entscheiden, welche Behörden und Institutionen sie übernehmen wollten und welche nicht. Letztere müßten dann - rechtstechnisch ausgedrückt - abgewickelt werden. Dabei war an Bildungseinrichtungen allenfalls nur unter anderem gedacht worden. Als es dazu kam, daß der Beitrittstermin noch vor den Termin unserer Landtagswahlen gelegt wurde, erhielt ich Hinweise darauf, daß die für die bisherigen Bezirke und künftigen Länder eingesetzten Beauftragten offenbar von dem einen oder anderen aus dem Westen den Rat erhielten, sich doch während des Interregnums dessen, was als institutionelle Überlast angesehen wurde, zu entledigen. Wohlgemerkt, dieser Rat ging an Personen, die über keinerlei eigene Legitimation verfügten. Ich machte Fritz Schaumann auf diese Gefahr aufmerksam, und er war auch hier hilfreich. Möglicherweise trug dies dann zu der sogenannten Fußnotenregelung bei, durch die die Entscheidungsfrist bis zum 31. 12. 90 verlängert wurde. Faktisch hatten wir also einen knappen Monat zur Verfügung. Ich wußte, es war ein harter Schritt, ein Urteil über Gerechte und Ungerechte, über Kompetente und Inkompetente. Anderseits hatte die Hochschulordnung schon eine vergleichbare Regelung in bezug auf die Berufungsgebiete vorgesehen. Die Abwicklung schloß das gesamte Personal ein und bot die Chance eines völligen Neuaufbaus. Voraussetzung war allerdings, jedenfalls nach unserem Verständnis, daß die neue Einrichtung auch eine neue wesentliche Aufgabe erfüllen würde. Diesen Nachweis glaubten und glauben wir, für Gebiete wie Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften jederzeit liefern zu können. Aus der Kompetenz für sozialistisches Staatsrecht folgt eben nicht automatisch die Kompetenz für Staatsrecht im Geltungsbereich des Grundgesetzes. Der Zustimmung der breiten Öffentlichkeit konnten wir sicher sein, der Zustimmung der Studenten nicht. Darüber ist viel oberflächliches Zeug geredet und geschrieben worden, weil viele von ihrer eigenen Perspektive oder - was meist das gleiche ist - vom allgemeinen Vorurteil ausgingen. Bei Journalisten scheint dies eine Berufskrankheit zu sein. Die protestierenden Studenten bestritten keineswegs die Notwendigkeit der Reform, aber sie wollten nicht, daß ein Landtag oder eine Landesregierung oder wer immer ohne ihre Zustimmung beschließt, ob und vor allem wie reformiert wird. Mit anderen Worten, es ging nicht nur um Mitwirkung, sondern um einvernehmliche Regelung. Ich will ausdrücklich hinzufügen, daß nach Jahrzehnten eines rigiden und zentralistischen Kommandosystems eine solche Haltung nur zu verständlich war, ja, daß wir alle, wann immer wir selbst betroffen waren, diese Haltung mehr oder weniger ausgesprochen vertraten. Innerhalb weniger Wochen bestand aber nicht die Spur einer Chance dafür, diese Zustimmung zu gewinnen, wenn sie überhaupt jemals bestanden hätte. Denn: Die protestierenden Studenten standen in ihrer Mehrheit links, was nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch nach Lage der Dinge nicht anders zu erwarten war, und sie mißtrauten den Absichten der Regierung. Auf eine Kurzformel gebracht lautete der Vorwurf: Ihr wollt eine rote Universität durch eine schwarze ersetzen. In dieser Situation gab es überhaupt keine andere Chance für die Regierung als die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und den Entschluß ausschließlich allein zu fassen. Auf die Ansätze zur Selbstheilung zu vertrauen, schien vermessen, sie scheinbar zu ignorieren war gleichwohl hart und für den Einzelnen wohl ungerecht. Ich machte mir daher keine Illusion über das, was folgen würde, auch wenn ich die erste Studentendemonstration vor dem Landtag mit den Worten begrüßte: "Ihr hättet mir eigentlich Blumen mitbringen müssen." Die Studenten sahen dies natürlich anders, obwohl sie mir nachträglich noch einen Minikaktus schenkten. In den

folgenden Auseinandersetzungen mußte mein Ziel ein doppeltes sein, nämlich, erstens, am einmal gefaßten Grundsatzbeschluß festzuhalten, und zweitens, in geduldigen Gesprächen den Studenten zu vermitteln, daß es uns nicht um Kahlschlag, sondern um Neuaufbau ging und daß dieser Neuaufbau ihre berufliche Zukunft sichert. Allein an der Universität Leipzig waren dies zwei jeweils mehr als vierstündige Versammlungen in überfüllten Hörsälen, ein vierstündiges Gespräch am Vormittag des 24. 12. mit hungerstreikenden Studenten, ein achtstündiges Gespräch mit Vertretern des Studentenrates, des Rektoratskollegiums und des Mittelbaus am 29. Dezember. Im Ergebnis der Gespräche war den Studenten deutlich, daß der Beschluß unumstößlich war, daß sie aber die Arbeit der neuen Gründungskommissionen in angemessener Weise mitprägen könnten. Nun mußte es darum gehen, möglichst rasch angesehene und erfahrene Hochschullehrer als Gründungsdekane zu gewinnen und Gründungskommissionen einzusetzen. In den meisten Fällen rief ich die künftigen Gründungsdekane einfach über den einzigen direkten Westanschluß, über den die Sächsische Regierung damals verfügte, zu Hause oder in ihren Hochschulen an, übrigens meistens erfolgreich. Trotz mancher Unzulänglichkeiten sind die Neugründungen in den vergangenen Monaten vorangekommen, und im Dezember letzten Jahres konnte ich die ersten Berufungsschreiben unterzeichnen.

Doch erfassen die Neugründungen auf geistes- und sozialwissenschaftlichem Gebiet nur den kleineren Teil der Universität. Eine personelle Reform war und ist für alle wissenschaftlichen Gebiete notwendig, wobei sich die Notwendigkeit nicht in erster Linie aus einer veränderten Aufgabenstellung ergibt, wohl aber aus der politischen und ideologischen Deformierung der Kriterien, nach denen wissenschaftliches Personal, insbesondere Hochschullehrer, in der DDR ausgewählt wurden, sowie aus der Verwicklung so mancher in die Dienste der Staatssicherheit. Unter den Kriterien der persönlichen Integrität und der fachlichen Kompetenz sind also Entscheidungen im Einzelfall zu fällen, und dies auf rechtsstaatlicher Grundlage, d. h. aufgrund nachweisbaren Amtsmißbrauchs, nachweisbarer Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, und es muß geprüft werden, welche Stellenbesetzung der Vergangenheit nicht primär fachlich, sondern politisch motiviert waren. Damit das Ergebnis unserer Bemühungen eine wirklich innere Erneuerung unserer Hochschulen sein wird, hat das Hochschulerneuerungsgesetz dafür zwei Arten von Gremien geschaffen - die Personalkommission und die Fachkommission, bei denen die gewählten Vertreter der Hochschule und ihrer Mitgliedergruppen zusammenwirken mit Vertretern der Öffentlichkeit bzw. mit auswärtigen Hochschullehrern. Es ist ein mühseliges Werk, das nur langsam, viel zu langsam vorankommt. Die größte Belastung ist das wechselseitige Mißtrauen, das uns die Staatssicherheit als schreckliches Erbe hinterlassen hat, und die Fixierung vieler darauf, möglichst viel über die Verwicklung in die Staatssicherheit aufzudecken, statt sich offensiv und rasch mit dem auseinanderzusetzen, was offen zutage liegt - nämlich mit dem Amtsmißbrauch und den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und den dafür Verantwortlichen. Gleichzeitig müssen wir unsere Hochschulen und unsere Hochschullandschaft neu ordnen und dabei aus eigener Einsicht und Verantwortung den rechten Weg finden zwischen schönen, aber unrealistischen Träumereien und dem Reißbrettdenken des Wissenschaftsrates. Dies alles - die personelle und die strukturelle Reform der Hochschulen in kurzer Frist, wäre schon Aufgabe genug. Diese Aufgabe muß aber geleistet werden in einem vorgegebenen Haushaltsrahmen, der sich - da wir vom finanziellen Transfer abhängig sind - nach den in den alten Bundesländern üblichen Parametern richten muß. Dies wird noch in diesem Jahr zu einem Personalabbau führen, wie er in der deutschen Hochschulgeschichte einmalig ist. Niemand, der bei Sinnen ist, wird behaupten wollen, ein solcher Abbau träfe nur oder auch nur überwiegend Belastete und Inkompetente. Für viele, die so alt sind wie ich oder älter, bedeutet dies zugleich das Ende jeder beruflichen Chance. Es ist meine Überzeugung, daß Sachsen in naher Zukunft wieder einen ehrenvollen Platz im Hochschulwesen Deutschlands einnehmen wird. Hätte ich diese Überzeugung nicht, dann wüßte ich nicht, wie ich für all die harten und bitteren Entscheidungen einstehen könnte, die notwendig oder - was nicht das Gleiche ist - unvermeidlich sind. Und es ist unsere feste Absicht, im künftigen sächsischen Hochschulgesetz die akademische Eigenverantwortung und Selbstverwaltung umfassend auszugestalten. Hätte ich diesen Vorsatz nicht, wüßte ich nicht, wie ich die derzeitige Praxis der stark reduzierten Hochschulautonomie vor mir selbst rechtfertigen könnte. Denn das professorale Hemd ist mir noch immer näher als der ministerielle Rock, und das wird hoffentlich auch so bleiben. Dennoch: Trotz unserer Gewißheit, daß wir den begonnen Weg entschlossen bis zum Ende gehen müssen und daß die Ziele wohl erwogen sind, sind viele bedrückt und enttäuscht. Auch wenn es uns, wie wir hoffen, im Verlauf dieses Jahres gelingt, durch die Personal- und Fachkommissionen das Ansehen unserer Universitäten und Hochschulen wieder herzustellen; auch wenn wir die Grundlagen einer neuen Hochschulstruktur schaffen, so wird dies doch für Tausende, deren Integrität und Kompetenz unbestritten ist, keine Chance mehr bieten. Geschichte ist keine Lesebuchtext. Auch Gutes und Richtiges fordert seinen Preis. Bei uns zahlen viele mit dem Ende ihrer beruflichen Chance für ein funktionstüchtiges und finanzierbares Hochschulwesen. Für sie kam die Wende zu spät, war die Bereitschaft, die Teilung durch Teilen zu überwinden und die ungleiche Last der Vergangenheit durch ein Zurückstellen eigener Lebensverbesserung zu mindern, zu gering. Daran zu erinnern ist für mich, der im engen Rahmen des Machbaren politische Entscheidungen zu verantworten hat, ein Gebot des Anstandes.

Hans Joachim Meyer, Prof. Dr., Anglist, war in der Regierung de Maizière letzter Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und ist seit November 1990 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Gisela Jungklaß / Albert Urbanski (Berlin):

Statuten der Universitäten und Hochschulen [1990]

In der Schriftenreihe "Beiträge zur Hochschulforschung", hrsg. vom DDR-Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin - mittlerweile abgewickelt -, erschien im ersten Halbjahr 1990 ein Material, das eine zusammenfassende Darstellung und Auswertung von damaligen Hochschulverfassungsentwürfen versucht. Zur Illustration der Darstellung des zunächst ja auch uni-verfassungsbewegten, dann ministeriabel gewordenen Autors des vorangegangenen Artikels dokumentieren wir das 1990 in kleiner Auflage publizierte Material. Angemerkt sei, daß die Diskussionen weitergingen, die endgültig verabschiedeten Hochschulverfassungen oftmals von den ersten Entwürfen stark differierten, und daß schließlich zahlreiche Regelungen durch Landesrecht außer Kraft gesetzt wurden.

Mit dem vorliegenden Material wird erstmals ein Überblick über Statuten bzw. Satzungen von Universitäten und Hochschulen in der DDR gegeben.

Wovon gehen wir aus?

1. Es liegen uns Statutenentwürfe, Konzeptionen zur Demokratisierung, Thesen zur Leitungs- und Verwaltungsorganisation aus einer Reihe von Universitäten und Hochschulen vor. Sie sollen unter verschiedenen Aspekten betrachtet und die Erfahrungen der einzelnen sollen allen Einrichtungen im Hochschulbereich zugänglich gemacht werden.

2. Mitarbeiter der Abteilung Hochschulverwaltung und -organisation des Zentralinstituts für Hochschulbildung führten Gespräche mit Rektoren, Projektoren, Dekanen, Hochschullehren, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studentenvertretern und Gewerkschaftern der Hochschulen. Sie nahmen teil an Senatssitzungen, an Beratungen wissenschaftlicher Räte, an Sitzungen der Statutenkommissionen und der dazu gebildeten Arbeitsgruppen der Gewerkschaft und der Studentenräte. Diese Erfahrungen und Standpunkte sind ebenfalls in der Arbeit berücksichtigt. Es ist nicht auszuschließen, daß dargestellte Beispiele bereits überholt sind.

3. In einer Reihe von Veranstaltungen der Abteilung, an denen Vertreter der Hochschulen, der Studenten, der Gewerkschaft und auch Mitarbeiter von Ministerien teilnahmen, wurden wertvolle Erfahrungen vorgetragen, die hier auch ihren Niederschlag finden.

Welche grundsätzlichen Entscheidungen können getroffen werden?

Die vorgeschlagenen Regelungen in den Statutenentwürfen der Hochschulen sind sehr vielfältig. Nachdem ein Hochschulrahmengesetz der DDR nicht zu erwarten war, gingen die Hochschulen und Universitäten zur "Tagesordnung" über, und es nahmen Statutenkommissionen und ähnliche Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit auf. Zu erkennen ist eine mehr oder weniger kritische Anlehnung an Modelle der BRD. Unsicherheiten gibt es darüber, was an spezifischen Bedingungen und positiven Erfahrungen der Universitäten und Hochschulen der DDR berücksichtigt und eingebracht werden sollte. Hier öffnet sich ein Feld weiterer Arbeit für das Zusammenwirken von Hochschulen und unserem Institut.

Gegenwärtig zeigt sich bereits, daß bisherige Aufgaben und Strukturen des wissenschaftlichen Rates in einem neuen Modell der akademischen Selbstverwaltung berücksichtigt werden müssen. Ebenso können die "erworbenen" Rechte der Studenten und auch der Gewerkschaftsleitungen nicht außer acht gelassen werden. Sie bilden einen wesentlichen Ausgangspunkt für die demokratische Selbstverwaltung unserer Hochschulen.

Als Schwerpunkte in den Diskussionen und Materialien zeigten sich:

1. Fragen der demokratischen Mitbestimmung, dazu gehören vor allem:
- Welche Gremien sind wie zu wählen - das Konzil, der Senat, die Räte der Fachbereiche, der Fakultäten, der Sektionen?
- Welche Leiter sollen gewählt werden - der Rektor, die Prorektoren, der Kanzler, die Leiter der Fachbereiche, der Sektionen u.a., die Dekane?
- Wie ist das "Gruppenprinzip" bei der Wahl von Gremien durchzusetzen (Paritäten- oder Quotenfrage)? Wie wird Sachkompetenz bei Entscheidungen gesichert?
- Welche Aufgaben und Befugnisse haben die Kollegialorgane und wie arbeiten sie?
- Wie sollte das Verhältnis von Sitzen und stimmen in den Gremien bezogen auf bestimmte Sachfragen (Promotion, Berufungen, Haushalt, soziale Fragen usw.) festgelegt sein?
- Wo sollte es Vetorechte bzw. Sperrminorität der Gruppen geben?
- Wie müssen die Wahlordnungen aussehen, welche Wahlrechte sind zu fixieren und welche Wahlmodi?

2. Das Finden von effektiven, leistungsfähigen, der demokratischen Mitbestimmung entsprechenden Strukturen
Hier wird deutlich: Inhalt und Profil der Hochschule bilden den Ausgangspunkt für die Demokratisierung der Leitung und die Entwicklung neuer Vorstellungen zu Strukturen. Dazu gehören zum Beispiel Überlegungen
- zum Wissenschaftsprofil der Einrichtungen,
- zur Demokratisierung der Ausbildungsprozesse, zum Einrichten breiterer Profile, zur Forschungsarbeit,
- zur Gestaltung des Studiums, zum Abschluß z.B. der Diplome für Ingenieure nach dem Grundstudium.

Festzustellen ist, wenn inhaltliche Fragen nicht den Schwerpunkt der Überlegungen bilden, so stehen unergiebige Diskussionen zu Formfragen der Demokratie im Vordergrund. Zweifellos muß es aber so sein, daß die Aufgaben der Hochschule die Grundlage für Entscheidungen zu Strukturfragen bilden.

Als wirkungsvoll und von den Universitätsangehörigen zustimmend aufgenommen zeigte sich z.B. das Vorgehen der Technischen Universität Dresden: Es wurden, bevor Überlegungen zu Statut und künftigen Aufgaben der Universität angestellt wurden, die bisherige Arbeitsweise und Entwicklung sowie die wissenschaftliche Profilierung des Hauses analysiert.

3. Das Setzen von Prämissen als Ausgangspunkt für Überlegungen zur demokratischen Umgestaltung

So zu verfahren hat sich u.E. bewährt; im einzelnen wurden folgende Zusammenhänge als Prämissen gesetzt:
- die Einheit von Sachkunde und Entscheidungskompetenz demokratisch legitimierter Gremien und Leiter,
- die Einheit von Leitung, demokratischer Wahl und Rechenschaftslegung zur Durchschaubarkeit der Entscheidungsprozesse,
- die Einheit von disziplinärer Entwicklung und interdisziplinärer Verflechtung in Lehre und Forschung.

Trotz unterschiedlichen Herangehens und Verfahrens, besonders was die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien und der Vertretungsansprüche der einzelnen Beschäftigungsgruppen betrifft, zeichnen sich folgende allgemeine Aspekte ab:

- Da die Hochschullehrer entscheidende Verantwortung für die Entwicklung von Wissenschaft und Lehre tragen, wird dafür plädiert, daß sie in den dafür verantwortlichen Gremien oder bei entsprechenden Sachfragen die Majorität der Stimmen haben.
- Es wird verlangt, fachliche Kompetenz mit demokratischer Kontrolle und überschaubarer Leitungsbewertung zu verbinden.
- Die Freiheit der Lehre und das Studium würden die Studenten zur aktiven Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung verpflichten, ihre Sachkompetenz zu ausgewählten Fragen müsse sich in ihren Rechten widerspiegeln.
- Die unterste Ebene (Wissenschaftsbereich, Lehrstuhl, auch Sektion) wird daher als der eigentliche kollektive Leistungsträger betrachtet. Daher wird auch gefordert, mehr Verantwortung auf diese Ebene zu verlagern.
- Für notwendig erachtet wird, daß die gewählten Gremien und die Leitungen ihre Beratungsergebnisse offenlegen und die Leiter den Gremien, von denen sie gewählt wurden, Rechenschaft geben. Fast alle Vorschläge und Konzeptionen gehen in Vorstellungen zu künftigen Strukturen von der Trennung zwischen den akademischen Arbeitsprozessen und den Verwaltungsprozessen aus. Hier wird allerdings, dies wollen wir kritisch vermerken, die bisherige Praxis der Plan- und Mängelwirtschaft zugrunde gelegt. Es sollte nicht übersehen werden, daß akademische und allgemeine Verwaltung eine Einheit bilden und die Verantwortung des Rektors für die Hochschule nicht geteilt werden kann. Der Kanzler oder Verwaltungsdirektor ist in erster Linie ein "Bevollmächtigter" des Rektors und nicht im Sinne eines Kurators dem zuständigen Minister unterstellt.

Welche normativen Regelungen werden in den Statuten vorgeschlagen?

Es sei vorausgeschickt, daß freie demokratische und geheime Wahlen auf allen Ebenen überall als die wichtigste Voraussetzung für die demokratische Erneuerung an den Universitäten und Hochschulen gesehen werden. Folgende Fragen werden in diesem Zusammenhang gestellt:

1. **Braucht die Hochschule ein gesetzgebendes Gremium?**

In allen ausgewerteten Materialien wird von der Wahl einer "obersten gesetzgebenden Versammlung" oder eines "obersten Kollegialorgans" ausgegangen. Die Benennung dafür ist unterschiedlich: Konzil, Konvent, Universitätsrat. Dieses oberste Gremium wird als Parlament mit entscheidenden Beschlußrechten charakterisiert, in das Mitglieder aller Gruppen der Hochschule gewählt werden sollen.

In einigen Dokumenten werden deshalb die Mitglieder der Hochschule definiert. In der Regel werden darunter gefaßt: Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, Assistenten, Studenten, Arbeiter und Angestellte.

An der TH Zittau werden Ehrenbürger und Ehrensenatoren gesondert als Mitglieder der Hochschule genannt. Eine Differenzierung nach Mitgliedern und Angehörigen, wie sie im Rahmengesetz und den Ländergesetzen der BRD vorgenommen wird, scheint zweckmäßig. Relativ einheitliche Auffassungen gibt es zu den Aufgaben der "obersten gesetzgebenden Versammlung". Ihr obliegt,
- Beschlüsse zu fassen über Grundgesetze, Statut der Einrichtung,
- Wahl des Rektors, z.T. auch der Prorektoren durchzuführen, ebenso
- die Wahl der Mitglieder des Senats und
- die Wahl des Kanzlers bzw. Verwaltungsdirektors. An der Universität Jena wird ein Haushaltsausschuß durch den Konvent gewählt.
- Entscheidungen zu Grundsatzfragen der Entwicklung auf den Gebieten Lehre, Forschung, Wissenschaftsentwicklung, Profil u.a. zu treffen.

Vereinzelt, z.B. an der Pädagogischen Hochschule Halle/Köthen, wird das Konzil als Beratungsorgan charakterisiert, allerdings mit Entscheidungsrecht zu wesentlichen Fragen. Sehr unterschiedlich sind die Auffassungen zur Zusammensetzung und Größe des Konzils.

2. **Wie sollen die Kollegialorgane (Konzil, Senat) zusammengesetzt werden?**

Für die Mitgliedergruppen Hochschullehrer, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Arbeiter und Angestellte zeigen sich (in der Reihenfolge) folgende Proportionen:

7:2:2:1
6:2:2:1
5:2:2:1
4:3:2:1

Einige Beispiele in absoluten Zahlen zeigen folgende Zusammensetzung des Konzils:

175 Hochschullehrer	100 Hochschullehrer
50 Studenten	100 Studenten
50 wissensch. Mitarbeiter	50 wissensch. Mitarbeiter
50 sonstige Mitarbeiter	50 sonstige Mitarbeiter

Die Universität Jena hat folgende Zusammensetzung gewählt:

50 Ordinarien
20 B-promovierte Wissenschaftler
20 Assistenten
25 Studenten
20 technische Mitarbeiter.

Interessant ist der Vorschlag der Humboldt-Universität zu Berlin, einen ständigen Konzilvorstand zu etablieren. Er setzt sich zusammen aus Vertretern des akademischen Rates, des Rates der Assistenten, des Studentenrates und des Personalrates.

3. **Welche Vertreter sollen gewählt werden?**

Aus den uns vorliegenden Dokumenten ist zu ersehen, daß weitgehend Übereinstimmung darüber besteht, daß der Rektor, die Sektionsdirektoren, die Dekane und der Kanzler gewählt werden. Unterschiedlich sind die Auffassungen zur Wahl von Wissenschaftsbereichsleitern, vereinzelt wird auch gefordert, die Leiter von Lehrstühlen zu wählen.

Der Rektor und der Kanzler werden an vielen Hochschulen vom Konzil gewählt, häufiger jedoch vom Senat bzw. vom wissenschaftlichen Rat. Das Vorschlagsrecht für den Rektor wird dem wissenschaftlichen Rat bzw. dem Senat sowie allen wissenschaftlichen Struktureinheiten eingeräumt. Mitunter wird für das Einspruchsrecht durch den Minister plädiert. In der Regel geht man davon aus, daß sich mehrere Kandidaten zur Wahl stellen. Während in einigen Wahlordnungen festgelegt ist, daß Prorektoren ebenfalls gewählt werden sollen, dabei oft dem Rektor das Vorschlagsrecht zugesprochen wird, haben sich andere dafür entschieden, die Prorektoren durch den Rektor bestimmen zu lassen, nachdem entsprechende Vorschläge durch den Senat unterbreitet wurden.

Für die Wahl der Sektionsdirektoren, auch der Dekane, ist sehr häufig vorgesehen, diese auf Vollversammlungen der Sektionen bzw. Fakultäten oder Fachbereiche stattfinden zu lassen.

An fast allen Einrichtungen spricht man sich dafür aus, die Amtszeit der gewählten Leiter zu begrenzen. Eine Wiederwahl soll möglich sein, jedoch werden höchstens 2 Wahlperioden hintereinander für günstig erachtet.

4. Welche Stellung hat der Senat bzw. der wissenschaftliche Rat?

In den durchgesehenen Ordnungen und Konzeptionen wird der Senat in der Regel als ausführendes Organ zwischen den Tagungen des Konzils, gewissermaßen als "Regierung", charakterisiert und dem Rektor als kollegiales Organ mit Entscheidungsbefugnis über alle grundsätzlichen Probleme zur Seite gestellt. Solche Auffassungen sind auch in den Dokumenten zu finden, in denen der Rektor explizit als Einzelleiter ausgewiesen wird. Es sei hier ergänzt, daß die gefaßten Beschlüsse dieses Kollegialorgans für den Rektor bindend sind, demzufolge kann es nicht darum gehen, daß die Entscheidungen des Rektors beraten werden. Die Zusammensetzung des Senatssoll die gerechte Interessenvertretung aller Universitätsmitglieder ermöglichen. Gesetzte Personen sind in der Regel der Rektor, die Prorektoren und der Kanzler bzw. Verwaltungsdirektor.

Unterschiedliche Festlegungen gibt es zum Stichwort Stimmrecht von Rektor und Prorektoren im Senat. Während an einigen Hochschulen das Stimmrecht für die genannten Personen abgelehnt wird, u.a. wegen der Überzahl von Vertretern der Hochschullehrer in diesem Gremium, räumen andere ihnen Stimmrecht ein, abgeleitet aus der Verantwortung und dem Vertrauen, das sie durch die Wahl für dieses Amt erhalten haben sowie aus der Möglichkeit der Kontrolle und der Rechenschaftslegung durch Leiter und Gremium.

Der Senat arbeitet an den meisten Einrichtungen mit ständigen und auch zeitweiligen Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen. Diese Kommissionen sind sowohl analog zu den Hauptprozessen gebildet worden, aber auch, wie z.B. an der TU Dresden, für die Arbeit an den Hauptentwicklungslinien der Universität.

Der Rat der Sektion bzw. Fakultätsrat (wenn die Fakultät eine Verwaltungsstruktur hat) wird auf dieser Ebene in bezug auf den Wahlmodus und auf seine Rolle und seine Aufgaben dem Senat gleichgesetzt. Infolge der Rolle des Senats kommt man an einigen Einrichtungen zu dem Schluß, daß die Existenz eines wissenschaftlichen Rates nicht erforderlich sei. Es könnten die Fakultäten im Sinne von wissenschaftlichen Gremien und der Senat gemeinsam das "wissenschaftliche Gewissen" sein. Andere Einrichtungen hingegen wählen sowohl den Senat als auch einen wissenschaftlichen Rat.

5. Welche Grundstrukturen werden vorgeschlagen?

Zu Strukturen und Entscheidungsebenen gibt es neben vielen unterschiedlichen Bezeichnungen auch unterschiedliche Auffassungen zur sogenannten wissenschaftlichen Basiseinheit. Ein Teil der Hochschulen legt sich fest, daß der Wissenschaftsbereich bzw. auch der Lehrstuhl diese zentrale Grundeinheit für Lehre und Forschung sei. Ein anderer Teil rangiert sie als Substrukturen unterhalb der Sektion (im bisherigen Begriffsverständnis) ein. Einige Modelle sollen die Vielfalt der Struktur zeigen.

Karl-Marx-Universität Leipzig und Technische Universität Dresden:
Fakultäten sind organisatorische, immatrikulierende Grundeinheiten, sie tragen die Ausbildung in mehreren Fachrichtungen oder Grundstudienrichtungen.

Technische Universität Magdeburg:
Es sind Fachbereiche und Institute vorgesehen.

Pädagogische Hochschule Neubrandenburg:
Institute und Lehrstühle als Struktureinheiten zu bilden wird vorgeschlagen.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:
Die Sektion wird als selbständige wirtschaftliche Einheit betrachtet, die einen eigenen Verwaltungsapparat hat.

Im Entwurf der Humboldt-Universität zu Berlin ist vorgesehen:
a) eine zentrale Fakultät mit eigenständiger Verwaltung (z.B. Medizin) einzurichten,
b) dezentrale Fakultäten zu schaffen, die sich in Sektionen oder Fachbereiche gliedern, und entsprechende dezentrale Verwaltung.

6. Welche Gruppenvertretungen werden vorgeschlagen?

In unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet, haben sich Gruppenvertretungen als weitere Mitbestimmungs- bzw. Vertretungsgremien gebildet, so

a) die Studentenräte
Während in einigen Dokumenten Standpunkte bzw. Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Studenten festgehalten sind, haben andere Einrichtungen dazu gar nichts vorgesehen.
An der TH Ilmenau wurde formuliert, daß die Studentenschaft im Konzil zu allen Fragen, die sie betreffen, ein von der Mehrheit der Studenten getragenes Einspruchrecht erhält.
In anderen Materialien wird postuliert, daß Studenten Mitsprache bei der Gestaltung des Studiums und der Lehre haben, daß sie sich in angemessener Weise zu studentischen Forschung und zur Wirksamkeit der Lehre äußern können sowie über die Leistungen der Hochschullehrer.
An der Pädagogischen Hochschule Halle/Köthen werden Studentenvertretungen als beratende Organe gesehen, Studentenvertretern wird in Leitungssitzungen des Rektors und der Sektionsdirektoren Sitz und Stimme eingeräumt.

b) die Assistentenvertretungen
Gebildet wurde z.B. ein Sprecherrat der Oberassistenten, Assistenten, Lektoren, Lehrer im Hochschuldienst, der befristeten Assistenten und der Forschungsstudenten.

c) die Personalvertretungen
An der Hochschule für Ökonomie war vorgesehen, einen Personalrat für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschullehrer zu bilden sowie einen Betriebsrat für technische Mitarbeiter.

An einigen Einrichtungen, z.B. an der TU Magdeburg und an der TU Dresden ist das Mitsprache-, Kontroll- und Einspruchsrecht der Gewerkschaft gegenüber den staatlichen Leitungen gewährleistet. Unabhängig von der paritätischen Vertretung der verschiedenen Beschäftigungsgruppen wird vielfach gefordert, daß bei wichtigen Fragen genügend Möglichkeiten bestehen, sich mit den Mitgliedern zu beraten, sich Meinungen und Standpunkte zu bilden, bevor die Entscheidungen getroffen werden

Gisela Jungklaß, Diplomlehrerin, war wissenschaftliche Oberassistentin am Zentralinstitut für Hochschulbildung. Albert Urbanski, Prof. Dr. oec., war Leiter der Abteilung Hochschulverwaltung und -organisation des Zentralinstituts für Hochschulbildung.

Hochschulinformationssystem (HIS): Studienbeginn in den neuen Ländern im Winter 1991/92 Erste Eindrücke vom Studium

Mit der Förderung durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft führt HIS derzeit eine auch für die neuen Länder und Ostberlin repräsentative Befragung der Studienanfänger im Wintersemester 1991/92 durch. Es sollen Informationen über die Begleitumstände der Studien- und Hochschulwahl, ihnen zugrundeliegende Beweggründe, über erste Eindrücke von den Gegebenheiten im begonnenen Studium sowie über weitere Studien- und Berufsperspektiven gewonnen werden.

Im Rahmen dieser Untersuchung wird auch die "allgemeine Stimmungslage", die Befindlichkeit der Studienanfänger in den neuen Ländern erfragt. Eine offen zu beantwortende Frage am Ende des Fragebogens lautet:

"Inzwischen haben Sie einen ersten Eindruck von Ihrem Studium und der neuen Umwelt gewonnen. Wie fühlen Sie sich zur Zeit dabei?

Beschreiben Sie in einigen Stichworten...
- Was sind Ihre Erfolgserlebnisse?
- Was finden Sie besonders gut?
- Was bedrückt Sie besonders stark?
- Was würden Sie gern verändern?"

Exemplarisch für die Stimmung an den Hochschulen in den neuen Ländern erscheien nach Auswertung einer für die Gesamtstichprobe repräsentativen Zufallsauswahl spontane Äußerungen über erste Eindrücke vom Studium und seinem Umfeld aus den ersten ca. 3.500 Einsendungen die folgend skizzierten Sachverhalte. Sie zeigen, was die Studienanfänger in den neuen Ländern ca. acht Wochen nach Studienbeginn am stärksten berührt:

* Beklagt wird das z. T. erforderliche **Abgehen von ursprünglicher Studienplanung**, weil eine unter früheren Bedingungen aussichtsreiche Studienrichtung jetzt wenig oder gar nicht mehr sinnvoll erscheint, z. B. Wirtschaftsingenieurwesen statt Sport, Wirtschaftswissenschaften statt Russisch, Umweltschutz statt Agraringenieurwesen nach landwirtschaftlicher Lehre. Probleme sind dabei verlorene "Vorleistungen", zusätzliche Orientierungsschierigkeiten und Zeitverlust.

* Als **bedrückend** werden in der Anfangsphase des Studiums insbesondere Ablehnungen im Wunschstudienfach wegen Zulassungsbeschränkungen, Streß im Studium, Kenntnislücken, die Distanz des Lehrpersonals und die Anonymität am Hochschulort empfunden.

* **Erfolgserlebnisse** sind erste bestandene Klausuren, der Erhalt des gewünschten Studienplatzes, das aktive Erleben der Entscheidungsfreiheit im Studium, das erfolgreiche Knüpfen von Kontakten und das Schließen erster neuer Freundschaften.

Diese Bedrückungen und Erfolgserlebnisse sind aber Sachverhalte, in denen sich die Studienanfänger in Ost und West nicht groß unterscheiden. Demgegenüber sind auffällige Abweichungen zwischen Ost- und West-Studienanfängern deutlich festzustellen bei den anderen hier aufgeführten Sachverhalten:

* Ein Interesse an **Fremdsprachen**, sei es als Ergänzung zum Studium, sei es neben dem Studium, wird häufig artikuliert. Dabei handelt es sich um Äußerungen von Studienanfängern so gut wie aller Stuienrichtungen, insbesondere auch aus Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin. Ein inhaltlicher Zusammenahng mit dem Studium ist allerdings indirekt fast immer gegeben (ausländische Fachliteratur). So gut wie ausschließlich geht es um "West"-Sprachen, am begehrtesten ist Englisch.

* Probleme der formalen **Gleichstellung von Studienabschlüssen** in den neuen mit denen der alten Länder, vereinzelt auch schon der Blick auf "Europa 93" bewegen die Studienanfännger in den neuen Ländern ebenfalls. Immer noch verbeitet ist die Angst, daß Studienabschlüsse nicht anerkannt werden bzw. nicht gleichgestellt werden oder tzotz Anerkennung bzw. Gleichstellung nicht konkurierren können, sei es im gesamtdeutschen Rahmen, sei es gegenüber einer EG-umfassenden Konkurrenz. (Auch deshalb der Ruf nach West-Dozenten!)

* **Hochschule und Umfeld**: Häufig wird geklagt über mangelnde Ausstattung der Hochschulen bei Baulichkeiten und Räumen (Enge, Verfall, Zerstörungen), bezüglich der materiellen Ausstattung (Apparaturen, Geräte, Installation - auch fehlende Lautsprecher, um Dozenten in überfüllten Räumen Gehör zu verschaffen) sowie Lehrmitteln (Bücher , Labormittel). Besonders wird beklagt, daß - anders als früher - keine Fachliteratur mehr semesterweise ausgeliehen wird.

Sport bzw. die Möglichkeit, ihn zu betreiben, spielt in den neuen Ländern weiter eine große Rolle. Soweit Sportmöglichkeiten vorhanden sind, erfreuen sie sich großer Wertschätzung, ihr - zunehmend häufigerer - Mangel wird beklagt.

* **Ost-Dozenten** bilden sich in den Äußerungen der Ost-Studienanfänger ab als z.T. fürsorglich, aber auch z. T. politisch verstrickt, wobei die Tendenz besteht, bei dem pädagogisch-fürsorglichen Professor die politische Vergangenheit nachzusehen. Allerdings wird auch bei Ost-Dozenten "zunehmende Gleichgültigkeit der Lehrenden gegenüber den Lernenden" konstatiert.

* Mehr **Praxisbezug im Studium** wird insbesondere gefordert in Lehramtsstudiengängen für Primarstufe und Sekundarstufe I, Ingenieurwissenschaften, Wirschaftswissenschaften, auch in Jura.

* Ein Wunsch nach **Reduzierung von Nebenfächern** zugunsten des Kernbereichs des Studiums wird häufig artikuliert, insbesondere in Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, aber auch Sprachwissenschaften.

Dahinter steht der Wunsch, die - noch - kurzen Studienzeiten und damit die Option auf künftige günstige Berufschancen zu erhalten.

* Erste Klagen erfolgen über die beginnenden Tendenz zur Auflösung des engen Zusammenhalts unter den Studenten und hin zu einer Differenzierung nach **sozialen Abstufungen**, die allmählich sichtbar und damit bewußt werden.

* **Studienfinanzierung:** *BAföG* wird zunehmend anzeptiert. Seltener als im Vorjahr wird seine Elterabhängigkeit beklagt, seltener auch der teilweise Darlehenscharakter. Dennoch: "...muß nebenher jobben, wenn ich nicht meine Eltern auf Unterhalt verklagen will" bzw. "... solange hinterherlaufen und dann dennoch die Hälfte wieder zurückzahlen..."; geklagt wird auch über die Dauer der Bearbeitung von Anträgen. Häufige, um nicht zu sagen, Standardklage ist: Niedrigere Sätze als im Westen trotz der als besonders hoch empfundenen und noch wachsenden *Kosten* für Ernährung, Mieten (hier werden Preissteigerungen jm das bis zu sechsfache binnen weniger als zwölf Monaten als sehr schmerzhaft empfunden, auch wenn sie auf einem gegenüber "Westmieten" sehr niedrigen Niveau erfolgen), Verkehrsmittel sowie last not least Lehrmittel, insbesondere Lehrbücher.

Mangelnde Jobmöglichkeiten während des Studiums und in den Semesterferien, um finanzielle Enpässe auszugleichen, als Folge der konjunkturell bedingten allgemeinen Knappheit der Arbeitsplätze schmälern die Budgets der Studenten zusätzlich.

Klagen über Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie schlechte finanzielle Situation sind aber seltener als im Vorjahr.

* **Studienorganisation:** Hier finden sich gegenläufige Meinungen von "zu verschult" bis hin zu "gut, daß Entscheidungen über Prioritäten, z. B. zwischen konkurrierenden Veranstaltungen, abgenommen wird"

Die Freiheit für ein *Studium eigener Wahl* anstelle von früheren Zwängen wird begrüßt. Neben dieser Feiheit findet das "Mehr" an Freizeit (wegen Wegfalls "von oben" angeordneter studienferner Zeitaufwendungen) positive Erwähnung, das es ermöglicht, die breiter gewordene Palette von Veranstaltungen auch wahrnehmen zu können, nicht zuletzt als Mittel zur selbstverantwortlichen Optimierung der Zukunftchancen.

Daneben wird aber auch ein Mangel an *Orientierungsmöglichkeiten* empfunden und werden Stundenplanvorgaben bzw. Empfehlungen zur Zusammenstellung des Studienplans als Unterstützung für ein zügiges Studium gefordert, weil die Gefahr gesehen wird, sich bei völlig freier Studiengestaltung zu "verrennen".

Die Anreize und Chancen bilden also zugleich Risiken, Probleme, ja Belastungen, zumal einem "früher" diese Entscheidungen abgenommen wurden.

Seminargruppen erfreuen sich - soweit angeboten bzw. organisiert - positiver Resonanz und Beliebtheit einerseits als Hilfe beim Studium, andererseits als ein Schutz vor Anonymität. Allergings wird hier immer seltener ihre "herkömmliche" Form gemeint; die kennen viele Studienanfänger bestenfalls noch vom Hörensagen. Vielmehr werden unter der Bezeichnung "Seminargruppe" immer häufiger Arbeitsgemeinschaften, Übungs- und Tutorengruppen verstanden, also kurzlebigere Gruppen, oft auch informelle Zusammenschlüsse. Soweit solche Arbeitsgruppen nicht bzw. nicht mehr vorhanden sind, wird ihr Wegfall bedauert.

* **Überschaubare Verhältnisse an den Hochschulen** / "familiäre Atmosphäre" wird an den vergleichsweise häufiger kleinen Hochschulen der neuen Länder immer wieder deutlich betont als dem Studium (Erfolg und Dauer) direkt oder indirekt förderlich und deshalb erhaltenswert.

* **Umweltbewußtsein:** "Schlechte Luft" am Hochschulort und andere Umweltindikatoren gewinnen Bedeutung als Kriterien zur

Einschätzung der Lebensqualität am Hochschulort und damit als Motiv für Studienplatzwahl und Erwägung von Hochschulwechseln. Das sich hierin abbildende Umweltbewußtsein wurde 1990/91 noch nicht artikuliert. Hier sind erste Hinweise auf einen neuen Trend zu beobachten.

* Die beginnende **Vermischung und "Ossis" und "Wessis"** unter den Studienanfängern in den neuen Länder führen offenbar z. T. zu facettenreichen Verständigungsproblemen, die auf beiden Seiten registriert werden:

Studienanfänger aus dem Westen fühlen sich an Ost-Hochschulen z.T. als "Fremdkörper" und klagen, sie könnten keinen Kontakt finden, die Kommilitonen aus dem Osten seien fremd und ihnen gegenüber kontaktscheu.

Andererseits kommen auch die "Landeskinder" unter den Studienanfängern im Osten nicht immer mit den Kommilitonen aus dem Westen zurecht. Sie empfinden sie als "anders", teils in negativer, überwiegend aber in positiver Hinsicht. Äußerngen bewegen sich von "'Wessis' sind arrogant..." bis "... gefällt die Atmosphäre, die durch das gemeinsame Studium von Menschen aus den alten und den neuen Ländern entsteht" oder "... gut: breites Spektrum von Studierenden (z. B. aus den alten Ländern)".

* **West-Dozenten:** Wer sie "kennt", findet sie gut; insbesondere Studienanfänger in Jura und Wirtschaftswissenschaften sind stark an West-Dozenten interessiert und loben sie, ohne ihre Schwächen zu übersehen. So werden etwa Eigenschaften beklagt, wie "zu unpersönlich", "schwer zu verstehen", "können Stoff nur schwer vermitteln". Die gewohnte Zuwendung ist hier offenbar weniger intensiv, der Dozent aus dem Westen "trägt Informationen vor", die der Hörer hören, verwerten oder vrgessen kann, er fühlt sich seltener als "Lehrer".

Auch um die alten Lerstrukturen aufzubrechen wird mehr Kontakt mit Lehrpersonal aus den alten Ländern gewünscht.

* Die **wirtschaftliche Situation** im Osten spielt in zweierlei Weise in das Studium hinein:

Praktikumsplätze, insbesondere für Ingenieurwissenschafts- und Wirtschaftswissenschaftsstudenten sind mehr als rar angesichts der wirtschaftlichen Lage in der Umstellungsphase.

Es besteht Unsicherheit, ob bis zum Examen eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden haben werden, die einen einigermaßen fristlosen Übergang vom Studium in das Erwerbsleben und dann stabile Arbeitsplätze gewährleistet.

* **Wohnen:** Es erfolgt überwiegend Kritik an bzw. Klage über bereits eingetretene oder künftig erwartete Mieterhöhungen für überbelegte / qualitativ uunbefriedigende / unvollständig ausgerüstete (Schreibtische, Duschen usw.) Wohnheimplätze. Daneben werden aber auch - wenngleich selten - "Erfolgserlebnisse" wie "Zimmer gefunden" / "Wohnung gefunden" genannt. Diese Hervorhebung eigentlich selbstverständlicher Sachverhalte zeit, wie selten dies gelingt. Zunehmend findet das Wohnen bei Eltern Erwähnung, letzteres wird meist als Notlösung angesehen.

31. März 1992

Nähere Information:
Dr. Karl Lewin, HIS Hannover
Tel. (0511) 1220-215

Rebabilitierungen an der Humboldt-Universität - Zwischenbilanz zur Arbeit der Zentralen Rehabilitierungskommission des Akademischen Senats (Stand 15.Mai 1992)

Konstituierung

Die im Dezember 1989 von Rektor und Senat berufene Rehabilitierungskommission arbeitet zunächst bis Februar 1991.

Die Kommission wurde im Juni 1991 von Akademischen Senat neu gewählt und im Juli 1991 konstituiert. Sie ist ehrenamtlich tätig und ihr gehören aus den verschiedenen Fakultäten und Fachbereichen der Humboldt-Universität insgesamt drei Hochschullehrer, drei Mitarbeiter aus dem wissenschaftlichen Bereich, drei Mitarbeiter aus dem technischen Bereich sowie drei Studenten und ein (hauptamtlich tätiger) wissenschaftlicher Sekretär an.

Aufgaben und Ziele

Die Kommission ist vom Akademischen Senat beauftragt, Rehabilitierungsanträge ehemaliger oder noch an der Humboldt-Universität tätiger Mitarbeiter und Studenten zu prüfen, zu beraten und nach entsprechenden Recherchen Entscheidungsvorschläge als Zuarbeit und Empfehlung für den Rektor nach Form und Inhalt vorzubereiten.

Damit stellt sich die Universität verantwortungsbewußt der Aufgabe, politisch motivierte Rechtsbeugungen, Rechtsverletzungen oder Diskriminierungen, die in ihrem Bereich geschehen sind, zu untersuchen und in begründeten Fällen die Rehabilitierung vorzunehmen.

Eine Rehabilitierung erfolgt, wenn begangenes Unrecht politisch motiviert war, seitens der Universität geschah und durch Recherchen nachweisbar ist. Sie ist an die Form eines schriftlichen Bescheides gebunden. Andere Rehabilitierungsmöglichkeiten (finanzielle Entschädigung, Wiedereinstellung o.ä.) stehen der Universität nicht zur Verfügung. Mit der Rehabilitierung wird die seinerzeit verfügte Unrechtsmaßnahme aufgehoben und der persönliche und wissenschaftliche Ruf des Betroffenen wiederhergestellt.

Einen gesetzlichen Auftrag für diese Vorgehensweise gibt es nicht. Die Kommission arbeitet nicht auf verwaltungsrechtlicher Grundlage.

Statistische Angaben

1. Anzahl der Anträge

An die Kommissionen wurden bisher 210 Anträge auf Rehabilitierung gestellt, was einer mittleren zeitlichen Verteilung von 7,5 Anträgen pro Monat oder knapp 2 Anträgen pro Woche entspricht. Die Bearbeitungszeit für die Anträge lag im Bereich von mehreren Wochen bis Monaten.

2. Bearbeitungsergebnisse

Die bisher bearbeiteten Fälle betrafen:
- 30% Rehabilitierungen (mit Aufhebung von unrechtmäßigen Maßnahmen),
- 30% Bestätigungen für gewisse politisch

motivierte Benachteiligungen oder Zurücksetzungen in der beruflichen Laufbahn,
- 20% Anträge, die keine besonderen, politisch begründbaren Restriktionen erkennen lassen,
- 5% mündliche Klärungen und Beratungen,
- 15% sonstige Fälle (z.B. Weiterleitung zum Ehrenausschuß, Zurückstellung).

Bei 40% der Anträge lagen Situationen vor, die eine längerfristige, oft zwei- bis dreimalige Bearbeitung erforderten (zwischenzeitliche Beibringung neuer Unterlagen, Beantwortung von Beschwerden, Rückfragen bei der Senatsverwaltung u.a.).

Die dabei notwendigen Recherchen und Stellungnahmen sind oft von Gesprächen mit den Fachbereichen und Zeitzeugen begleitet.

Zunehmend wird auch von antragstellenden Mitarbeitern und ehemaligen Studenten der Humboldt-Universität das persönliche Gespräch mit der Rehabilitierungskommission vor oder nach der Antragstellung gesucht, um die Möglichkeiten einer Rehabilitierung zu erfahren sowie noch sachliche und formale Fragen zu klären.

Intensiviert hat sich dabei die Verbindung zur Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, weil sich manche Betroffene auch direkt an diese Stelle wenden.

3. Antragsteller

- 29% der Antragsteller waren ehemalige Studenten der Universität,
- 23% der Antragsteller haben ihren Wohnsitz in den alten Bundesländern oder im Ausland,
- 8% der Antragsteller befinden sich im Ruhestand.

Nicht nur Anzahl und Verteilung der bisherigen Anträge und bearbeitetenFälle sondern auch die bevorstehende Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetzgebung lassen weitere Anträge erwarten.

Das macht an der Humboldt-Universität auch weiterhin eine arbeitsfähige Rehabilitierungskommission erforderlich, die als zentrales Gremium dem Rektor und Akademischen Senat direkt untersteht.

Anschrift:
Humboldt-Universität zu Berlin
Rehabilitierungskommission
Unter den Linden 6
O-1086 Berlin
Telefon 2093 2762
(Hauptgebäude, Zimmer 2077)

Epidemische Amnesie

Amnesie,so sagt mir mein medizinisches Wörterbuch, ist der Ausdruck für "vollständige oder teilweise Erinnerungslosigkeit. Zeitlich begrenzte oder inhaltliche Erinnerungslücke im Zusammenhang mit Bewußtseinsstörungen..." Bislang kannte ich sie hauptsächlich als beliebtes Fabelelement in Literatur und Filmen. Im wirklichen Leben begegnete sie mir in der Vergangenheit nur einmal, als ein besoffener Ex-Polizist in unseren Garten eindrang und unter wüstem Schimpfen Scheiben und etliches andere zertrümmerte. Der gerufene Streifenwagen kam erstaunlich schnell, und bei einem besänftigenden "Komm mit, Horste!" der ehemaligen Kameraden folgte er lammfromm in den Wagen zur Ausnüchterung. Hinterher bekannte er sich bedauernd zu einem totalen "Filmriß" zwischen dem Verlassen einer Kneipe und der erwähnten freundlichen Aufforderung.

Umso befremdeter registriere ich im Anschluß an den Anschluß ein erstaunliches Umsichgreifen einer derartigen zeitlich begrenzten und inhaltlichen Erinnerungslücke bei Leuten, bei denen zuvor keinerlei Anzeichen auf Bewußtseinsstörungen erkennbar waren. Ihre zeitliche Begrenzung erstreckt sich auf einen Zeitraum von vierzig Jahren, inhaltich auf Geschehnisse in der "Ehemaligen". In dieser Hinsicht scheint der Einigungsvertrag geradezu eine Epidemie von psychischen Defekten ausgelöst zu haben. Da kenne ich einige, die jahrelang "eine herausgehobene Funktion mit besonderem ideologischen Auftrag ausgeübt " haben, wie Herr Dr. Fickel das so schön formuliert (Evaluationsordnung für Thüringer Hochschulen), und die all das total ausgeblendet haben.

Die Diagnose ist freilich noch verzwickter. Denn die Amnesie verknotet sich häufig mit Zwangsvorstellungen: Zu dieser eigentlich vergessenen "Heraushebung" wurden sie gezwungen. Nicht nur das, um herausgehoben zu werden, wurden sie zwangsweise in die SED inkorporiert und einem besonderen ideologischen Auftrag unterworfen. Sie mußten Hochschullehrer, Sektionsdirektor oder noch herausgehobener werden, um in die SED zu kommen, und umgekehrt in die SED, um zur Karierre gezwungen zu werden. Schließlich befanden sich einige in einer besonders extremen Zwangslage, zwecks erzwungener Hochschullaufbahn mußten sie an einer Sektion ML (sprich Marxismus-Leninismus) lehren, obwohl sie, wie sich nachträglich herausstellte, NIE Marxisten waren. Ich muß gestehen, daß ich als medizinischer Laie Schwierigkeiten habe, mich da noch zurechtzufinden - hatten sie vorher das eine oder hinterher das andere vergessen??

Bekanntlich ist Amnesie oft Folge eines erlittenen Schocks, also nicht selbstverschuldet. So hindert sie augenscheinlich auch häufig nicht am weiteren Verlauf der Karrie-

re. Das liegt an der erwähnten Evaluationsordnung, die Eignung oder Nichteignung an Stellung und Auftrag entscheidet, aber nirgends an dem konkreten Verhalten einer Person. Aus meiner schmalspur-juristischen Ausbildung ist mit erinnerlich, daß Schuld aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit immer an Verletzung von Rechten anderer zu messen ist. Vorschriftsgemäß wurde an der Hochschule denn auch gehandelt, persönlich schuldhaftes Verhalten wurde weder gesucht noch festgestellt, nur Opfer anonymer Mächte allzumal.

Leider ergreift die Epidemie schon nicht nur einzelne Patienten, eine ganze Hochschule kann erkranken. So stellen sich im Abschnitt "Tradition und Identität der TH Ilmenau" (!) im jahrelang vermißten Personal- und Vorlesungsverzeichnis nun fürs Sommersemester `92 doch deutlich diagnostizierbare Gedächtnislücken ein. Da wird zunächst korrekt festgestellt, daß die Hochschule am 16.9.1953 "gegründet wurde". Das Geburtsdatum steht also fest, nur die Vaterschaft nicht. Ein Team (schnell gelernt!) um Gründungsrektor Prof. Dr. Johannes Stamm begann das wohltätige Tun. Wie das, gab es in der DDR Privathochschulen? In früheren Editionen der TH hieß es da immer "Auf Beschluß des Ministerrates". Vergessen und verziehen, wie peinlich; eine - wenn auch schwer verständliche - unbefleckte Empfängnis ist eindeutig vorzuziehen.

Das geht dann so weiter, wenn es heißt: "Die ungebrochene Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands zeigte sich in der immer wieder geäußerten Überlegung, daß die geografische Lage Ilmenaus im grünen Herzen Deutschlands" (Johannes Stamm 1956) eine nicht unwesentliche Option auf die Zukunft der Hochschule darstellte." Derartige politische Lyrik rührt mich zu Wehmutstränen. Das klingt so, soll so klingen, als ob die TH als einsamer Fels in der Brandung diese feierliche Option in den Sturm schrie. Wer hat immer wieder dieses Vermächtnis von Stamm wann geäußert? Mag sein, eine Gedächtnislücke bei mir. Mir schien, daß hier nur *ein* Entscheidungskriterium für die Standortwahl des seinerzeitigen Staatssekretariats für Hochschulwesen interpretiert wurde. Ich habe den Eindruck, daß sich der Lehrkörper auch nach der Zerschlagung jener Hoffnung ebenso loyal zur Obrigkeit verhielt wie heute, da ihm die Autonomiefähigkeit dadurch beigebracht werden soll, daß sie erst einmal entzogen wird. Und da wagt ein Ex-Nie-Marxist vor Zuhörern zu verkünden, die Dialektik habe sich nicht bewährt! Ganz zu schweigen davon, daß Herr Stamm nach heutigen Kriterien sofort von Minister Fickel wegen "Nichteignung" zu entlassen wäre, wie gehabt. Glück gehabt, alter Kumpel, hast dich rechtzeitig totgearbeitet und hast deine verdiente Ruhe.

Ähnliche Vergeßlichkeiten wird der Kundige im "Forschungsbericht 1985-1990" der THI leicht erkennen. Na klar, Marketing anstelle von Aufarbeitung der Vergangenheit scheint zeitgemäß. Vielleicht sollten wir diesen Anspruch selbst lieber ganz vergessen?

Oder nicht?

(Ähnlichkeiten mit lebenden Personen und Vorgängen sind nicht zufällig, sondern beabsichtigt und belegbar.)

Andreas Schüler
(Em. Ökonomieprofessor an der TH Ilmenau)

(aus: GURU. Ilmenauer StudentInnenzeitung 4/92)

ECKDATEN FÜR EINE AUFGABENGERECHTE PERSONALAUSSTATTUNG DER HOCHSCHULEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Wesentliche Aussagen des vom Essener Hochschulplaner Dr. Michael Weegen im Auftrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erstellten Gutachtens

1. Eine **"aufgabengerechte Personalausstattung"** der Hochschulen ist Voraussetzung dafür, daß die individuelle und gesellschaftliche Nachfrage nach höheren Qualifikationen, nach Forschungs- und anderen wissenschaftlichen Dienstleistungen von den Hochschulen auch erfüllt werden kann. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer, die inmitten tiefgreifender sozialer und ökonomischer Strukturveränderungen stecken. Der Essener Hochschulplaner **Dr. Michael Weegen** zeigt mit den von ihm im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erarbeiteten **"Eckdaten"** die qualitativen Dimensionen einer Hochschulentwicklung auf, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden will und soll.

2. Die "Eckdaten" konkretisieren die Aussagen der von **Klemm, Böttcher und Weegen** vorgelegten Studie **"Bildungsplanung in den neuen Bundesländern"** für den Hochschulbereich. Sie ergänzen die Zahlen des **"Bildungsgesamtplan '90"** und die von **Jürgen Lüthje** 1989 für die alten Bundesländer vorgenommenen Berechnungen einer **"Aufgabengerechten Personalausstattung der Hochschulen in den neunziger Jahren"**. Mit diesen Gutachten, Stellungnahmen und Forderungen will die GEW eine rationale, transparente, von den Betroffenen mitzubestimmende Bildungsplanung fördern. Sie gibt den Schwächeren in den härter werdenden verteilungspolitischen Auseinandersetzungen zusätzliche Chancen, ihr Interesse an Teilhabe an Bildung und Wissenschaft vorzutragen und durchsetzen zu können.

3. Michael Weegen analysiert in seinen 37 Seiten starken Gutachten zunächst die **demografischen Grundlagen** der steigenden Nachfrage nach Bildung. Er berücksichtigt die dramatischen Wanderungsbewegungen der Übersiedlungswelle von 1989 bis 1991. Seine Prognose für die kommenden Jahre: "Während sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis 2005 die Jahrgänge der 18- bis unter 21jährigen um ca. 10 Prozent reduzieren, bleiben sie in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stabil. Im östlichen Teil Berlins ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen".

4. Mit Blick auf die Schulwahlentscheidungen zu Beginn des Schuljahres 1991/92 vertritt er die These, daß in den neuen Bundesländern nach Jahren des stark reglementiereten Zugangs zu weiterführenden Bildungseinrichtungen, die **Bildungsexpansion**, für die die alten Bundesländer 40

Jahre Zeit hatten, "gleichsam aus dem Stand aufgeholt" wird. "Vom Ergebnis her zeigen die **Studienberechtigtenzahlen**, daß bis zum Jahr 2000 mit einem gravierenden Anstieg in allen Bundesländern zu rechnen ist. Selbst die demografisch "determinierte Kontraktion bis zum Jahr 1992" wird durch die Bildungsexpansion überkompensiert... In den ersten fünf Jahren nach 2000 stabilisiert sich die Studienberechtigtenzahl." Ob sie nach 2010 sinken wird, bleibt Spekulation. Diejenigen, um die es dann geht, sind heute noch nicht geboren.

Tabelle 2:
Prognose der Studienberechtigtenquoten am alterstypischen Jahrgang in den neuen Bundesländern (in %)

	Ist-1990	1995	2000	2005
Berlin-Ost	21	32	41	41
Brandenburg	16	27	38	38
Mecklenburg-Vorpommern	17	26	35	35
Sachsen	17	29	40	40
Sachsen-Anhalt	17	26	35	35
Thüringen	16	26	35	35

1) Hochschulzugangsberechtigte bezogen auf den durchschnittlichen Jahrgang der 18- bis unter 21jährigen unter Einbezug der Wanderung in die Altländer (3.10.1990)
2) Der Übersiedleranteil in die alten Bundesländer ist durch eine Reduzierung der Altersjahrgänge mitberücksichtigt worden.

Tabelle 3:
Prognose der Studienberechtigtenquoten in den alten Bundesländern[1)]

	Ist-1989	1990	1995	2000	2005
Baden-Württemberg	29.6	29.9	32.4	36.5	35.2
Bayern	23.2	24.7	27.9	31.7	33.0
Berlin	29.9	31.0	35.1	38.2	37.6
Bremen	33.2	32.8	39.8	43.7	43.4
Hamburg	44.2	46.8	52.7	51.6	53.2
Hessen	32.9	34.3	38.7	41.0	42.7
Niedersachsen	28.8	30.1	36.1	38.4	38.5
Nordrhein-Westfalen	35.5	36.6	44.0	49.0	51.6
Rheinland-Pfalz	27.1	28.2	35.5	40.0	39.8
Saarland	29.2	30.1	40.5	43.5	45.5
Schleswig-Holstein	26.6	28.6	34.6	36.4	36.6
Insgesamt	30.3	31.5	36.7	40.5	41.4

1) Studienberechtigte in % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (Hoch- und Fachhochschulreife)
Vgl. KMK Bonn 1991 Nr. 116. S. 8*

Tabelle 4:
Prognose der Studienberechtigten in den neuen Bundesländern[1)]

	1995	2000	2005
Berlin-Ost	4.210	6.902	7.112
Brandenburg[2)]	8.149	13.912	13.231
Mecklenburg-Vorpommern	6.390	10.138	9.716
Sachsen	13.651	21.345	20.079
Sachsen-Anhalt	8.890	15.017	14.417
Thüringen	7.579	12.506	11.658
Gesamt	48.868	79.819	76.213

1) Zur Höhe der landesspezifischen Bildungsbeteiligung vgl. Tabelle 2.
2) Einbezug des Wechsels vom 12. auf das 13. Schuljahr im Jahr 1994

Tabelle 5:
Prognose des Studienanfängerpotentials in den neuen Bundesländern („Landeskinder")[1)]

	1995	2000	2005
Berlin-Ost	3.445	5.921	5.987
Brandenburg	5.706	11.952	11.326
Mecklenburg-Vorpommern	5.197	8.803	8.238
Sachsen	11.267	18.504	17.125
Sachsen-Anhalt	7.318	12.916	12.279
Thüringen	6.302	10.752	9.966
Gesamt	39.235	68.848	64.921

1) Nach Übergangsquotensimulation: 1. Jahr 50 %, 2. Jahr 30 %; 3. Jahr 20 % und langfristige Bruttostudierquoten von 90 % (bis zum Jahr 2000) und 85 % (2005).

Tabelle 5a:
Studienanfängeranteil pro Land und Altersjahrgang im Jahr 1990 (in %)

	Studienanfängeranteil des Landes	Verteilung des alterstypischen Jahrgangs
Berlin-Ost	21	7
Brandenburg	7	16
Mecklenburg-Vorpommern	9	12
Sachsen	37	29
Sachsen-Anhalt	16	19
Thüringen	10	17

5. Drei Gründe nennen die "Eckdaten" für eine im Vergleich zu den alten Bundesländern höhere **"Bruttostudierquote"**. Zum einen verlangt der ostdeutsche Arbeitsmarkt nach mehr hochqualifizierten Arbeitskräften, um die Umstrukturierungsprobleme lösen zu können. Zum anderen gibt es einen großen Nachholbedarf bei denen, die bislang aus politischen Gründen nicht studieren durften. Das gilt drittens auch gerade für diejenigen, die über keine traditionelle Hochschulzugangsberechtigung (Abitur) verfügen und auf Grund der neuen Hochschulzugangsregelungen Universitäten und Fachhochschulen besuchen können. Weegen rechnet damit, daß zumindest bis zum Jahr 2000 rund 90 von 100 Studienberechtigten - wenn auch zeitlich versetzt - ein Studium beginnen, im Westen sind es 85 von 100. Einschränkend weist er darauf hin, daß die Attraktivität des Studiums im Osten ganz wesentlich vom Gelingen der inhaltlichen Hochschulerneuerung und von dem personellen und räumlichen Ausbau der Hochschulen abhängt.

6. Gestützt auf die Standortempfehlungen des Wissenschaftsrates entwickelt der Essener Hochschulplaner seine Aussagen zum **Abbau des Süd-Nord-Gefälles in der Hochschulausstattung** der ostdeutschen Bundesländer: Rückgang der Studienanfängeranteile in Ost-Berlin und in Sachsen, deutliche Verbesserungen bei den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

7. In seiner **Studienanfänger-Prognose** berücksichtigt er auch, daß sich der Anteil ausländischer Studierender, der 1990 nur bei 2,8 Prozent im Durchschnitt lag, auf Grund der EG-Integration und der wachsenden Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten erhöhen und sich den Zahlen der westlichen Bundesländer (8,3 Prozent) annähern wird: "Ausgehend vom Basisjahr (1989) werden sich in Brandenburg die Anfängerzahlen mehr als vervierfachen. In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt tritt eine Verdoppelung ein. Berlin und Sachsen haben Zuwächse zwischen 60 und 70 Prozent. Bis zum Jahr 2005 kommt es in allen neuen Ländern zu einer Stabilisierung des hohen Studienanfängerniveaus".

Tabelle 7:
Regionale Studienorientierung der Neubewerber 1990 (in %)

an Hochschule in:	aus Bundesland:					
	Berlin-Ost	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Berlin-Ost	54,6	28,7	19,0	10,4	10,7	10,7
Brandenburg	4,3	9,8	2,0	2,9	3,0	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	5,6	10,3	51,9	2,1	4,5	1,9
Sachsen	27,4	36,7	19,4	70,1	31,6	39,4
Sachsen-Anhalt	4,6	10,2	5,0	8,4	43,2	11,8
Thüringen	3,5	4,3	2,7	6,1	7,0	34,8

Quelle: Hensel, R./Reuschel, H.D. 1991 S.201 ff.

Tabelle 6:
Prognose der Studienanfängerverteilung nach Ländern (in %)[1]

	Ist-1990[2]	1995	2000	2005
Berlin-Ost	21	18	14	14
Brandenburg	7	9	12	12
Mecklenburg-Vorpommern	9	11	13	13
Sachsen	37	34	30	30
Sachsen-Anhalt	16	17	18	18
Thüringen	10	12	14	14
Gesamt	100	100	100	100

1) Bei der prognostizierten Entwicklung wird davon ausgegangen, daß die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Hochschulstandorte weitgehend von den Landesregierungen strukturell getragen werden und daß die einzelnen Standorte bis spätestens zum Jahr 2000 voll ausgebaut sind.
2) Vgl. BMBW, Bonn 5/91 S. 68.

8. Michel Weegen unterscheidet **3 Prognosezeiträume**:
bis 1995: **Umstrukturierungs- und Aufbau-phase**
bis 2000: **Ausbauphase**
bis 2005: **Verstetigungs- und Stabilisierungsphase**

Ausgehend von rund 40.000 StudienanfängerInnen im Jahre 1990 prognostiziert er für 1995 ca. 41.500, für 2000 73.000 und für 2005 knapp 69.000 StudienanfängerInnen in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin.

Tabelle 10:
Prognose der Studienanfängerzahlen an Fachhochschulen[1]

	1995	2000	2005
Berlin-Ost (25 %)	1.825	2.554	2.409
Brandenburg (30 %)	1.160	2.627	2.477
Mecklenburg-Vorpommern (25 %)	1.139	2.281	2.151
Sachsen (25 %)	3.494	5.473	5.161
Sachsen-Anhalt (25 %)	1.752	3.284	3.097
Thüringen (30 %)	1.466	2.956	2.787
Gesamt (26 %)	10.835	19.175	18.081

1) Einschließlich Verwaltungsfachschulen bzw. adäquaten Studiengängen, die an Fachhochschulen integriert sind.
2) Anteil der Fachhochschulstudienanfänger am jeweiligen Gesamtstudienanfängervolumen des Bundeslandes.

Tabelle 8:
Studienanfängerprognose nach Ländern

	Ist-1989[1]	Ist-1990	1995	2000	2005
Berlin-Ost	5.946	8.332	7.299	10.217	9.634
Brandenburg	1.353	2.584	3.868	8.757	8.258
Mecklenburg-Vorpommern	3.151	3.698	4.554	9.122	8.602
Sachsen	13.697	14.696	13.974	21.894	20.645
Sachsen-Anhalt	5.034	6.211	7.008	13.136	12.387
Thüringen	3.168	3.958	4.887	9.852	9.290
Gesamt	32.349	39.479	41.590	72.978	68.816

1) Nach Im- und Exportbewegungen, einschl. ausländischer Studienanfänger und sog. "Bildungsinländern".
2) BMBW 1991a, S.68.

9. Bei der **Aufteilung der StudienanfängerInnen-Zahlen** auf **Fachhochschulen** und **Universitäten** berücksichtigt er die Fachhochschul-Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1991. Weil es sich bei den Fachhochschulen um einen im Osten "neuen" Hochschultyp handelt, und die geplanten 25 Fachhochschulen als Neugründungen errichtet werden, rechnet er für die Umstrukturierungsphase bis 1995 mit einem gegenüber den westlichen Bundesländern leicht geringeren Anteil von 26 Prozent. "Das volle Ausbauniveau wird erst im Jahre 2000 erreicht."

Tabelle 12:
Prognose der Studienanfängerzahlen an Universitäten und Kunsthochschulen

	1995	2000	2005
Berlin-Ost	5.474	7.663	7.226
Brandenburg	2.707	6.130	5.781
Mecklenburg-Vorpommern	3.416	6.842	6.452
Sachsen	10.481	16.420	15.484
Sachsen-Anhalt	5.256	9.852	9.290
Thüringen	3.421	6.896	6.503
Gesamt	30.754	53.803	50.735

10. Für die **Universitäten und Kunst- und Musikhochschulen** prognostiziert er für 1995 rund 30.750, für 2000 rund 53.800 und für 2005 rund 50.700 Studienanfängerinnen.

11. Zu Ermittlung des **Personalbedarfs** der Hochschulen verwendet er das 1990 vom Wissenschaftrat vorgestellte **"Komponentenmodell"**. Folgende - je gesondert auszuweisende - Komponenten bestimmen danach den Gesamtbedarf an wissenschaftlichem Personal:
- die Lehre
- die Forschung
- die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- die wissenschaftlichen Dienstleistungen (inkl. wissenschaftliche Weiterbildung)

Tabelle 11:
Übersicht über die Standorte der Universitäten und Kunsthochschulen

Berlin-Ost	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Humboldt Universität zu Berlin; Kunsthochschule Weißensee; Hochschule für Musik „Hanns Eisler"; Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch"	Universität Potsdam; TU Cottbus; Europa Universität Frankfurt/Oder; Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf"; Potsdam-Babelsberg	Universität Rostock; Universität Greifswald;	Universität Leipzig; TU Dresden; TU Chemnitz/Zwickau; Bergakademie Freiberg; HS für Bildende Künste Dresden; HS f. Grafik und Buchkunst Leipzig; Musikhochschule Dresden; HS f. Musik u. Theater „Felix Mendelsohn" Leipzig; HS f. Musik „Karl Maria von Weber" Dresden; geplant: Deutsch-Polnisch-Tschechoslowakisches Hochschulinstitut Zittau Handelshochschule Leipzig	TU Magdeburg; ggf. PH Magdeburg; ggf. Med. Akad. Magdeburg; Universität Halle-Wittenberg; ggf. PH Halle-Köthen; Hochschule für Kunst und Design Halle-Burg Giebichenstein;	Universität Jena; PH Erfurt; TH Ilmenau; Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar; Hochschule für Musik „Franz Liszt" Weimar; Med. Akad. Erfurt

Vgl. Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrates 1991 Neue Bundesländer und Strukturbeschlüsse und -planungen der Landesregierungen (Stand 28.1.1992) und Empfehlungen für die künftige Entwicklung der Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Berlin 24.1.92.

Tabelle 9:
Übersicht über die Standorte der Fachhochschulen[1]

Berlin-Ost	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft; Kath. FH für Sozialarbeit	FH Brandenburg; FH Potsdam; FH Wildau; FH Lausitz (Cottbus/Senftenberg); FH Eberswalde	FH Neubrandenburg; FH Stralsund; FH Wismar	HS f. Wirtsch., Technik u. Kunst Leipzig (FH); Hochschulen f. Technik u. Wirtsch., Dresden (FH); Zwickau (FH); Mittweida (FH); Zittau-Görlitz (FH)	FH Anhalt (Köthen/Bernburg/Dessau); FH Merseburg; FH Harz (Wernigerode); FH Magdeburg (Magdeburg/Stendal)	FH Jena; FH Erfurt; FH Schmalkalden

1) Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates für Fachhochschulen 1991. Der Wissenschaftsrat regt an, die erforderlichen Verwaltungsfachhochschulen je nach Studiengängen an den allgemeinen Fachhochschulen zu integrieren. Vgl. Wissenschaftsrat 1991b, S. 33 ff und Entscheidungen und Planungen der Landesregierungen (Stand 28.1.1992)

12. Die **Lehrnachfrage** ergibt sich aus der Multiplikation der StudienanfängerInnenzahl mit dem Curricularnormwert (CNW), einer fachspezifisch festgelegten Rechengröße, die sich u.a. aus dem Gesamtumfang der während des Studiums zu belegenden Semesterwochenstunden, aus den Anteilen der unterschiedlichen Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Übungen, Laborphasen...), aus Gruppengrößen und Betreuungsaufwand für Prüfungen zusammensetzt. Weegen rechnet mit einem gewichteten Curricularnormwert, der auf Grund des größeren Anteils an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studienrichtungen mit 4.2 etwas höher als bei den westdeutschen Universitäten liegt. Der entsprechende Wert für Fachhochschulen lautet 7.0. Abweichend von den westdeutschen Bedarfsberechnungen wird hier von einem auf 16 Semesterwochenstunden reduzierten Lehrdeputat je FachhochschullehrerIn ausgegangen (statt 18).

13. Zur Ermittlung der **Bedarfskomponente Forschung** ist von folgender Annahme ausgegangen worden: Mindestens 25 bis 30 Prozent der wissenschaftlichen/künstlerischen MitarbeiterInnen werden für Forschungsaufgaben ohne Lehrverpflichtung ausgewiesen. Bezogen auf einen prognostizierten Personalbedarf für die "Komponente Lehre" in Höhe von rund 12.200 Universitäts-Stellen (ohne Medizin) ist dementsprechend von einem Personalbedarf für die "Komponente Forschung" in Höhe von 2.500 Stellen auszugehen.

14. Für die **Komponente "Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses"** hat der Wissenschaftsrat für die westlichen Bundesländer in der Aufbauphase 10.000 Stellen ausgewiesen, die im Grundbestand des Lehrpersonals nicht enthalten sind. Analog ist für die östlichen Bundesländer mit einem Bedarf in Höhe von ca. 2.500 Stellen für die Komponente "Wissenschaftlicher Nachwuchs" zu rechnen.

15. Für die **Komponente "Dienstleistungen und wissenschaftliche Weiterbildung"** rechnet Michael Weegen mit einem Mehrbedarf in Höhe von zumindes 650 Stellen, eine Zahl, die durch entsprechende Berechnungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und des Wissenschaftsrates gestützt wird.

16. Unter Bezug auf die Empfehlungen der Strukturkommission "Fachhochschule 2000" des Landes Baden-Württemberg und entsprechende Entscheidungen des sächsischen Landtages enthalten die "Eckdaten" Maßnahmen zur **Verbesserung der personellen Infrastruktur an Fachhochschulen**. In einer Relation von 1:1 werden neben den Stellen für FachhochschulprofessorInnen solche für wissenschaftliche MitarbeiterInnen ausgewiesen. Sie sollen für Forschung und Entwicklung, für Dienstleistungen zur Unterstützung der Lehre, für Bibliotheken und Rechenzentren, für Weiter-bildungsaufgaben eingestellt werden.

17. Um den gegenwärtig - oft nur befristet - Beschäftigten für die **"Umstrukturierungs- und Aufbauphase"** jenes Mindestmaß an Arbeitsplatzsicherheit geben zu können, das Voraussetzung jeder - auch der wissenschaftlichen - Arbeit ist, sehen die "Eckwerte" eine **"Umbaukomponente"** vor. Auf zumindest fünf Jahre befristet sollen zusätzliche Stellen ausgewiesen werden: für die Vorbereitung neuer Studiengänge, für die Förderung neuer WissenschaftlerInnen, für Nachqualifizierung und Nachdiplomierung, für die Reintegration von Forschung in den Hochschulen, für die Überleitung der alten in die neue Personalstruktur, für die An-Finanzierung von Forschungsvorhaben, für die zur Zeit noch keine Drittmittelgeber existieren, usw. Weegen rechnet mit einem Zuschlag von 20 Prozent bezogen auf den Grundbedarf für die Komponente "Lehre". Für die neuen Bundesländer sind das 2.400 Vollzeit-Stellen für das wissenschaftliche Personal im universitären Bereich.

18. Auf der Grundlage der beschriebenen Berechnungsmethoden empfiehlt Michael Weegen die Folgenden **"Eckdaten"** für die **"aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern"**:

Tabelle 13:
Entwicklung des Stellenbedarfs im Überblick – Wissenschaftliches Personal (Vollzeitstellen)/ohne Medizin[1]

	1995	2000	2005
Berlin-Ost	3.763	4.796	4.655
Brandenburg	2.178	3.913	4.116
Mecklenburg-Vorpommern	2.272	3.925	4.066
Sachsen	7.795	10.145	10.070
Sachsen-Anhalt	3.604	5.804	5.946
Thuringen	2.476	4.275	4.432
Gesamt	22.087	32.858	33.285
(Personen insgesamt[2])	(26.283)	(39.101)	(39.609)

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)
2) gemäß Relation Stellen/Personal Altländer (1990:85.600/102.056)

Tabelle 14:
Entwicklung des Stellenbedarfs im Überblick – Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeitstellen) /ohne Medizin[1]

	1995	2000	2005
Berlin-Ost	3.941	4.974	4.829
Brandenburg	2.281	4.023	4.229
Mecklenburg-Vorpommern	2.383	4.068	4.213
Sachsen	8.067	10.531	10.454
Sachsen-Anhalt	3.784	6.021	6.167
Thüringen	2.575	4.380	4.539
Gesamt	23.030	33.997	34.431

1) Durchschnittswerte gem. Relationen Altländer (Wissenschaftliches Personal/Technisches und Verwaltungspersonal), vgl. BMBW 1990a, S. 204-205; ohne Stellen für „Zentrale Einrichtungen" (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten).

Tabelle 15:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Neue Bundeslander insgesamt/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	12.220	20.053	20.360
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	5.650	5.650	5.650
	Zusammen	17.870	25.703	26.010
Fachhochschulen		4.216	7.155	7.275
Gesamtbedarf[3]		22.087	32.858	33.285

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 15a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Neue Bundeslander insgesamt/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	19.657	28.273	28.611
Fachhochschulen	3.373	5.724	5.820
Gesamtbedarf[1]	23.030	33.997	34.431

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 16:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Berlin-Ost/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	2.311	3.002	2.895
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	791	791	791
	Zusammen	3.102	3.793	3.686
Fachhochschulen		661	1.003	969
Gesamtbedarf[3]		3.763	4.796	4.655

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 16a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Berlin-Ost/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	3.412	4.172	4.054
Fachhochschulen	529	802	775
Gesamtbedarf[1]	3.941	4.974	4.829

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 17:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Brandenburg/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	1.120	2.297	2.442
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	678	678	678
	Zusammen	1.798	2.975	3.120
Fachhochschulen		380	938	996
Gesamtbedarf[3]		2.178	3.913	4.116

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 17a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Brandenburg ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	1.977	3.273	3.432
Fachhochschulen	304	750	797
Gesamtbedarf[1]	2.281	4.023	4.229

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 18:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Mecklenburg-Vorpommern/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	1.180	2.387	2.494
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	706	706	706
	Zusammen	1.886	3.093	3.200
Fachhochschulen		386	832	866
Gesamtbedarf[3]		2.272	3.925	4.066

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 18a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Mecklenburg-Vorpommern/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	2.074	3.402	3.520
Fachhochschulen	309	666	693
Gesamtbedarf[1]	2.383	4.068	4.213

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 19:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Sachsen/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	4.409	6.356	6.299
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	1.695	1.695	1.695
	Zusammen	6.104	8.051	7.994
Fachhochschulen		1.691[4]	2.094	2.076
Gesamtbedarf[3]		7.795	10.145	10.070

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)
4) Aufgrund der besonderen strukturellen Bedingungen des Landes Sachsen für den Fachhochschulbereich ist der für 1995 ermittelte Bedarf des wissenschaftlichen Personals nicht „kapazitär" abgeleitet, sondern als feststehender Wert aufgenommen worden (vgl. Sächs. Wissenschaftsministerium 1991 Tab. 6). Ohne Berücksichtigung der strukturellen Erfordernisse würde der kapazitär abgeleitete Wert bei 1.242 liegen.

Tabelle 19a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Sachsen/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	6.714	8.856	8.793
Fachhochschulen	1.353	1.675	1.661
Gesamtbedarf[1]	8.067	10.531	10.454

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 20:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Sachsen-Anhalt/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	1.985	3.575	3.693
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	1.017	1.017	1.017
	Zusammen	3.002	4.592	4.700
Fachhochschulen		602	1.212	1.246
Gesamtbedarf[3]		3.604	5.804	5.946

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 20a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Sachsen-Anhalt/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	3.302	5.051	5.170
Fachhochschulen	482	970	997
Gesamtbedarf[1]	3.784	6.021	6.167

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 21:
Stellenbedarf Wissenschaftliches Personal (Vollzeit) - Thuringen/ohne Medizin

		1995[1]	2000	2005
Universitäten/ Kunsthochschulen	Komponente Lehre	1.217	2.436	2.547
	Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung[2]	763	763	763
	Zusammen	1.980	3.199	3.310
Fachhochschulen		496	1.076	1.122
Gesamtbedarf[3]		2.476	4.275	4.432

1) einschließlich Umbaukomponente 20 % Mehrbedarf an Universitäten und Kunsthochschulen
2) Die genaue Verteilung der Personalbedarfe, die aus den Komponenten Forschung, Nachwuchsförderung und Weiterbildung resultieren, auf einzelne Hochschulen und Hochschultypen ist von der jeweiligen Landesstrukturplanung abhängig, daher kann eine vollständige Zuordnung nicht festgeschrieben werden.
3) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

Tabelle 21a:
Stellenbedarf Technisches Personal und Verwaltungspersonal (Vollzeit) - Thuringen/ohne Medizin

	1995	2000	2005
Universitäten/Kunsthochschulen	2.178	3.519	3.641
Fachhochschulen	397	861	898
Gesamtbedarf[1]	2.575	4.380	4.539

1) ohne Stellen für Zentrale Einrichtungen (Bibliotheken, Rechenzentren und sonstige zentrale Betriebseinheiten)

In den am 20/21. Februar 1992 beschlossenen "Flankierenden Maßnahmen zum Personalabbau an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Ost-Berlin" nennt die Kulturministerkonferenz (KMK) einen Personalbestand in Höhe von 22.432 Stellen für das wissenschaftliche Personal. Sie sollen nach Angaben der neuen Länder um 5.884 auf 16.458 reduziert werden.

In den "Flankierenden Maßnahmen..." nennt die Kultusministerkonferenz einen Personalbestand in Höhe von 25.274 Stellen für das Technische und Verwaltungspersonal. Sie sollen nach Angaben der Länder um 7.684 auf 17.410 verringert werden.

Frankfurt a. M., den 11. Mai 1992

Gerd Köhler

Das Gutachten kann bei den GEW-Geschäftsstellen bzw. dem Hauptvorstand in Frankfurt a.M. (Ref. Hochschule und Forschung, Pf. 900409, W - 6000 Frankfurt 90) bezogen werden.

Industrieforschung in den neuen Bundesländern im Umbruch: erste neue Strukturen erkennbar - BMFT-Förderung wird angenommen

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie.
Bonn, 30.4.1992, Nr. 38/92

Zur Situation der industriellen Forschung in den neuen Bundesländern erklärte Bundesminister Dr. Hein Riesenhuber heute in Berlin:

Der Strukturwandel in den neuen Ländern hat auch die industrielle Forschung und Entwicklung erfaßt. Die Unternehmen bauen FuE-Kapazitäten ab, die die DDR aus Autarkiegesichtspunkten aufgebaut oder organisatorisch falsch angesiedelt hat. Angesichts erheblicher Produktions-, Absatz- und Finanzierungsschwierigkeiten sehen sich die Unternehmen gezwungen, sich zunächst auf Aktivitäten zu konzentrieren, die kurzfristig Erträge erbringen.

Ende 1989 gab es in der ehemaligen DDR 87.000 Beschäftigte in FuE in der Wirtschaft. Nach detaillierten Untersuchungen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft dürfte die Zahl Ende 1991 auf 35.000 bis 40.000 zurückgegangen sein. Untersuchungen, die sich im wesentlichen auf Großunternehmen (Ex-Kombinate) abstützen, kommen zu geringeren Zahlen (29.000 FuE-Beschäftigte). Dabei sind jedoch neue FuE-Arbeitsplätze, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen, nicht berücksichtigt. Berechnungen auf der Grundlage der von der Treuhandanstalt ermittelten FuE-Kapazitäten bei ihren Unternehmen und Informationen aus den Programmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) stützen die Zahl von rd. 35.000 bis 40.000 FuE-Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern.

Allein die Förderprogramme des BMFT für die Wirtschaft tragen im Jahr 1992 bei einem Fördervolumen von rd. 430 Mio DM zur Sicherung von rd. 11.000 Arbeitsplätzen in Forschung und Entwicklung in den NBL bei. Dabei handelt es sich überwiegend um Dauerarbeitsplätze, etwa bei neugegründeten technologieorientierten Unternehmen oder bei Neueinstellungen von Forschungspersonal in kleinen und mittleren Unternehmen. Durch eine Überbrückungsfinanzierung im Rahmen des Aufschwungs Ost und durch die Förderung der Auftragsforschung werden bei den Forschungs-GmbHs FuE-Kapazitäten genutzt und zu einer stärkeren Marktorientierung veranlaßt.

Mit Hilfe der Förderprogramme des BMFT schafft der industrielle Mittelstand zunehmend neue Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung. Eine dynamische Entwicklung nimmt die KMU-Förderung des BMFT für die NBL. Das zeigt sich in ständig steigenden Zahlen der Förderanträge und Bewilligungen, die zum einen in enger Wechselbeziehung zur sich konsolidierenden Wirtschaftsentwicklung stehen (Mitte 1991 300 geförderte KMU, heute 1.050) und zum anderen in zunehmenden Maße an neue bzw. privatisierende Unternehmen mit vitalem Interesse an eigener FuE gehen (Mitte 1991 waren etwa 50 %, heute sind etwa 80 % der geförderten Unternehmen private Unternehmen).

Auch der Bundesminister für Wirtschaft (BMWi) wird - mit dem BMFT abgestimmt - 1992 rd. 250 Mio DM in die NBL lenken und damit grob gerechnet zur Erhaltung

weiterer 5.000 FuE-Arbeitsplätzebeitragen. Nachdem auch die Treuhand bei Privatisierungen FuE-Anstrengungen und den Erhalt von FuE-Kapazitäten ausdrücklich anerkennt, sind nunmehr hinreichend Aufmerksamkeit und staatliche Unterstützung auf die Industrieforschung gelenkt worden.

Der BMFT hat in Abstimmung mit der Wirtschaft, dem BMWi, der Treuhandanstalt und den neuen Ländern eine Reihe flankierender Maßnahmen bereits seit Oktober 1990 eingeleitet, um den Unternehmen die Umstrukturierung zu erleichtern und innovative Rahmenbedingungen zu setzen.

Der BMFT konzentriert sich dabei auf die Maßnahmen
- zum Aufbau einer industrienahen **FuE-Infrastruktur,**
- zur Steigerung der **technologischen Wettbewerbsfähigkeit,**
- zur **Existenzgründung** auf technologischer Basis,
- zur technologischen **Mittelstandsförderung.**

Dieses Maßnahmebündel mit einem Umfang von rd. **350 Mio im Jahre 1992** wird von der Wirtschaft in den neuen Ländern rege in Anspruch genommen.

So trägt der Aufbau der **wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur** dazu bei, daß sich die Unternehmen heute bereits an Innovationsberater bei allen Idustrie- und Handelskammern wenden können, daß der **Zugang zu Datenbanken** durch Mitarbeiter und Außenstellen in den NBL sichergestellt und durch Informationsvermittlungsstellen in Halle und Leipzig erleichtert wird. Die sieben Zentren für Informationen und Beratung in neuen Technologiefeldern (CIM und Kunststofftechnik) bieten dem Mittelstand Anlaufstellen, um sich über Lösungsmöglichkeiten und den Stand der Technik informieren und beraten lassen zu können.

Als besonders zukunftsträchtig haben sich bereits heute die neun selbständigen und zwölf Außenstellen von Forschungsinstituten der Fraunhofergesellschaft erwiesen, die zum 01.01.92 gegründet, größtenteils aber schon vorher ihre Arbeit aufgenommen haben. So wurden dort rd. **1.000 anwendungsnahe FuE-Arbeitsplätze** geschaffen. Die FhG-Einrichtungen stehen bereit, Forschungsaufträge für die Wirtschaft vor Ort in den neuen Ländern durchzuführen. Dabei wurde das Spektrum der Forschung der FhG um wesentliche Gebiete wie z.B. Polymertechnik, Elektronenstrahl- und Plasmatechnik, angewandte Optik und Präzisionsmechanik erweitert, Gebiete, in denen die NBL besondere Fähigkeiten und auch hohen Bedarf aufweisen.

Vorrangig ist die **Sicherung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen. Der BMFT unterstützt Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Rahmen seiner Fachprogramme mit der **Projektförderung**, z.B. auf den Technologiefeldern Umweltforschung und -technik, Basistechnologien der Informationstechnik, erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung, Materialforschung, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Für 1992 stehen rd. 750 Mio DM an Projektmitteln in den neuen Ländern zur Verfügung. Ca. 40 %, d.h. 300 Mio DM dürften hiervon Unternehmen zugute kommen, davon rd. 240 Mio DM für die Förderung von FuE-Projekten. Bereits 1991 konnten für diesen Förderblock 140 Mio DM im wesentlichen für Verbundprojekte ausbezahlt werden, bei denen über die Kooperation mit Westpartnern das internationale technologische Niveau erreicht werden soll. Mit diesen Mitteln können in 1992 allein

5.300 Mannjahre FuE-Tätigkeit über Fördermittel abgesichert werden.

Wegen der besonderen Situation der ausgegründeten **Forschungs-Unternehmen** hat der BMFT darüber hinaus im Jahre 1992 aus Mitteln des Aufschwung Ost 80 Mio DM für Überbrückungsfinanzierungen von rd. 250 Projekten bereitsgestellt. Damit werden Bemühungen der Treuhandanstalt, des Bundesministers für Wirtschaft, der selbst 100 Mio dafür aufwendet, und der Länder flankiert, die besonders gefährdeten Personalkapzitäten in diesen speziellen Unternehmen zu unterstützen. Die Forschungs-GmbHs profitieren weiterhin in erheblichem Umfang von der Maßnahme Auftragsforschung als Auftragsnehmer.

Besonders große und in der Wirkung nachhaltige Erfolge hat der BMFT auf dem Gebiet der **Förderung technologieorientierter Existenzgründungen** erzielt. Hier konnte bereits im Juni 1990 durch Absprachen mit dem Ministerium für Forschung und Technologie der ehemaligen DDR und auf Anregung des BMFT mit der Förderung des **Auf- und Ausbaus von Technologie- und Gründerzentren** sowie der Unterstützung technologieorientierter Unternehmensgründungen begonnen werden. Nach 23 Monaten Förderung sind von den 15 Technologie- und Gründerzentren, die vom BMFT in der Aufbauphase gefördert werden, 13 Zentren voll arbeitsbereit. Insgesamt wurden vom BMFT hierfür **32,5 Mio DM** an Bewilligungen ausgesprochen, mit denen die Schaffung von 16.000 qm Gewerbefläche für 225 Jungunternehmen mit heute bereits **1.000 hochwertigen Arbeitsplätzen** erleichtert wurde. Im Endausbau (1993) zielte diese Förderung von dann etwa 40 Mio DM auf 77.500 qm Gewerbefläche für 500 - 600 Jungeunternehmen mit 5.000 bis 6.000 Beschäftigten. Dazu kommen noch zehn weitere Zentren, die vom BMFT lediglich in der Planungsphase gefördert wurden. Etwa die Hälfte dieser Zentren ist mittlerweile ebenfalls betriebsbereit, wobei der eigentliche Ausbau unter Einsatz erheblicher Mittel bzw. Mitteln der EG erfolgte. Besonders erfreulich ist, daß die neuen Länder inzwischen fünfzehn weitere Technologie- und Gründerzentren in eigener Regie aufbauen, die voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren in Betrieb gehen werden. Damit werden die NBL über einen vergleichsweise dichten Besatz an Technologie- und Gründerzentren verfügen, einer wichtigen Voraussetzung für einen dynamischen und innovativen Mittelstand.

Auch der Modellversuch **Technologieorientierte Unternehmensgründungen** (TOU) ist von den Existenzgründern in den NBL überraschend stark in Anspruch genommen worden: bis 31.03.92 wurden 576 Konzepte zur Gründung eingereicht. Diese Konzepte wurden dann im Rahmen der umfassenden Gründungsberatung zu Förderanträgen konkretisiert, mit denen bereits 82 Unternehmensgründungen (34 Konzeptionsphasen, 56 FuE-Phasen) im Umfang von bislang 43,2 Mio DM gefördert werden konnten. 200 weitere Anträge sind noch in Bearbeitung. Allein mit diesem Programm sind **rd. 400 neue Arbeitsplätze** für Forscher und Enwtcikler geschaffen worden.

Abgerundet werden die Hilfen des BMFT für die Umstrukturierung der Industrieforschung in den NBL durch die für die **technologiebezogene Mittelstandförderung** zur Verfügung stehenden Mittel. Seit September 1990 konnten allein mehr als 1.050 Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Einstellung von Forschungspersonal (ZFO) und der Vergabe bzw. Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen (AFO und AWO) unterstützt werden.

Mit der **Forschungspersonal-Zuwachsförderung** (ZFO) hat der BMFT 400 Firmen seit 19 Monaten bei der **Einstellung von 1.200 Mitarbeiter(innen)** in FuE unterstützt; davon allein in den letzten 9 Monaten 280 Unternehmen mit 830 neu eingestellten FuE-Mitarbeitern. Es konnten bislang 14,5 Mio DM (Mitte 1991: 2,2, Mio DM) nach einer **Bearbeitungszeit von nur vier Wochen** bewilligt und weitere 10 Mio DM in 1992 und 2,2 Mio DM in 1993 festgelegt werden, da der BMFT die neueingestellten Mitarbeiter seit 1992 mit 50 % (vorher 70 % bzw. 60 %) 15 Monate lang ab Einstellung fördert.

Mit der **Auftragsforschung Ost** (AFO) wird den Unternehmen in den NBL der Zugang zu externem know how erleichtert. Der BMFT trägt 50 % der Auftragssumme und konnte für 465 Anträge von 346 Unternehmen über 36,5 Mio DM Fördersumme bewilligen (Mitte 1991: knapp 17 Mio DM). Gesamtziel der bis Ende 1993 laufenden Maßnahme sind etwa 2.000 Bewilligungen. Bislang konnten durch diese Maßnahme allein in den NBL rund **2.500 Arbeitsplätze für FuE** zeitweilig gesichert werden.

Die **Auftragsforschung-West-Ost** wurde ab 1992 eingeführt, um FuE-Aufträge in die NBL zu lenken, wo teilweise hervorragende Kapazitäten nicht ausgelastet sind. Von bislang 221 Anträgen konnten nach vier Wochen Prüfungsdauer bereits 165 Bewilligungen mit Zuschüssen von insgesamt rd. 10 Mio DM (Förderquote 40 bis 35 %) an 150 Auftragnehmer ausgesprochen werden. Die Förderung hilft den FuE-Anbietern, über Preisnachlässe in den gerade im Westen sehr umkämpften Markt für FuE-Leistungen einzudringen und Referenzaufträge zu erhalten. So wurden bislang zumindest 500 Arbeitsplätze für Forscher und Entwickler zumindest zeitweise gesichert.

Für die zuletzt genannten drei Programme stehen im Jahre 1992 rund 65 Mio DM zur Verfügung. Es ist zu erwarten, daß diese Programme auch weiterhin stark vom sich entwickelnden Mittelstand als Hilfe zur Selbsthilfe in Anspruche genommen werden.

Auch das 1992 gestartete indirekt-spezifische Programm zur Einführung der rechnerintegrierten Fertigung (CIM) zielt auf den Mittelstand. Es liegen bereits 184 Anträge auf 46 Mio DM Zuwendungen vor. Insgesamt stehen 100 Mio DM bis Ende 1995 zur Verfügung.

Bei der Forschungsinfrastruktur, bei der Förderung eines innovativen wirtschaftlichen Mittelstands und bei der projektbezogenen Förderung von industriellen FuE-Vorhaben hat der BMFT zu spürbaren Verbesserungen der Lage in den neuen Ländern beigetragen. Rund 11.000 Arbeitsplätze für FuE - die sich aus der Wirkung der einzelnen Programme ergeben - werden allein in 1992 über die BMFT-Förderung unterstützt, das ist etwa jeder dritte Arbeitsplatz in FuE in den neuen Ländern. Entscheidend für die Zukunft der Wirtschaft in den neuen Ländern bleibt aber, daß die Unternehmen selbst aus eigener Initiative der Forschung und Entwicklung die Priorität einräumen, die ihnen in einem für den Welthandel offenen High-Tech-Land gebührt.

Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF): Memorandum zu den Perspektiven der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) hat bei ihrer Mitgliederversammlung am 11. März 1992 in Potsdam die Aufnahme der drei Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern - GeoForschungsZentrum (GFZ) in Potsdam, Max-Delbrück-Centrum (MDC) in Berlin-Buch und Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) - beschlossen. Aus diesem Anlaß hat die AGF das vorliegende Memorandum zu den Pespektiven der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland verabschiedet.

I. Wissenschaftliche Entwicklung

Die Großforschungseinrichtungen sind ein konstituives und unverzichtbares Element der deutschen Forschungslandschaft. Ihre Arbeit als nationale Forschungszentren ist charakterisiert durch Errichtung und Betrieb von Großgeräten, die Bearbeitung von komplexen interdisziplinären Gebieten, von Langzeitvorhaben im Vorsorgebereich und von aufwendigen Forschungsprojekten im Vorfeld indutrieller Entwicklung. Die Großforschungseinrichtungen sind damit in zahlreichen Bereichen das Instrument, um langfristige Ziele anzugehen und im Rahmen dieser Zielsetzungen auf aktuelle Erfordernisse schnell und wirkungsvoll zu reagieren.

Die AFG begrüßt daher die vom Wissenschaftsrat empfohlene und von Bund und Ländern vollzogene Gründung von drei neuen Großforschungseinrichtungen - dem GeoForschungsZentrum (GFZ) in Potsdam, den Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) in Berlin-Buch und dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) - sowie die Errichtung neuer Standorte, Außenstellen und Forschergruppen bestehender Einrichtungen. Ohne derartige Einrichtungen wäre die Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern unvollständig.

Für die neuen Einrichtungen haben die Gründungsorgane eigenständige Forschungsprogramme mit großforschungsspezifischen, interdisziplinären Aufgaben erarbeitet. Aufbauend auf hervorragenden Forschungskapazitäten in den neuen Bundesländern, setzen die Einrichtungen neue Akzente. Sie sind geeignet, die Entwicklung ihrer Wissenschaftsgebiete erheblich zu fördern und wichtige weiterführende Impulse für sie zu geben.

Die neuen Einrichtungen werden - wie schon die bestehenden Großforschungseinrichtungen - die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in besonderem Maße pflegen. Die Konkretisierung der Zusammenarbeit wird jedoch Zeit erfordern. Trotz des guten Willens auf beiden Seiten sind gemeinsame Berufungen derzeit noch die Ausnahme, da die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen vielfach noch nicht genügend definiert sind. Für zahlreiche geplante Verbundprojekte ist daneben ie Finanzierung derzeit noch nicht sichergestellt.

Viele Aufgaben der Großforschungseinrichtungen sind längst über den nationalen Rahmen hinausgewachsen. Die Großforschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland sind daher heute Elemente nicht nur eines europäischen, sondern eines internationalen Verbundes. Gerade die Einrichtungen in den neuen Bundesländern werden ihre vielfältigen Kontakte zu den Forschungsinstituten in den mittel- und osteuropäischen Ländern fortführen und ausbauen

II. Finanzentwicklung

Die besonderen Anforderungen der deutschen Einigung an die Haushalte des Bundes und der Länder haben Konsequenzen für alle öffentlich finanzierten Bereiche. Wissenschaft und Forschung haben in den letzten Jahren auf vielfältige Weise Beiträge zur deutschen Einigung geleistet und werden dies auch zukünftig tun. Aber selbst in schwierigen Zeiten sollte sich der hohe Stellenwert, den Forschung und Technologie nach allgemeinem Konsens für die Entwicklung dieses Landes besitzen, im Bundeshaushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung widerspiegeln

Die AGF wiederholt ihre Überzeugung, daß eine angemessene Finanzausstattung der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland unerläßlich ist. Dies sieht sie bei den derzeitigen Planungen weder in den neuen noch in den alten Bundesländern als gesichert an.

Für die Einrichtungen in den neuen Bundesländern stellen sich einige besondere Probleme, deren rasche Lösung unabdingbare Voraussetzung für ihren erfolgreichen Aufbau ist:

- Die neuen Einrichtungen haben für 1992 eine Finanzierung erhalten, die ihnen die Aufnahme des Forschungsbetriebs ermöglicht. In den kommenden Jahren müssen zusätzliche Mittel für die Sanierung vorhandener Bauten oder die Planung und Errichtung notwendiger Neubauten, für die Verbesserung der in vielen Bereichen noch unzureichenden Geräteausstattung und für die schrittweise Angleichung des BAT-Ost zur Verfügung gestellt werden.

- Die Wohnungssituation in den neuen Bundesländern behindert auf absehbare Zeit nicht nur die Anwerbung neuer Mitarbeiter. Sie stellt auch eine hohe Barriere gegen Aufenthalte von Gastwissenschaftlern dar, die für die universitären und außeruniversitären Einrichtungen fruchtbare Anregungen geben und neue Verbindungen eröffnen können. Die Errichtung von Wohnungen für Mitarbeiter und Gastwissenschaftler ist daher für das Erreichen der Gründungsziele der Einrichtungen von essentieller Bedeutung.

- Die AGF fordert Bund und Länder auf, den Einrichtungen zumindest den Personalumfang dauerhaft zu ermöglichen, den der Wissenschaftsrat für sie empfohlen hat.

Das Bestreben des Wissenschaftsrates, zum Teil neuartige Konzepte der Forschung in den neuen Bundesländern zu realisieren, wird nachdrücklich begrüßt. Die derzeitigen Schwierigkeiten beim Aufbau der Infrastruktur sind in mehreren Bereichen nicht aus-

schließlich quantitativer Natur, sondern gefährden den Aufbau des Gesamtkonzeptes in prinzipieller Weise.
Für die Großforschungseinrichtungen in den alten Bundesländern drohen erhebliche Substanzverluste in den kommenden Jahren. Die vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen greifen in langfristig angelegte wissenschaftliche Programme ein und beeinträchtigen den Verbund mit Kooperationspartnern in Hochschulen und Industrie. Die Gesamtsituation erschwert es den Einrichtungen - trotz der von Bund und Ländern gewährten Sondermittel für Doktoranden und Postdoktoranden - erheblich, drängende neue Forschungsprobleme mit jungen Wissenschaftlern anzugehen und damit die immer notwendige Verjüngung des Personals weiterzuführen.

III. Mehr Forschung ist notwendig

Die AGF fordert, die Aufwendungen für die deutsche Wissenschaft - im Verhältnis zu den vergrößerten Aufgaben im vereinigten Deutschland und in Relation zum Gesamthaushalt - zu erhöhen. Die Bundesrepublik braucht nicht weniger, sondern mehr Forschung, wenn ihre international führende Stellung als Industrienation nicht gefährdet werden soll. Die alten wie die neuen Großfroschungseinrichtungen und ihre Wissenschaftler werden ihren Beitrag leisten, damit auch in Zukunft Erfolge erzielt werden können.

(AGF-Mitteilungen. Berichte aus der AFG. Nr. 45-1992)

Erklärung des Aktionskreises "Neue Humboldt-Universität"

Spätestens seit der deutschen Einheit wird über die Erneuerung und Vergangenheitsaufarbeitung an der Humboldt-Universität bereits diskutiert. Hat sie sich aber erneuert?

Wahrlich, Erneuerung wie Vergangenheitsaufarbeitung sind relative Begriffe, im Spiegel von 40 Jahren DDR-Vergangenheit könne sie jedoch nur Verabschiedung der alten Denkschemen zum Inhalt haben. Dies zieht in aller Konsequenz nach sich, daß Hochschullehrer wie Mitarbeiter, die über die SED aufgestiegen sind, zumindest nicht in den nächsten Jahren in führenden Positionen der Humboldt-Universität tätig sein können. Streng genommen hätte es zum Anstand gehört, daß dieser Personenkreis sich nach der hinreichend bekannten DDR-Hochschulvergangenheit von selbst aus seinen Positionen zurückzieht. Ganz das Gegenteil ist heute noch der Fall, sie fühlen sich rechtmäßig in ihren Ämtern und haben sich auch gut in demokratischen Gremien etabliert.

Diesem Unwillen konsequenter als bisher entgegenzutreten, fand sich eine nicht-SED-belastete Öffentlichkeit der Humboldt-Universität unter dem Namen "Aktionskreis Neue Humboldt-Universität" zusammen. Ausgangspunkt waren die Gemeinsamkeiten der Wählerlisten "Neue Universität", "Vivat-Charité" und "Humboldt-Forum". Daraus resultierte Ende Februar der Gründungsaufruf des Aktionskreises, der sich u.a. einsetzt für:

- eine gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit als Voraussetzung für eine konsequente geistige und personelle Erneuerung der Universität auf allen Ebenen;

- die Beendigung der von den alten Mächten gesteuerten Politik der Konfrontation mit der Landesregierung und für einen konstruktiven Dialog mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung;

- die Zusammenarbeit aller demokratischen politischen und hochschulpolitischen Gruppierungen zur Abwehr der noch immer einflußreichen alten Kräfte.

Ferner heißt es im Gründungsaufruf:

"...Wir stimmen nicht überein mit dem vom ehemaligen Rektor und einer Mehrheit des Akademischen Senats propagierten Weg der Scheinerneuerung, die allein auf den Erhalt alter Machtpositionen hinauslief. Den Ruf nach "Autonomie" betrachten wir in der gegenwärtigen Situation als demagogisch, verbirgt sich doch hinter ihm die Bestrebung, den Besitzstand alter Parteikader zu erhalten. Auch wir sind natürlich für Autonomie. Sie muß aber von Kräften getragen sein, denen wir die Wende zur Demokratie zu verdanken haben..."

Kurzfristig setzt sich der Aktionskreis ein für:

- Zusammenführung aller Hochschulangehörigen, die sich für eine echte Erneuerung, also gegen die bisherige hochschulpolitische Orientierung einsetzen;

- Erarbeitung von klaren Kriterien zur Beurteilung der persönlichen Integrität von Wissenschaftlern und Ärzten, die in ihren bisherigen Positionen übernommen werden wollen; Forderung nach Anwendung dieser Kriterien durch alle Struktur- und Berufungskommissionen;

- Einleitung der personellen Erneuerung auch in den höheren Verwaltungsebenen der Universität;

- Verbesserung des Bildes der Humboldt-Universität in der Öffentlichkeit; Es muß deutlicher werden, daß es in ihr Kräfte gibt, die sich entschieden gegen die Dominanz alter Kader wehren.

- Ermutigung der zahlreichen unbelasteten, fachlich qualifizierten und persönlich integeren Universitätsmitglieder zur eigenständigen Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte.

Zu einer ersten Aktivität des Aktionskreises gehörte die Erarbeitung einer Vorlage für den Akademischen Senat der Humboldt-Universität, die eine Einschätzung zur persönlichen Integrität von Hochschullehrern wie Mitarbeitern auf rein gesetzlicher Basis vorsieht. Diese Vorlage wurde am 14. April vom Akademischen Senat der Humboldt-Universität angenommen und harrt nun ihrer Umsetzung durch die Struktur- und Berufungskommissionen. Zur Unterstützung dieses Prozesses hat der Aktionskreis im Mai 1992 ein Merkblatt verteilt, das die wesentlichen Gesetze nennt und ihren Inhalt gestrafft wiedergibt. Daraus geht der Kreis ehemaliger Funktionsträger hervor, angefangen vom Kampfgruppenkommandeur bis hin zu Nomenklaturkadern, denen im Sinn des Einigungsvertrages persönliche Nichteignung zugeordnet wird.

Der Aktionskreis ist gegen jeder Art von Schematismus, fordert aber eine Einzelfallpüfung durch ein SED/PDS-unbelastetes Gremium.

Dem Aktionskreis haben sich bisher mehr als 70 vorwiegend Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter angeschlossen.

Aktionskreis
"Neue Humboldt-Universität"

Projekt Netzwerk Wissenschaft
Beratungsstelle für arbeitslose AkademikerInnen

Inhaltliche Beschreibung:

Ratsuchende sollen sich informieren können, sei es im Beratungsgespräch, durch Vorträge oder durch Selbststudium von Lektüre. Wesentlicher Bestandteilo dieses Service ist die Herstellung von Kontakten zu anderen WissenschaftlerInnen, die als mögliche Kooperationspartner in Frage kommen. Für Fragestellungen und Projektideen, die aus der Gemeinde oder von anderen freien Trägern kommen, sollen ausführende WissenschaftlerInnen und Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. Das Projekt soll damit auch Anlaufstelle für kommunale Interessenten sein, die wissenschaftliche Fragen zu lösen haben und enstprechende Spezialisten suchen. Ziel des Projekts ist es also, eine Anlaufstelle für arbeitslose WissenschaftlerInnen und Interessenten/Benutzer von Wissenschaft gleichermaßen zu schaffen, die (1) als Ideenbörse für wissenschaftliche Projekte und entsprechende Anträge fungieren kann, die (2) Beratung über Projektanträge, Forschungsförderung und alternative Finanzierungsmöglichkeiten leisten kann, die (3) Kontakte zwischen WissenschaftlerInnen, speziell zwischen alten und neuen Bundesländern herstellen kann, und die (4) Hilfe bei der Bewältigung von Arbeitslosigkeit anbieten und Arbeitsmarktverhalten in Richtung aktiver Problembewältigung verändern kann.

Organisationsform: ABM-Projekt, **Träger:** Förderkreis demokratischer WissenschaftlerInnen e.V.

Beteiligte: 5 WissenschaftlerInnen (Sozialwissenschaften, z.T. promoviert, HUB und AdW)

Kooperationspartner: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) Marburg; Projekt "Technikfolgeabschätzung und alternative Wissenschaft" (TAAWO) Hamburg

Finanzierung: 1. ABM-finanziert, 2. teilfinanziert durch Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wadels in den Neuen Ländern

Publikationsvorhaben: Studie: Zum beruflichen Entscheidungsverhalten von WissenschaftlerInnen in ABM-Stellen

Kontakt: "Netzwerk Wissenschaft" c/o Dr. Klaus Labsch, Eichendorffstr. 16, O - 1040 Berlin, Tel. 28 26 894

"Dokumentation und Darstellung hochschulpolitischer Vorgänge an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Herbst 1989 bis heute" ABM-Projekt

Seit den Herbsttagen 1989, in denen die Menschen in der ehemaligen DDR massenhaft auf die Straße gingen und damit die Wende einleiteten, sind kaum 2 1/2 Jahre vergangen. Trotzdem fällt es heute selbst denen, die diese Zeit aktiv miterlebten, schwer, die wichtigsten Stationen mit einiger Sicherheit noch einmal gedanklich zu rekapitulieren. Auch für die Humboldt-Universität war dies eine Zeit sich überschlagender Ereignisse, die vor allem vom ständigen Ringen um eine selbstbestimmte Erneuerung geprägt wurden. Da war die Diskussion um neue, demokratische Universitätsstrukturen, die in der Verabschiedung des Universitätsstatuts gipfelten. Da war der Kampf gegen die Abwicklungsbeschlüsse der Berliner Landesregierung - die Klage der Universität gegen die Beschlüsse, die Demonstrationen und die Mahnwache gegen die Abwicklung, die Besetzung der Universität durch Studenten usw. Und da war die jüngste Protestaktion gegen die fristlose Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Heinrich Fink.

Heute scheint vieles von dem, was getan und gedacht wurde, bereits vergessen. Und viele von denen, die es getan und gedacht haben, sind schon nicht mehr an der Universität oder werden diese bald verlassen. Zeiten so tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen, wie wir sie jetzt erleben, haben es oft an sich, daß sie für spätere Untersuchungen nur schwer zugänglich sind, weil die in ihnen ablaufenden Ereignisse nur unvollständig dokumentiert wurden. Daher reifte bei zwei Mitarbeitern des Instituts für Geschichtswissenschaften bereits vor geraumer Zeit die Idee, ein ABM-Projekt zu initiieren, das sich mit der "Dokumentation und Darstellung hochschulpolitischer Vorgänge an der Humboldt-Universität zu Berlin vom Herbst 1989 bis heute" beschäftigt. Inzwischen sind es drei Mitarbeiterinnen, die trotz widriger Umstände in Form fehlender Sachmittel den Versuch unternehmen, eine Chronik der jüngsten Geschichte unserer Alma mater zu schreiben. Am Beginn unserer Arbeit stand zunächst die Erarbeitung einer Chronologie der wichtig-sten Ereignisse dieser Zeit. Davon ausgehend wollen wir nun gezielt Quellen erschließen, Archivalien sichern und Interviews mit Zeitzeugen führen. Es geht uns nicht um eine Bewer-tung der Ereignisse, dazu fehlt uns wohl allen um Moment der für eine objektive Betrach-tung notwendige Abstand. Aber wir wollen durch unsere Arbeit die Ausgangsbasis für zukünftige Untersuchungen verbessern helfen, indem wir Material dieser Zeit für das Ar-chiv der Universität sichern. Mancher fragt sich vielleicht, ob das alles überhaupt einen Sinn hat, ob sich in Zukunft überhaupt jemand dafür interessiert, was in dieser historisch gesehen so kurzen Zeit an der Humboldt-Universität geschehen ist, wo doch schon heute kaum jemand etwas genaueres darüber wissen will. Aber es ist unsere Geschichte, die geschrieben werden soll. Und wer außer uns, kann die Grundlagen dafür legen?

Einigen Kollegen der Universität sind wir inzwischen durch unsere "aufdringlichen" Fragen nach Unterlagen sicher schon bekannt, andere werden uns sicher noch kennenlernen. Wir würden uns aber auch freuen, wenn sich nach dem Lesen dieses Artikels der eine oder andere findet, der uns in unserem Vorhaben mit Hinweisen oder Zeitdokumenten unterstützen könnte.

Kontaktadresse: Marion Höppner, Wisbyer Str. 25, O - 1071 Berlin

GELESEN

Im folgenden drucken wir zunächst zwei andernorts erschienene Rezensionen des gleichen Buches nach. Der Reiz dieses Nebeneinanderstellens ergibt sich aus der unterschiedlichen Sicht der Rezensenten: der eine schreibt als Out-, der andere als Insider. Die daraus entstehende unterschiedliche Rezeption der gleichen Vorlage transportiert wohl mehr als nur voneinander abweichende Bewertung des besprochenen Bandes.

Norbert Kapferer: **Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988.** Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1990; XII. u. 457 S., DM 75,- (für Mitglieder DM 56,-)

Mitunter hat man das Glück des Tüchtigen. Als der Berliner Philosophiehistoriker Norbert Kapferer Ende 1989 seine Studie über Feindbilder in der Philosophie der DDR abschloß, endete der untersuchte Zeitraum ein Jahr zuvor. Dann kam die politische Wende in der DDR; und in dem knapp einen Jahr dazwischen ist nicht mehr soviel »passiert«, als daß diese Untersuchung nun nicht den Rang einer umfassenden und zugleich resümierenden Analyse der Haltung der DDR gegenüber der viel geschmähten und zugleich leidenschaftlich verfolgten »bürgerlichen Philosophie« beanspruchen könnte. Resümierend - das heißt in diesem Fall auch, daß sowohl der Fachmann mit einer Fülle von Thesen und Meinungen die Geschichte der Philosophie des Marxismus-Leninismus in vierzig Jahren DDR verfolgen kann, als auch der Nicht-Spezialist die bedrückende Subordination der »Königin der Wissenschaft« unter die Ansprüche der Politik erlebt.

Denn Philosophie in der DDR, das bedeutete ganz selbstverständlich Marxismus-Leninismus als einzige geduldete, in allen Hoch- und Fachschulen als Pflichtfach durchgesetzte Disziplin auf dem Weg zu Wahrheit und Erkenntnis. Nur kurz währte nach 1945 die Phase, in der andere philosophische Meinungen noch geduldet, d.h. Nichtmarxisten auf Lehrstühlen an den Universitäten akzeptiert wurden. Spätestens mit Gründung der DDR war diese Toleranz zu Ende. Philosophie bedeutete fortan Marxismus, dessen Erkenntnisziele freilich von der Staatspartei vorgegeben wurden.

Kapferers Studie ist ein einziger Beleg für die völlige Unterordnung der Philosophie unter die Ansprüche der SED bis in die allerletzten Monate der SED-Herrschaft. Die Philosophen hatten den Auftrag, die politischen Ansprüche der Partei ideologisch zu untermauern, zu rechtfertigen und polemisch gegen andere Denkrichtungen zu verteidigen. Treffend bemerkt der Autor, daß sich der Marxismus-Leninismus »wie kaum eine andere philosophische Richtung« über seinen Antipoden, eben die »bürgerliche Philosophie«, definierte und legitimierte. Dieser ständige Klassenkampf beanspruchte die Philosophie derart, daß sie zur Analyse anderer grundlegender philosophischer Probleme in Ansätzen eigentlich erst in den achziger Jahren kam.

Kapferer unterteilt sein Buch in drei große Abschnitte: Zunächst werden die fünfziger Jahre behandelt mit ihren - heute in ihrer maßlosen Heftigkeit kaum noch verständ-

lichen - Attacken gegen westliche Philosophen wie Sartre, Jaspers oder Heidegger, aber auch mit der Verurteilung der »Revisionisten« Bloch, Lucács und Harich (der im wahrsten Sinne des Wortes verurteilt wurde zu langjährigen Haftstrafen). Der zweite bis in die frühen sechziger Jahre reichende Teil bringt die vielzitierten Auseinandersetzungen mit »Neothomismus« (Georg Klaus' »Anti-Wetter«) und mit westlicher Technikphilosophie. Bezeichnenderweise beginnt dann der dritte Teil erst mit den achtziger Jahren, die die teils erstaunliche Kehrtwende in Sachen Jaspers, Bloch, Lukács und Freud bringen, die jetzt auf einmal »bürgerliche Humanisten« werden, teilweise von denselben Leuten gefeiert, die sie noch Jahre zuvor als »Revisionisten« oder »Atomphilosophen« verhöhnt hatten. Allzu deutlich spürte man wohl selbst in der Parteiführung (für deren Kurs in Sachen Philosophie über Jahrzehnte hinweg Kurt Hager verantwortlich war), in welch provinzielle Enge man sich selbst gegenüber den osteuropäischen Bruderstaaten manövriert hatte.

Es ist vielleicht der größte Verdienst dieser Studie, diesen ständigen »Klassenkampf« der »Kaderphilosophen« (so der etwas polemische, aber doch so zutreffende Ausdruck Karpferers) geradezu minutiös, d.h. unter Zitierung wirklich aller wichtigen Quellen belegt zu haben. Wichtig ist das besonders für die Frühzeit der DDR; nur noch wenige erinnern sich der damaligen Auseinandersetzungen, die nichts mehr mit philosophischen Disputen zu tun hatten, sondern meist gnadenlose Abrechnungen waren, für »Revisionisten« im eigenen Lager mit oft bösen Folgen. Karpferer hat eine Fülle von Quellen herangezogen, die bislang nur schwer zugänglich waren; hat diese mit der Anteilnahme des Zeitzeugen gewertet und gewichtet und mit einigen Exkursen etwa zur Lukács- oder Schleiermacher-Rezeption in der DDR durch behutsame eigene Interpretation der Freude am Gedanken - ja der Freude am Denken - Genüge getan (Eine kleine Anregung für den Fall eines Nachdrucks: die wichtigsten »Kaderphilosophen« sollte man kurz vorstellen, denn wer kennt sie heute noch, die Mende, Grop, Klaus, Ley, Kosing oder Buhr, manche - wie etwa Klaus - streng auf Linie der Partei und doch zugleich deren Opfer). Kaum ein wichtiges Thema scheint ausgelassen; allenfalls die doch auch stattgefundene, wenn auch zögerliche Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, Habermas) fehlt. Philosoph in der DDR zu sein - das war nichts Beliebiges. Wer vom Kurs abwich, geriet schnell in existentielle Nöte und sah sich Gefährdungen ausgesetzt. Aber das wäre schon ein anderes Buch, das Karpferers vorzügliche Arbeit notwendig ergänzen müßte.

Dirk Klose

(aus "Das Parlament" 43/1990)

Ein Staat ist untergegangen. Ist damit auch das Philosophieren, das in diesem Staat zu finden war, untergegangen? Sicherlich nicht. Sicher ist aber auch, daß die philosophische Leitideologie dieses künstlichen Staatsgebildes DDR, die neostalinistische marxistisch-leninistische Philosphie innerhalb der DDR, tot ist. Der offene Ausbruch ihrer Krise in der Wende, in der Umkehr der Deutschen Demokratischen Republik, die sicherlich nicht war, was sie sein sollte, ist das Ende der marxistisch-leninistischen Philosophie auch in der ehemaligen DDR. Diese Philosophie vermochte uns keine

adäquate Orientierung davon zu geben, was in der Welt und in unserer Alltagswelt tatsächlich geschah. Sie hat daher ihre Daseinberechtigung im Leben der Menschen verloren. Endgültig! Durch Weltfremdheit scheiterte sie in und an dieser Welt. Wie aber kam diese Weltfremdheit der marxistisch-leninistischen Philosophie zustande, wodurch wurde sie befördert, was forderte sie geradezu ein?

Die Antwort von Norbert Kapferer ist sehr stark typologisierend und daher klar wie auch entschieden: Die marxistisch-leninistische Philosophie wurde spätestens nach der politisch erzwungenen Emeritierung von Ernst Bloch an der Alma Mater Lipsiensis eine neostalinistische Kaderphilosophie, die mit ihrem deutschen Perfektionierungswahn sogar ihr Vorbild, die marxistisch-leninistische in der Sowjetunion, übertraf. Als Kaderphilosophie war die von Kapferer analysierte Philosophie innerhalb der DDR Bestandteil eines "Parteimarxismus", der nicht nur parteikontrollierter, sondern auch parteikontrollierender Marxismus war. Das bedeutete in bezug auf die marxistisch-leninistische Philosophie in der DDR, daß sie nicht nur von der SED und deren Machteliten instrumentalisiert wurde, sondern sich selbst freiwillig für den Dienst an der Revolutionierung der Welt im roh-kommunistischen Verständnis instrumentalisierte. Die heutigen vermeintlichen Opfer wurden freiwillige Täter. Das zeigt sich klar in der "Gründergeneration" der Kaderphilosophie in der DDR, deren erster typischer Vertreter Gerhard Harig seine akademische Karriere an der Universität Leipzig wesentlich begründete. Die zweite Generation dieser Kaderphilosophie hielt zwar an dem Feinbild der staatsoffiziellen Philosophie der DDR scheinbar fest, das mittels Dogmatisierung der Lukács'schen Konzeption der "Zerstörung der Vernunft" durch die sogenannte spätbürgerliche und irrationalistische Philosophie geprägt wurde. Aber diese Generation förderte innerhalb des marxistisch-leninistischen Philosophierens der DDR wiederum eine Generation von Philosophieideologen, die ideologischen Verbalradikalismus durch sachkompetente philosophiehistorische Arbeiten zu ersetzen suchten, insbesondere in dem Forschungsfeld von Romantik, Lebensphilosophie und Existentialismus, die als die eigentlichen Hauptgegner der staatsoffiziellen Philosophie der DDR fungierten. Kapferer ist so u.a. anhand der Heidegger-Rezeption des Hallenser Philosophiehistorikers Hans-Martin Gerlach, der aus der Leipziger philosophie-historischen Schule Helmut Seidels kommt, bemüht zu zeigen, daß sich in diesen Liberalisierungs- und Pluralisisierungstendenzen in der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR Ansätze zu einer kritischen, philosophischen Öffentlichkeit ergaben wie auch vereinzelte Versuche, das herrschende philosophische Feindbild zu problematisieren, abzumildern, zu reformieren und in Frage zu stellen. Der 9. November 1989 hatte auch seine geistigen Vorläufer in der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR - so eine der kühnen Schlußfolgerungen, die Kapferers fleißige, im Detail oftmals zu präzisierende Analyse nahelegt. Dies soll nicht zur Verteidigung der ML-Philosophie bemerkt werden, sondern um kritisch mit ihr abzurechnen, um abzurechnen mit Denkformen, die zur Unreformierbarkeit eines Gesellschaftssystems gleichzeitig beitrugen, insofern sie innerphilosophisch durchaus radikale Reformen anstrebten, sich aber mit einer fragmentarisierten Öffentlichkeit für Experten befrieden ließen. Mehr wäre möglich gewesen. Abzurechnen gilt es mit Denkformen, die an der Illusion der inneren Reformierbarkeit einer sich von der Weltkultur abkoppelnden DDR-Kultur festhielten, ohne mit dieser Unkultur in aller Öffentlichkeit zu brechen. Abzurechnen gilt es mit Denkformen, die die Ar-

beitskraft von Menschen für die Reform eines Systems (auch der Philosophie) beanspruchten, das nicht zu reformieren war, mit dem man nur brechen konnte, um es radikal umzugestalten. Abzurechnen gilt es mit einer philosophischen Praxis, die durch diese Illusionen die systematische Verschwendung von lebendiger Arbeit, von Hoffnungen, von Geist und Gefühl legitimierte und die Tatkraft Tausender vernutzte.

Die entscheidende Schwäche des Buches von Kapferer besteht darin, daß er gezwungen war, sozusagen in Außenperspektive zu schreiben. Das führte dazu, daß er die sogenannte "graue Literatur" des Philosophierens auch in der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR oftmals gar nicht kennt. Mangelnder Zugang zu den Archiven bewirkt weiterhin, daß er entscheidende Details für die Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR wie z.B. die Berufung Ernst Blochs an die Leipziger Universität nur oberflächlich aus Lukács'scher Perspektive einschätzt (S.49-50). Die Unterscheidung des "frühen" und des "späten" Wolfgang Heise thematisiert er gar nicht, die aber entscheidend für die marxismuskritische bzw. nachmarxistische Generation in der DDR-Philosophie gewesen ist, die dann nicht mehr kaderphilosophisch(ver-)endete. Unter diesem Gesichtspunkt wären auch die Ansätze von Lothar Kühne und Lothar Kleine zu diskutieren, die Kapferer offenbar nicht bekannt sind. Die Position Wolfgang Försters wird völlig falsch eingeschätzt. Gerade Förster war als Gropp-Schüler einer der letzten orthodoxen Kaderphilosophen in der staatsoffiziellen Philosophiegeschichtsschreibung der DDR (S.249/250). Kapferer thematisiert ganz ungenügend das Verhältnis der von ihm analysierten Lehre und Forschung in den Expertenkulturen der DDR zu der praktizierten Philosophie des Marxistisch-Leninistischen Grundlagenstudiums und den anderen politischen und militärischen Organisationen der DDR. Diese Organisationen aber waren entscheidend für die Darstellung der von Kapferer analysierten philosophischen Lehre und Forschung im ideologischen Alltag der DDR. Des weiteren sieht er nicht klar genug, daß das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR auch ein Vorbild für die Aneignung der sogenannten spätbürgerlichen Philosophie nicht nur im negativen Sinne, sondern auch im positiven Sinne war. Dies ist aber freilich nur aus der Binnenperspektive erfahrbar gewesen. Er zieht auch nicht radikal den Schluß aus dem Faktum, daß vorwiegend Romantik, Lebensphilosophie und Existentialismus durch das dominierende Feinbild in der marxistisch-leninistischen Philosophie der DDR bekämpft wurden. Letzteres bedeutete nämlich die systematische Verdrängung hermeneutischen Philosophierens in seinen originären Gestalten, d.h. ohne literaturwissenschaftlichen oder philosophiegeschichtlichen oder wissenschaftstheoretischen Filter. Völlig unterbelichtet bleibt die Rolle von H. Ley und seinen Schülern. Auch die Funktion der Philosophie von G. Klaus und seiner Schule wird ausgeblendet. Gar nicht erkannt wird, welche Funktion Helmut Seidel im DDR-Philosophieren wahrnahm. Immerhin ist Seidels philosophiegeschichtliche Konzeption die einflußreichste in den letzten 15 Jahren der DDR gewesen. Die Bedeutung der Vertreibung Gadamers von der Leipziger Universität und ihre wissenschaftspolitische Signalwirkung für das philosophische Leben im Osten Deutschlands thematisiert Kapferer bestenfalls ansatzweise.

Volker Caysa (Leipzig)

(aus "Kultur und Kritik", Leipzig, H. 3/1992)

Johannes M. Becker: "Ein Land geht in den Westen"
Verlag J. W. H. Dietz Nachf. Bonn 1991

Zusammen mit den neuen Herren, den Managern der Treuhand, den Wirtschaftsexperten der Deutschen Bank und den Beamten aus Bonn, strömte im Herbst 1990 auch eine größere Zahl von Hochschullehrern in das Beitrittsgebiet östlich der Elbe. Ziele und Motive der "Gäste" aus dem Westen, ihr Auftreten und ihre Haltung gegenüber ihren ostdeutschen Kollegen mögen unterschiedlich sein, was sie eint, ist ihre poltische Aufgabe, nämlich mitzuwirken bei der "Abwicklung der DDR" und der Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern. In der Mehrzahl lassen sie sich dabei von dem Grundsatz Wolfgang Schäubles leiten, wonach es sich bei dem deutschen Verienigungsprozeß um den "Beitritt der DDR zur Bundesrepublik handelt und nicht etwa um die Vereinigung zweier gleicher Staaten". Zu den wenigen, die bemüht sind, dies etwas anders zu sehen und die ihre Aufgabe subjektiv weniger kolonisatorisch begreifen, gehört der Autor des vorliegenden Buches, Johannes M. Becker, seit dem Herbst 1990 Gastprofessor an der Humboldt-Universität.

Ein akademisches Jahr lang - vom September 1990 bis zum Juli 1991 - recherchierte er den Umgestaltungsprozeß an der Universität. Sein Buch gibt chronologisch Auskunft über wichtige Ereignisse und Personen dieser Zeit sowie über die diesbezügliche Befindlichkeit des Autors. Als "Kolonisator wider Willen" fühlt er sich, eine Bezeichnung, in der möglicher Weise ein Quentchen Unbehagen an der ihm objektiv zukommenden Rolle im großen Umgestaltungsprozeß zum Ausdruck kommt.

Die Vorgänge, die er in seinem Buch beschreibt, sind hinreichend bekannt. Interessant ist jedoch die Sichtweise derselben, die in vielem differenzierter und verständnisvoller ist als die seiner "Mitstreiter" aus München, Westberlin oder Bonn. So beurteilt er zum Beispiel die periodisch stattfindenden Stasienthüllungskampagnen sehr zutreffend als willfährige politische Instrumente, um "Akte der Marginalisierung, Entsolidarisierung und Entflechtung von Ansätzen oder Überresten an DDR-Identifikation" (S. 113) durchführen zu können. Mit der Wortfolge "Erstarrung, Stillstand, Aufgabe, Selbstaufgabe" charakterisiert er die Situation in den neuen Bundesländern, auch die der Intelligenz. Trifft dies die ganze Wahrheit? Offensichtlich wohl nicht, wie die Ereignisse der letzten Wochen an der Universität zeigen.

Ulrich Busch (Berlin)

(aus "Humboldt Universität" 8-1991/92)

PUBLIKATIONEN

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst legt eine neue Liste ihrer Veröffentlichungen vor (vgl. auch hso 1/1992):

1. Burkhardt, Anke / Scherer, Doris / Erdner, Sabine: **Personalbestand an Hochschulen in der ehemaligen DDR : 1989 und 1990** (Projektberichte ; 1991, 2)

2. Adler, Henri / Lischka, Irene: **Hochschulzugang im Raum Berlin/Brandenburg** (Projektberichte ; 1991, 5)

3. Adler, Henri / Burckhardt, Anke / Lischka, Irene / Scherer, Doris: **Studienberechtigte und Studienbewerber aus dem Land Thüringen** (Projektberichte ; 1991, 6)

4. Adler, Henri / Lischka, Irene: **Hochschulzugang im Freistaat Sachsen** (Projektberichte; 1991, 7)

5. Burkhardt, Anke: **Fachschulabsolventen 1960 -1990 : statistischer Überblick.** Berlin, 1991.

6. Burkhardt, Anke / Scherer, Doris: **Konkordanz Hochschulstatistik BRD - DDR : (Fächergruppen, Lehr- und Forschungsbereiche).** Berlin, 1991

7. **Almanach zur Studienberatung 91 : Aufgaben, Stand und Perspektiven der Studienberatung in den neuen Ländern und im Land Berlin** / Gudrun Aulerich ; Karin Döbbeling. Berlin, 1991

8. **Wissenschaftliche Tagung "Studienberatung - Hilfe zur Selbsthilfe"**, Rostock, 6. und 7.9.1991 : Tagungsbericht / Red.: G. Aulerich ; K. Döbbeling. Berlin 1991

Anfragen an:

Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4
O - 1157 Berlin

weiterer Hinweis:

Beiträge zur Hochschulforschung, hrsg. vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulpanung München, **Heft 3/1991** enthält ausschließlich Beiträge von Mitgliedern der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

"Eine Uni wendet sich.
Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung textsammlung unkommentiert"
Hrsg. vom StuRa Uni Leipzig, 1991.
100 Seiten A 4, gebunde mit Fotos. 15,- DM + Porto
(ostdeutsche PrivatbestellerInnen 10,- DM)

"Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez '90 / Jan '91 in Leipzig hrsg von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten
seilschaften verlag leipzig 1991"
100 Seiten A 4, geheftet 5,- DM + Porto

Bestellungen an
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa Uni Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig

ZUM SCHLUSS

Ich protestiere in aller Entschiedenheit gegen die neueste Ausgabe des Thüringer Hochschulgesetzes!

Der Entwurf nutzt die Freiräume, die das Hochschulrahmengesetz dem Fickel sein' Ministerium bietet, viel zu wenig. Man kann das Gesetz viel mehr straffen im Sinne einer überschaubaren Gesetzlichkeit.

Einige Paragraphen beschwören ja geradezu die blanke Anarchie an den Hochschulen herauf. Ich habe nun die Hoffnung, daß mein Gegenentwurf dieses unschöne Beispiel staatlicher Kompromißlerei im Bewußtsein eines jeden wahren Demokraten vergessen macht. Der geneigte (oder gebeugte) Leser möge sich nun von der wahrhaft überwältigenden Ästhetik, die in diesen wenigen Zeilen hervorbricht, selbst überzeugen.

---

§ 1 Aufgaben der Hochschulen

(1) Die Hochschulen dienen der Berufsausbildung und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst.
(2) Die Hochschulen wirken an der staatsbürgerlichen Bildung der Studierenden mit.

§ 2 Studium und Lehre

(1) Das Studium muß so schnell wie möglich beendet werden.
(2) Die Anzahl der Studiengänge legt das Ministerium nach Anhörung des Unternehmerverbandes fest.
(3) Form und Inhalt der Prüfungen bestimmt das Ministerium im Einvernehmen mit Jürgen von der Lippe.

§ 3 Forschung

(1) Die Forschung an den Hochschulen des Landes Thüringen wird nicht unterbunden. Sie dient vielmehr der wirtschaftlichen Ertüchtigung des Landes.
(2) Durch Forschung dürfen dem Land Thüringen keine zusätzlichen Kosten entstehen.

§4 Personal der Hochschule

(1) Die Professoren werden, gleichzeitig zur Berufung, auf den für Wissenschaft zu-

ständigen Staatssekretär beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst vergattert.
(2) Die in Absatz 1 genannten Personen Professoren bilden die Hochschulgremien.
(3) Wissenschaftliches und künstlerisches Personal kann nach Einverständnis des Finanzministers vom Minister für Wissenschaft und Kunst eingestellt werden. Das Tarifrecht tritt außer Kraft.
(4) Studieren darf nur, wer nicht frech war, ist und sein wird. Den Anweisungen des Personals ist Folge zu leisten.
(5) Die Immatrikulation wird widerrufen, wenn der Student
1. gegen Recht und Ordnung verstößt oder versucht zu verstoßen,
2. frech war.
Die Entscheidung hierzu wird dem Studierenden mitgeteilt.
(6) Der Studentenrat nimmt seinen Aufgaben als Kampfreserve des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst war. Die Eignung zur Wahl in den Studentenrat wird durch Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei nachgewiesen.

§ 5 Aufbau und Organisation

Aufbau und Organisation der Hochschulen regelt das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

§ 6 Genehmigung und Aufsicht

(1) Das Ministerium kann genehmigen.
(2) Aufsicht hat der Minister für Wissenschaft und Kunst.

§ 7 Übergangs- und Schlußbestimmungen

(1) Die Maßnahmen zur Gewährleistung der unter Paragraph 4 Absatz 1 genannten Aktivitäten ergreift das Ministerium.
(2) Näheres regelt das Ministerium durch Rechtsverordnung.
(3) Sollten die Hochschulen sich bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht angepaßt haben, werden sie aufgelöst.

§ 8 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 3. Oktober 1990 in Kraft.

Mit der Hoffnung auf Überarbeitung durch das Ministerium, hie und da sind vielleicht noch ein paar rechtliche Ungereimtheiten, gebe ich den Entwurf der Öffentlichkeit preis.

Martin Goldhahn (Ilmenau)

(aus: "GURU", Ilmenauer StudentInnenzeitung, Dez. 1991)